



54. Sitzung

Donnerstag, 28. Februar 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilung der Präsidentin		Mehmet Yildiz DIE LINKE	4127
Abwicklung der Tagesordnung	4117	Ali Simsek SPD	4128
Aktuelle Stunde	4117	Antrag der CDU-Fraktion:	
Fraktion der LINKEN:		Wohnungsbauförderung ja – aber richtig!	
Hamburg wächst – doch die Portmonees der Menschen bleiben klamm: Beschäftigte im öffentlichen Dienst, bei Neu- pack, am Flughafen und im Einzelhandel wehren sich!		– Drs 20/6901 (Neufassung) –	4129
Kersten Artus DIE LINKE	4117	Hans-Detlef Rook CDU	4129, 4134
Wolfgang Rose SPD	4118	Karin Timmermann SPD	4130
Hjalmar Stemmann CDU	4119, 4123	Olaf Duge GRÜNE	4131, 4135
Phyliss Demirel GRÜNE	4120	Dr. Kurt Duwe FDP	4132
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4121	Heike Sudmann DIE LINKE	4133, 4134, 4136
Norbert Hackbusch DIE LINKE	4121	Dirk Kienscherf SPD	4135
Jens-Peter Schwieger SPD	4122	Jörg Hamann CDU	4136
Fraktion der GRÜNEN:		Beschluss	4137
Lasst beide Herzen schlagen: Bundratsmehrheit nutzen – Optionspflicht abschaffen!		Antrag der SPD-Fraktion:	
Phyliss Demirel GRÜNE	4124, 4128	Keine Liberalisierung der öf- fentlichen Daseinsvorsorge: Wasserversorgung muss in öf- fentlicher Hand bleiben!	
Michael Neumann, Senator	4125	– Drs 20/6893 –	4137
Nikolaus Haufler CDU	4125	dazu	
Carl-Edgar Jarchow FDP	4126	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	

Öffentliche Güter wie Wasser gehen JEDE/-N an!		Kai Voet van Vormizeele CDU	4154
– Drs 20/7039 –	4137	Finn-Ole Ritter FDP	4155
		Cansu Özdemir DIE LINKE	4155
Dr. Monika Schaal SPD	4137, 4143		
Roland Heintze CDU	4139	Beschluss	4156
Anja Hajduk GRÜNE	4140		
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4141		
Dora Heyenn DIE LINKE	4141	Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs:	
Beschlüsse	4143	Jahresbericht 2013 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2011	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		– Drs 20/6792 –	4157
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 24. November 2011 "Hamburg 2020: Theatermetropole Hamburg – Förderung der Freien Tanz- und Theaterszene und besonderer Theateraktivitäten" – Drs. 20/2166 –		Robert Bläsing FDP	4157
– Drs 20/6877 –	4143	Jan Quast SPD	4158
		Roland Heintze CDU	4159
Gabi Dobusch SPD	4143, 4147	Dr. Eva Gümbel GRÜNE	4160
Dietrich Wersich CDU	4144	Norbert Hackbusch DIE LINKE	4161
Christa Goetsch GRÜNE	4145	Beschluss	4161
Katja Suding FDP	4146	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Norbert Hackbusch DIE LINKE	4147	Prozesskostenhilfe in Hamburg	
Kenntnisnahme	4148	– Drs 20/6909 (Neufassung) –	4161
Antrag der CDU-Fraktion:		Christiane Schneider DIE LINKE	4161, 4166
Hamburg – Metropole der Chancen Aus der Region – für die Region		Olaf Steinbiß SPD	4163
– Drs 20/6905 –	4148	André Trepoll CDU	4163
		Farid Müller GRÜNE	4164
Karin Prien CDU	4148	Finn-Ole Ritter FDP	4165
Andrea Rugbarth SPD	4149	Beschluss	4167
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	4150	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4150	Eingaben	
Kersten Artus DIE LINKE	4151	– Drs 20/6607 –	4167
Zwischenbemerkung von Andrea Rugbarth SPD	4152	Bericht des Eingabenausschusses:	
Beschluss	4152	Eingaben	
		– Drs 20/6846 –	4167
Antrag der GRÜNEN Fraktion:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Residenzpflicht abschaffen		Eingaben	
– Drs 20/6931 –	4152	– Drs 20/6847 –	4167
Antje Möller GRÜNE	4152	Beschlüsse	4167
Dr. Martin Schäfer SPD	4153		

Sammelübersicht	4167	Übertragung der Grundstücke aus der Hafenerweiterung Altenwerder an die Hamburg Port Authority (HPA) (Senatsantrag)	
Beschlüsse	4167	– Drs 20/6899 –	4168
Große Anfrage der CDU-Fraktion:		Beschlüsse	4168
Inklusion und Förderung		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 20/6346 –	4167		
Beschlüsse	4167	Autobahnraststätte Elbmarsch an der A 1	
Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:		– Drs 20/6904 –	4169
		dazu	
Welche Integrations-Projekte gibt es in Hamburgs Kitas und Schulen?		Antrag der FDP-Fraktion:	
– Drs 20/6393 –	4168	Tank- und Rastanlage Elbmarsch an der A 1 – Planungen mit Autobahnanschluss Meckelfeld verbinden!	
Beschlüsse	4168	– Drs 20/7052 –	4169
Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:		und	
		Antrag der SPD-Fraktion:	
Inklusion an den Hamburger Hochschulen		Autobahnraststätte Elbmarsch an der A 1	
– Drs 20/6553 –	4168	– Drs 20/7066 –	4169
Beschlüsse	4168	Birgit Stöver CDU	4169
Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:		Dr. Kurt Duwe FDP	4170
		Frank Wiesner SPD	4170
		Dr. Till Steffen GRÜNE	4171
		André Trepoll CDU	4171
Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt in Hamburg		Beschlüsse	4172
– Drs 20/6554 –	4168		
Beschlüsse	4168	Antrag der FDP-Fraktion:	
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/5764:		Überprüfung und Plausibilisierung der Kostendämpfungspauschale für Beamtinnen und Beamte der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Abschaffung der Praxisgebühr	
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag)		– Drs 20/6911 –	4172
– Drs 20/6897 –	4168	dazu	
Beschlüsse	4168	Antrag der SPD-Fraktion:	
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/6341:			

Notwendigkeit der Kostendämpfungspauschale besteht weiter: Entwicklung der Beihilfeausgaben im Kontext haushalterischer Rahmenbedingungen transparent und nachvollziehbar darstellen

– Drs 20/7064 (Neufassung) – 4172

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Entlastung von Eigenbeiträgen bei Krankheitskosten auch für Beamtinnen und Beamte der Freien und Hansestadt Hamburg

– Drs 20/7071 – 4172

Beschlüsse 4172

Antrag der FDP-Fraktion:

Unfälle durch Fahrer ohne Fahrerlaubnis

– Drs 20/6913 – 4172

Beschluss 4172

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Endlich frisches, gesundes Essen für Hamburger Schulkinder in echten Schulküchen!

– Drs 20/6930 – 4173

dazu

Antrag der CDU-Fraktion:

Eine neue Essenskultur an Hamburgs Schulen schaffen!

– Drs 20/7050 – 4173

Beschlüsse 4173

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Transparenz und Offenheit in der Bauleitplanung

– Drs 20/6933 – 4173

Beschlüsse 4173

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, dass wir mit unserer Sitzung beginnen.

Die Sitzung ist eröffnet, und wir setzen die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Wir beginnen mit dem zweiten Thema, das gestern wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Es wurde von der Fraktion DIE LINKE angemeldet und lautet:

Hamburg wächst – doch die Portmonees der Menschen bleiben klamm: Beschäftigte im öffentlichen Dienst, bei Neupack, am Flughafen und im Einzelhandel wehren sich!

Dann rufe ich die erste Rednerin auf. – Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Hamburg wächst, das ist eine Tatsache, auch wenn diese oft als Werbeslogan und damit sehr einseitig benutzt wird. Wachstum bedeutet nicht nur, dass alle mehr haben, sondern auch, dass viele immer weniger haben. So wächst der Niedriglohnsektor, und die Einkommen aus abhängiger Arbeit sinken. Sie sind heute niedriger als im Jahr 2000, und das bedeutet zunehmend prekäre Lebenslagen und Armut im Alter. Daher haben die derzeitigen Streiks, die in Hamburg und anderswo stattfinden, eine große Bedeutung. Wo es keine oder nur schlechte Tarifverträge gibt, sind Löhne und Gehälter auch dort niedrig, wo Tarifverträge nicht direkt gelten. Tarifverträge sichern Transparenz. Wo kein Tarifvertrag gilt, kann der Preiskampf angeheizt und die Konkurrenz unter Druck gesetzt werden. Das nennt sich ruinöser Wettbewerb. Wenn Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände den Abschluss vernünftiger Tarifverträge hinauszögern oder sogar verhindern wollen, dann ist das ein Eingriff in alle Einkommen aus abhängiger Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Das führt zu einem Bedeutungsverlust von Arbeit und Arbeitsergebnissen. Es findet eine Entwertung von Arbeit statt.

Ich ahne schon, was mir gleich vorgeworfen wird: Das sei Tarifautonomie, damit habe sich das Landesparlament nicht zu beschäftigen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich aber sage Ihnen: Was die gesetzgebende Gewalt in den letzten Jahren alles verschlimmbessert hat, hat nachhaltig in die Tarifautonomie eingegriffen,

(Beifall bei der LINKEN)

und zwar vor allem die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, die Möglichkeiten von Betriebsaufspaltung, die Aufweichungen für den Einsatz von Leiharbeit und die Ausweitung von befristeten Verträgen.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Was ist die Alternative?*)

Es muss sich niemand wundern, wenn die Beschäftigten der Fluggastkontrollen streiken. Die Privatisierung der Sicherheitsdienste und die Stagnation der Löhne haben dazu geführt, dass zum letzten Mittel gegriffen wurde, dem Streik. Wer jetzt die Kolleginnen und Kollegen beschimpft, ist sich dieses Sachverhalts nicht bewusst oder blendet diese Tatsache völlig aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht um einen Stundenlohn von 14,50 Euro. Das wären, ausgehend von einer 38-Stunden-Woche, gerade einmal 2400 Euro, die die Sicherheitskräfte dann an den Flughäfen verdienen würden. Das ist keine utopische Forderung, wie Arbeitgeberpräsident Hundt tönt, sondern ein Einkommen, von dem man leben, aber auch nur bescheiden leben kann. Das ist immer noch weniger, als die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft im Monat als Diät erhalten.

Wir sehen anhand des Neupack-Streiks, wohin die derzeitige Gesetzeslage führt. Dadurch, dass Leihkräfte auf bestreikten Arbeitsplätzen eingesetzt werden können und befristete Einstellungen möglich sind, wird die Auseinandersetzung völlig unnötig in die Länge gezogen. Das vereinbarte Koalitionsrecht wird mit den Füßen getreten, weil ein Unternehmer keine Gewerkschaften mag. Darum geht es aber nicht. Ein Unternehmer hat sich seiner Verantwortung zu stellen, und dafür genießt er in diesem Land große Freiheiten. Die Aushöhlung des Tarifsystems wird massiv genutzt, und die Gesetzeslage wird ausgenutzt und missbraucht.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Woran sehen Sie das eigentlich? Am Flughafen, oder?*)

Wir sehen das im Einzelhandel. Die Arbeitgeber haben dort die Tarifverträge gekündigt. Sie wollen aber nicht etwa ihren Leuten endlich mehr Geld zahlen oder ihnen die nötige Wertschätzung entgegenbringen, nein, sie nennen das "alte Tarifzöpfe abschneiden". Wer abschneiden will, der will kürzen. Es geht hier also klar darum, sich den Bedingungen von Amazon anzunähern.

(*Olaf Ohlsen CDU: Gruner + Jahr sind nicht anders!*)

Die Folgen sind für die Betroffenen und die Volkswirtschaft inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

(Kersten Artus)

Das gilt auch für die Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst. Der Senat hat sich aus dem Fenster gehängt und die Lohngestaltung bereits per Haushaltsplan festgelegt, und zwar ohne Tarifverhandlungen. Mehr als 1,5 Prozent dürfen es nicht sein, sonst würde noch mehr Personal als die angekündigten 250 Stellen abgebaut werden. Dem öffentlichen Dienst geht es aber nicht gut. Die Krankenstände sprengen Bände, und auch der Urlaubsanspruch soll der Schuldenbremse zum Opfer fallen. Dazu muss sich die Bürgerschaft verhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer als Parlament glaubwürdig sein will, muss den öffentlichen Dienst stärken und darf ihn nicht schwächen. Die Bürgerschaft trägt Verantwortung. Sie setzt Signale, die für die Stimmung in der Stadt wichtig sind. Sie darf daher nicht stillschweigend hinnehmen, wenn Wachstum und wachsende Stadt einseitig und zulasten der arbeitenden Bevölkerung stattfinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich rufe Sie alle auf, sich solidarisch mit den Menschen zu zeigen, die sich für bessere Einkommen einsetzen und den Mut aufbringen, dafür zu streiken. Sie verdienen unser aller Respekt und keine Beschimpfungen und Missachtungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Rose.

Wolfgang Rose SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Artus, DIE LINKE beklagt, dass Hamburg wächst, während die Portemonnaies der Menschen klamm bleiben. Darauf antworten wir Ihnen als regierende SPD: Wir werden ab dem kommenden Jahr die Kernbetreuung der Kinder in den Kitas für die Eltern kostenfrei machen. Das ist eine erhebliche finanzielle Entlastung gerade für diejenigen, die es brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem haben wir die kostenfreie Nachhilfe an den Schulen eingeführt, die Studiengebühren abgeschafft, eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Anstieg der Mietkosten zu dämpfen, und demnächst werden wir das neue Mindestlohn- und Vergabegesetz in Hamburg verabschieden. Damit werden wir Mindestlöhne und Tariftreue für den gesamten Bereich der öffentlichen Wirtschaft und Auftragsvergabe durchsetzen. Das sind einige wichtige Beispiele für einen Politikwechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ein paar grundsätzliche und ein paar konkrete Bemerkungen zu den aktuellen Arbeitskämpfen. Das Streikrecht ist ein Grundrecht, und das ergibt sich nicht nur aus unserer Verfassung, sondern ist auch in der Europäischen Sozialcharta verankert. Für uns Sozialdemokraten ist das Streikrecht darüber hinaus auch ein demokratisches Menschenrecht, das in den letzten 150 Jahren von der Arbeiterbewegung erkämpft wurde und das wir immer wieder verteidigen werden, wenn es bedroht ist.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch in Hamburg für den mittlerweile viermonatigen Streik bei Neupack. Wir mischen uns nicht in Tarifverhandlungen ein, aber wir fordern als SPD-Fraktion die Familienunternehmer von Neupack unmissverständlich auf, ihre Haltung und ihre grundsätzliche Ablehnung jeglicher Unterschrift unter einen Tarifvertrag endlich zu beenden, um zu den in Hamburg so gern hochgehaltenen Grundsätzen eines ehrbaren Kaufmanns zurückzukehren.

(Beifall bei der SPD)

Für ebenso inakzeptabel halte ich die Äußerungen des Geschäftsführers am Hamburger Flughafen im "Hamburger Abendblatt". Ich meine nicht seine Klage über die persönlichen und wirtschaftlichen Belastungen seiner Beschäftigten und seines Unternehmens – das gehört zu seinen Aufgaben –, sondern ich meine die einseitigen Schuldzuweisungen an die Gewerkschaften und vor allem seine Forderung nach Einschränkung des Streikrechts durch höhere Hürden in bestimmten Wirtschaftsbereichen. Das halte ich für eine deutliche Grenzüberschreitung, und eine öffentliche Korrektur wäre angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Grundrecht in diesem Zusammenhang ist die Tarifautonomie. Sie bedeutet, dass Parlament und Regierung zwar die Aufgabe haben, die politischen Rahmenbedingungen für eine gerechte und produktive Arbeitswelt zu gestalten, sich aus den konkreten Tarifverhandlungen aber herauszuhalten. Dabei ist die aktuelle Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst natürlich ein Sonderfall, denn hier ist der Staat als Arbeitgeber im Spiel. Trotzdem gilt, dass der Tarifkampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in unserem Sozial- und Rechtsstaat eine demokratische Normalität ist. Für uns als SPD ist es selbstverständlich, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Recht auf faire Löhne, gerechte Teilhabe und die Geltung von geschlossenen Tarifverträgen im öffentlichen Sektor besitzen. Das steht für keinen Beschäftigten zur Disposition. Da aber die Schuldenbremse in den Verfassungen die Ausgabensteigerung deckelt, bleiben zwei Wege, mit Tarifsteigerungen oberhalb des Finanzrahmens umzugehen: Einnahmensteigerung oder Ausgabenkürzung. Wir wollen

(Wolfgang Rose)

als SPD die strukturelle Unterfinanzierung des öffentlichen Haushalts durch eine gerechte Steuerreform beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Bis eine neue Bundesregierung unter Peer Steinbrück das durchgesetzt hat,

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Und die erste Auslandsreise nach Italien!)

bleibt in Hamburg neben einem besseren Steuervollzug nur der Weg von konsequenter Aufgabenkritik unter Ausgleich von besonderen Härten. Während DIE LINKE diese Herausforderung zwar benennt, aber nicht realisiert, ist das Verhalten von CDU, FDP und teilweise auch den GRÜNEN allerdings völlig unglaubwürdig und zum Teil auch scheinheilig.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Das sind doch olle Kamellen!)

In allen Politikbereichen Ausgabensteigerungen zu fordern und gleichzeitig die Schuldenbremse bereits für 2015 oder 2013 umsetzen zu wollen, das ist Populismus pur und hat mit verantwortlicher Opposition nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Du vermischst ja Birnen und Äpfel! – Glocke)

Halten wir fest, dass der Politikwechsel in Hamburg wirkt. Er wird in Berlin noch gebraucht, und daran arbeiten wir. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Stemmann hat nun das Wort.

Hjalmar Stemmann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Populismus pur, Herr Rose, ist das, was DIE LINKE hier angemeldet hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Herr Rose ist bei uns!)

Es ist wahr, dass es in vielen Branchen und Betrieben Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über zukünftige Tarife und Entgelte gibt, und das ist auch gut so. Es ist, und darauf hat Herr Rose als ehemaliger Gewerkschaftschef zu Recht hingewiesen, nicht nur das teilweise hart erkämpfte Recht der Tarifpartner, in diese Auseinandersetzungen zu gehen, sondern es ist auch die Pflicht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und zum Wohl aller Beteiligten das beste Ergebnis zu erzielen. Die Ergebnisse von Tarifverhandlungen sind in der Regel Kompromisse, und auch das ist gut so.

(Beifall bei der CDU)

Nun aber wieder aus reinem Kalkül auf alle Unternehmen und öffentlichen Arbeitgeber einzuschlagen, ist ungehörig.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Skandalös!)

Ungehörig ist es auch, sich vermeintlich schwarze Schafe herauszusuchen und wie die sprichwörtliche Sau durchs Dorf jagen zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Warum haben Sie denn eigentlich den DGB nicht mit aufgenommen, dessen Mitarbeiter derzeit für 6,5 Prozent mehr Lohn streiken, der aber nur 0,95 Prozent mehr zahlen will?

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ist ja unglaublich!)

Bereits der von Ihnen gewählte Titel dieser Aktuellen Stunde zeigt, warum ein solches Thema nicht in die Bürgerschaft gehört.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ein Skandal ist das!)

Die Beschäftigten und die Unternehmen haben ein Recht darauf, ihre Belange eigenverantwortlich zu regeln.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Ist ja auch ein gleiches Machtverhältnis!)

Weder müssen sie von Ihrer sozialromantischen Politik bevormundet werden, noch dürfen Sie die Menschen tagtäglich gängeln und wie Kinder an die Hand nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei darf man es Ihnen eigentlich nicht allzu übel nehmen, immerhin startet dieser Tage der Bundestagswahlkampf. Wir erleben es jederzeit auch in der Bürgerschaft: Da die christlich-liberale Koalition dieses Land außerordentlich gut regiert, bleiben für Sie kaum Themen übrig, die Sie besetzen können.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei der CDU und der FDP)

Oder geht es Ihnen nur um die Mindestlohndebatte, die Herr Rose eben auch angesprochen hat? Ein politisch festgelegter Mindestlohn ist nicht notwendig. Seine Einführung wäre aus purem Populismus geboren und würde fatale Probleme mit sich bringen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Da ist ja Merkel schon weiter als Sie!)

Regelmäßig würde es solche unsinnigen Debatten wie diese geben.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie inständig, endlich diesen Irrweg zu verlassen und die Finger von der Tarifautonomie zu lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat das Wort Frau Demirel.

Phyliss Demirel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestern wurde das Thema hier angesprochen: 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sollen mit dem SPD-Senat sehr zufrieden sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir fragen uns, wie lange noch, liebe SPD. In der Öffentlichkeit treten Sie immer noch mit den üblichen Themen auf, wie es Herr Rose eben getan hat, nämlich der Abschaffung von Kita- und Studiengebühren et cetera. Die unangenehmen Themen wie die hohe Langzeitarbeitslosigkeit, der Niedriglohnsektor und die Situation von sozial benachteiligten beziehungsweise abgekoppelten Stadtteilen wird ausgeblendet.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD:* Gehen wir doch an!)

Die Devise des Bürgermeisters lautet: Möglichst ruhig weiterregieren. Das Beste am Norden ist zwar unsere Ruhe und Gelassenheit, aber auch Hamburgerinnen und Hamburger sind eckig, wenn es um ihre Rechte geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen Sie sich einmal um. Es gibt so viele Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, die mit Ihrer Politik unzufrieden sind. Der öffentliche Dienst streikt, es gibt Streiks in den Bezirksämtern und den KFZ-Zulassungsstellen, bei Dataport und anderen Landesbetrieben und Behörden. 6,5 Prozent mehr Gehalt, die Beibehaltung des Urlaubsanspruchs von 30 Tagen und die Übernahmegarantie für Auszubildende werden gefordert. Sie haben jedoch nur eine 1,5-prozentige Tarifierhöhung im Haushalt für 2013 und 2014 eingestellt, das heißt, dass jede Tarifierhöhung, die darüber hinausgeht, zu Stellenabbau führt. Damit drohen Sie jetzt auch.

Wir haben Sie schon während der Haushaltsberatungen gewarnt, liebe SPD, dass diese 1,5 Prozent für Sie zum Bumerang werden. Der Streik am Flughafen ist nur noch bis heute ausgesetzt. Hier geht es nicht nur um Tarifierhöhungen, sondern auch um die Arbeitsbedingungen. Die Stadt Hamburg ist mit 51 Prozent am Flughafen beteiligt, und wir können nicht einfach wegschauen. Auch der seit vier Monaten andauernde Streik bei der Firma Neupack zeigt uns, dass in Hamburg leider noch immer ausbeuterische Arbeitsverhältnisse existieren. Hierzu hatten wir im Januar gemeinsam mit drei Fraktionen eine öffentliche Erklärung abgegeben, und das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Herr Bürgermeister – er ist leider nicht da –,

(*Dietrich Wersich CDU:* Der muss sich von gestern erholen!)

Sie haben laut gesagt, dass es keine staatlich geförderten Hungerlöhne mehr geben soll. Sie haben recht, damit muss endlich Schluss sein. Die Menschen müssen bei einer Vollzeitbeschäftigung von ihrem Einkommen und ohne jegliche Transferleistung und Aufstockung leben können. Daher setzen wir uns – zumindest drei Fraktionen in diesem Parlament – gemeinsam für einen Landesmindestlohn von 8,50 Euro für die öffentliche Verwaltung, für öffentliche Unternehmen und für Auftragnehmer der Stadt ein.

(Beifall bei *Wolfgang Rose SPD*)

– Danke.

Und was passiert nun? Dumpinglöhne bei der "internationalen Gartenschau". Die igs schließt einen Vertrag mit einer Cateringfirma, die das Personal deutlich unter dem geforderten Landesmindestlohn bezahlt. Wenn auf der igs tatsächlich Dumpinglöhne bezahlt werden, dann wäre das ein handfester Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Es wäre völlig inakzeptabel, wenn die Stadt einen Mindestlohn auf den Weg bringt und die städtische igs nahezu zeitgleich die Menschen unterhalb des Mindestlohns und zu schlechten Arbeitsbedingungen anheuert. Solche Arbeitsverhältnisse sind kein gutes Aushängeschild für die "internationale Gartenschau", auf die wir uns alle freuen. Wir gehen davon aus, dass das Landesmindestlohngesetz bis zum Start oder zeitgleich mit der igs in der Bürgerschaft verabschiedet wird. Daher müsste der Senat schon jetzt dafür sorgen, dass die Angestellten dort nach Mindeststandards entlohnt werden.

Hamburg wächst, und Hamburg soll Ihrer Vision nach, Herr Bürgermeister, weiter wachsen, und zwar auf 2 Millionen Einwohner. Aber in Ihrer Vision, liebe SPD, ist kein Platz für eine nachhaltige und inklusive Gesellschaft. Mit dieser Politik werden Sie keine wachsende Stadt schaffen, in der für alle Talente Platz ist, in der Sozialfrieden herrscht und in der sich die Menschen zu Hause fühlen. Liebe SPD, erweitern Sie Ihren Blick,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Den brauchen wir nicht zu erweitern, das machen wir schon!)

schauen Sie gezielt auf die Probleme in dieser Stadt und korrigieren Sie Ihren Kurs, denn die Hamburgerinnen und Hamburger verdienen weit mehr als das, was Sie gerade anzubieten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD:* Sie hat doch die Sozialpolitik jetzt erst entdeckt!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Hamburg sollen für gute Arbeit auch gut bezahlt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist eine pure Selbstverständlichkeit

(Beifall bei *Tim Golke* – Zuruf von *Christiane Schneider*, beide DIE LINKE)

– Frau Schneider, freuen Sie sich nicht zu früh –, aber keine Sache der Parlamente, sondern das entscheiden die Tarifpartner. Daher ist das von der LINKEN angemeldete Thema für die Aktuelle Stunde allenfalls für schön klingende Fensterreden geeignet, aber den Betroffenen bringt es in Wahrheit gar nichts.

(Beifall bei der FDP)

Der Debattenbeitrag von Frau Artus war in einem hohen Maße von Realitätsverweigerung bestimmt, denn wie sieht die Realität am Arbeitsmarkt heute tatsächlich aus? Die Arbeitslosenzahl ist von dem Höchststand 4,8 Millionen im Jahre 2005 auf 2,7 Millionen im November 2012 gesunken, also 2 Millionen weniger Arbeitslose. In Hamburg und auch bundesweit gibt es den historisch höchsten Beschäftigungsstand und die höchste Zahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Wir haben heute gerade von der Bundesagentur für Arbeit die aktuellen Arbeitsmarktzahlen bekommen, und allein 2012 gab es in Hamburg 17 300 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Von den 790 000 Menschen, die bundesweit im vergangenen Jahr einen neuen Job aufgenommen haben, sind 80 Prozent, nämlich 610 000, in einem unbefristeten Vollzeitjob, also dem Regeljob, wie wir ihn alle haben wollen. Das ist die Realität des Arbeitsmarkts und nicht das von Ihnen bemühte Zerrbild.

(Beifall bei der FDP)

Ja, es ist richtig, wir haben in den vergangenen Jahren einen Zuwachs von Beschäftigung im Niedriglohnbereich, aber solche Beschäftigungen im Niedriglohnbereich waren auch für viele Menschen eine Gelegenheit, von dauerhafter Arbeitslosigkeit wieder in eine reguläre Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt zu gelangen. Es kann für niemanden politisch befriedigend sein, das will ich ausdrücklich sagen, wenn ein geringer Anteil von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen trotz einer Vollzeitfähigkeit auf ergänzende Transferleistungen angewiesen ist. Hieran gibt es nichts zu beschönigen, aber das durch einen gesetzlichen Mindestlohn ändern zu wollen, ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP setzt stattdessen auf wirtschaftliches Wachstum, auf Qualifizierung und auf einen flexiblen Arbeitsmarkt mit starken Tarifparteien.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Politik etwas bewirken kann, dann, dass die Arbeitnehmer von dem, was sie brutto verdienen, netto mehr in der Tasche haben. Wenn das sozial ist, dann ist die schwarz-gelbe Bundesregierung die sozialste Regierung seit vielen Jahren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Lachhaft!)

Lassen Sie mich begründen, warum. Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass der Rentenversicherungsbeitrag zum 1. Januar 2013 um 0,7 Prozent gesenkt wird.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Die Karnevalssitzung war schon!)

Das ist der niedrigste Stand seit 18 Jahren und bedeutet eine Entlastung von 3 Milliarden Euro.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundesregierung hat außerdem dafür gesorgt, dass die Einkommensgrenzen für Minijobber und Midijobber auf 450 beziehungsweise 850 Euro angehoben werden. Davon profitieren vor allem Studenten und Rentner.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll* CDU)

Und diese Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass die Bezugsdauer für konjunkturelles Kurzarbeitergeld bis auf 12 Monate verlängert wird. Das ist soziale Politik und nicht die Demagogie, die von den LINKEN veranstaltet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will auf die Demagogie von Herrn Kluth nicht eingehen, denn ich habe zu wenig Zeit.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es geht um die Frage, ob es vernünftig ist, wenn DIE LINKE über den öffentlichen Dienst und die Tarifausschüsse in der Bürgerschaft diskutiert. Ihr Argument ist, dass wir das irgendwo außerhalb behandeln sollen, denn es gebe die Tarifautonomie.

(*Katja Suding* FDP: Richtig so!)

Aber der Bürgermeister hat dieses Thema zu einem zentralen in der Bürgerschaft gemacht, als er gesagt hat, dass das Ganze auf 1,5 Prozent beschränkt werden solle.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Richtig so!)

(Norbert Hackbusch)

Und er hat weiter gesagt, wenn es mehr gebe als 1,5 Prozent, dann würden Stellen im öffentlichen Bereich abgebaut werden.

(*Katja Suding FDP*: Das macht Sinn!)

Das ist noch stärker im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge bei vielen Trägern mit 0,8 Prozent und 0,0 Prozent. Der Bürgermeister hat also kräftig bei der Tarifautonomie interveniert, und deshalb ist es richtig und gut, hierüber an dieser Stelle zu diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch GRÜNE*)

Das ist Erpressung,

(Beifall bei *Dr. Till Steffen GRÜNE*)

denn er sagt, dass die Beschäftigten in dieser Stadt so gut verdienen, dass kein weiteres Geld notwendig sei. Das sage ich als Bürgermeister,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie als Bürgermeister!)

sagt dieser Bürgermeister. Das ist ein kräftiger Einschnitt in die Tarifautonomie, und als kleine kämpferische Fraktion etwas dagegen zu sagen ist das Mindeste, was wir in diesem Parlament tun müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie sind denn die Bedingungen im öffentlichen Bereich und wie ist die Beschäftigungssituation bei denjenigen, die dort arbeiten? Wie ist es dabei um diese Stadt bestellt? Sie können mit allen sprechen und feststellen, dass die Leute zu wenig verdienen angesichts der großen zusätzlichen Kosten, die man in dieser Stadt hat. Gerade im sozialen Bereich verdienen die Menschen zu wenig, schauen Sie sich die Situation bei den sozialen Initiativen an. Und dann erpresst dieser Bürgermeister uns und sagt, dass es nicht mehr Geld geben dürfe, sonst würden weitere Stellen abgebaut. Das geht nicht, und dagegen wehren wir uns kräftig.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Herr Rose argumentiert, dass wir leider die Schuldenbremse bekommen und so vorgehen müssen. Herr Rose, Sie haben die Schuldenbremse ohne Einnahmenstärkung beschlossen. Wir haben Ihnen gesagt, dass es Unsinn ist, so vorzugehen. Sich jetzt als unschuldiges Lamm auszugeben, das nichts dafür kann, das ist dumme sozialdemokratische Politik und nicht vernünftig.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das Grundgesetz gilt auch für DIE LINKE!)

Sie können doch zumindest politisch dagegen agieren und sagen: Wir können es nicht anders machen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das tun wir doch auch!)

– Das tun Sie nicht. Sie versprechen irgendetwas für die Zeit nach den Bundestagswahlen, aber Ihre Versprechen zu den Bundestagswahlen kenne ich; da bin ich oft genug enttäuscht worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen noch etwas sagen, Herr Rose. Es geht darum, wie sich der Geschäftsführer eines öffentlichen Unternehmens, der uns gegenüber verantwortlich ist, weil das Unternehmen der Stadt gehört, im Zusammenhang mit dem Streikrecht verhalten hat. Er hat gesagt, das Streikrecht müsse eingeschränkt werden. Das finden Sie auch nicht richtig, aber plötzlich sprechen Sie dann nicht mehr von Ihrer Fraktion, sondern nur von sich, das ist mir ganz genau aufgefallen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte aber auch gerne wissen, was Ihre Fraktion dazu sagt, die die Mehrheit stellt, und Herr Tschentscher als Chef dieses Unternehmens. Er muss etwas dazu sagen, denn es geht nicht an, ein für dieses Land und die soziale Demokratie so wichtiges Grundrecht wie das Streikrecht in dieser Form von einem sozialdemokratischen Geschäftsführer angreifen zu lassen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ich glaube nicht, dass er SPD-Mitglied ist!)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hackbusch, falls Sie sich heute noch einmal zu Wort melden, denken Sie bitte an den parlamentarischen Sprachgebrauch. – Jetzt hat Herr Schwieger das Wort.

Jens-Peter Schwieger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das sind hier ja Auftritte, die fast schon wieder an gestern erinnern.

(*Kersten Artus DIE LINKE*: An Herrn Scholz!)

Ich hatte gedacht, heute kommen wir alle mal ein bisschen runter.

Herr Stemmann, man kann nachlesen, dass Sie selbst Unternehmer sind und im Präsidium der Handelskammer sitzen. Ich hätte von Ihnen eigentlich eine Antwort auf die Frage erwartet, welche Möglichkeiten Sie als Handelskammer haben, einem Unternehmer – ein Zwangsmitglied Ihrer Kammer mit dem Namen Krüger – den Weg zu weisen, wie sich ein anständiger Hamburger Kaufmann verhält.

(Beifall bei der SPD)

Frau Demirel bin ich sehr dankbar, dass Sie das Thema igs angesprochen hat. Es wird bei der igs

(Jens-Peter Schwieger)

keine Löhne unter 8,50 Euro geben; der Senat handelt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kluth setzt auf wirtschaftliches Wachstum mit starken Tarifparteien. Das hören wir zwar immer wieder, aber die wirkliche Lage sieht doch völlig anders aus.

(Zuruf von *Katja Suding FDP*)

Wo ist denn beispielsweise der Einfluss der FDP auf die Arbeitgeber, die massenhaft Tariffucht betreiben? Machen Sie ihn dort doch geltend bei Ihrer Klientel.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP*: Was macht die Gewerkschaft denn dagegen?)

Und dann noch Ihre Aussage, dass von der Erhöhung der Minijobs auf 450 Euro Studenten und Rentner profitieren würden. Jeder von uns weiß doch, dass durch die Ausweitung dieser Jobs außerhalb dieser Klientel massenhaft Missbrauch getrieben wird mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Beifall bei der SPD und bei *Tim Golke* und *Cansu Özdemir*, beide *DIE LINKE*)

Zu Herrn Hackbusch mit seiner gespielten Entrüstung

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Das ist falsch!)

– also gut, mit seiner Entrüstung –, die Schuldenbremse sei sozialdemokratische Politik. Ich glaube, die Mehrheitsverhältnisse bei der Einrichtung der Schuldenbremse haben eine andere Sprache gesprochen; so kann man das nicht sagen.

(Zurufe aus dem Plenum: Haben Sie nicht mit abgestimmt, oder wie?)

– Sie ist auch sozialdemokratische Politik, aber auch Politik von CDU, FDP und den GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD)

Ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland arbeiten für Niedriglöhne. Rund 1,2 Millionen Beschäftigte bekommen sogar nur 5 Euro in der Stunde. Arbeit ist aber mehr als nur Broterwerb,

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Ja!)

da hat der Wachmann, der neulich in der "Hamburger Morgenpost" zitiert worden ist, natürlich völlig recht. Arbeit bestimmt, was wir wert sind, was wir uns wert sind und was wir der Gesellschaft wert sind. Wir müssen der Arbeit ihren Wert zurückgeben. Was bedeutet es denn für die Selbstachtung der Menschen, wenn sie trotz Arbeit zusätzliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen? Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

sagen ganz deutlich Ja zu guter Arbeit und zu gerechten Löhnen,

(Beifall bei der SPD)

und das natürlich unter fairen Arbeitsbedingungen. Nur mit einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt können diese Ziele erreicht werden; darum machen wir uns stark für einen gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall bei der SPD)

Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können, alles andere ist nichts anderes als ein sozialpolitischer Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem Landesmindestlohngesetz haben wir den ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht; Herr Rose hat darauf hingewiesen. Immer mehr Arbeitgeber missbrauchen Werkverträge, um den Mindestlohn für Leiharbeit zu umgehen. Hier wird Lohndumping auf Kosten der Menschen mit vollwertigen Arbeitskräften betrieben. Ein allgemein verbindlicher Mindestlohn könnte diesen Missbrauch deutlich eindämmen. Das macht die Relevanz des Vorhabens deutlich, dies schnellstmöglich auf Bundesebene einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das rote Signal gesehen. Ein letzter Satz: Gute Arbeit braucht gerechte Löhne.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat noch einmal Herr Stemann.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Schon einmal mit Herrn Krüger gesprochen?)

Hjalmar Stemann CDU: Herr Schwieger, welcher Unterlage Sie entnommen haben, dass ich im Präsidium der Handelskammer bin, weiß ich nicht.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Zusammengeschustert irgendwie, dass es passt!)

Sie müssten da noch einmal in Ihren Unterlagen nachschauen, dort bin ich nicht im Präsidium.

Was Sie eben auch angesprochen haben, waren Arbeitsverhältnisse, in denen weniger als 8,50 Euro pro Stunde gezahlt wird. Sie haben den Wachmann erwähnt. Was hindert denn die Kulturbehörde daran, die Museen so auszustatten, dass sie mehr als 8,50 Euro an ihre Wachleute bezahlen kann? Daran hindert die Kulturbehörde niemand.

(*Dietrich Wersich CDU*: Olaf hindert sie!)

Dafür bedarf es keines Landesmindestlohngesetzes, das kann auch unterhalb einer gesetzlichen Ebene gemacht werden. Es ist allein Sache

(Hjalmar Stemann)

der Kulturbehörde, genügend Geld in die Museen zu geben, dann kann das auch laufen.

Und was ist mit der Hamburg Arbeit? Auch dort gibt es Beschäftigungsverhältnisse, die deutlich unter einem Stundenlohn von 8,50 Euro liegen. Das ist ein städtisches Unternehmen. Warum muss dieses städtische Unternehmen durch ein Landesmindestlohngesetz gezwungen werden, vernünftige Löhne zu zahlen? Warum kann ein städtisches Unternehmen nicht vernünftige Tarifverträge abschließen?

(Jan Quast SPD: Warum haben Sie sich nicht darum gekümmert?)

Beantworten Sie doch erst einmal diese Frage, bevor Sie solche Behauptungen in die Welt setzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann ist dieses Thema damit beendet.

Uns bleiben noch gut zehn Minuten der Aktuellen Stunde. Wird der Aufruf des fünften Themas seitens der anmeldenden GRÜNEN Fraktion gewünscht? – Das ist der Fall.

Lasst beide Herzen schlagen: Bundratsmehrheit nutzen – Optionspflicht abschaffen!

Dann haben Sie das Wort, Frau Demirel.

Phyliss Demirel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In 2013 greift erstmals die Optionspflicht. 3300 junge Menschen sind davon betroffen. Ab 2018 steigt die Zahl der Optionspflichtigen steil auf über 40 000 im Jahr an. In Hamburg hat jedes zweite Schulkind einen Migrationshintergrund. Sowohl für die jungen Menschen als auch für die Verwaltung bedeutet das eine große Herausforderung. Allein in den ersten Januarwochen wurden mindestens 16 in Deutschland geborene Optionspflichtige ausgebürgert. Rund 800 Personen haben noch keine Entscheidung getroffen und sind deshalb vom Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft bedroht. Was für ein politischer Irrsinn, in Deutschland geborenen Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit nur unter Vorbehalt zu gewähren und sie als junge Erwachsene vor eine Zwangswahl zu stellen. Treffen sie diese Entscheidung nicht, werden sie zwangsausgebürgert und damit zu Ausländern im eigenen Land gemacht.

Weltweit ist Deutschland das einzige Land mit einem solchen Optionszwang. Dieser Zwang muss abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Junge Menschen, die hier geboren sind, gehören auch hierher. Sie sind hier zu Hause.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihung, Frau Demirel. – Möglicherweise mag das ein Thema sein, zu dem Sie auch untereinander gern Argumente austauschen, aber ich fände es höflich, wenn wir zunächst Frau Demirel zu Ende zuhören würden.

Sie haben das Wort. Bitte fahren Sie fort.

Phyliss Demirel GRÜNE (fortfahrend): – Danke schön.

Junge Menschen verstehen es zu Recht nicht, warum sie sich für die eine und gegen die andere Staatsangehörigkeit entscheiden müssen. Diese Entscheidung fällt ihnen schwer. Nicht, weil sie sich beispielsweise mehr mit der Türkei identifizieren als mit Deutschland, sondern weil sie in zwei Kulturen aufwachsen.

Sie können nicht die kulturelle Vielfalt als eine Bereicherung für diese Gesellschaft betrachten, aber die dazugehörige Staatsbürgerschaft ablehnen. Das passt nicht zusammen. Das ist kein gesundes Demokratieverständnis, sondern war eine eintönige Gesellschaftsidee der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat.

Zudem haben die jungen Menschen in dieser Lebensphase völlig andere Probleme. Sie sollen sich Gedanken über ihre Ausbildung und ihren Lebensweg machen und nicht über eine Staatsangehörigkeit, die sie mit der Geburt bekommen haben und die ihnen zum 23. Lebensjahr wieder entzogen werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD und der LINKEN)

Wir wollen, dass sich alle Menschen, ganz gleich, welche Herkunft sie haben, als mündige Bürgerinnen und Bürger in dieser Gesellschaft entwickeln können. Dazu gehört die Einbürgerung. Sie ist nicht Endstation der Integration, sondern ein wichtiger Schritt dorthin. Politik hat die Aufgabe, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in dieser Gesellschaft erleichtert wird. Es ist diskriminierend und integrationsschädlich, einbürgerungswilligen Menschen die doppelte Staatsangehörigkeit zu verweigern. Dies gilt insbesondere für die jungen Menschen, die hier geboren und aufgewachsen und von Geburt an Deutsche sind. Ihnen darf die Staatsangehörigkeit nicht nachträglich entzogen werden. Zudem ist Mehrstaatigkeit in Deutschland schon lange keine Ausnahme mehr, sondern längst Praxis. Fast drei Millionen Spätaussiedler mit doppelter Staatsangehörigkeit leben hier, und über zwei Millionen in Deutschland lebende Men-

(Phylliss Demirel)

schen aus den EU-Ländern haben ein Recht auf doppelte Staatsangehörigkeit. Deshalb kann ich es nicht nachvollziehen, welche Probleme die CDU mit der generellen Hinnahme der Mehrstaatigkeit hat. Die Optionspflicht war ein großer Fehler und die Bundesregierung ist noch nicht bereit, diesen Fehler zu korrigieren. Viele Institutionen, Stiftungen und Einrichtungen in Deutschland fordern schon seit Jahren, dass diese Optionspflicht abgeschafft wird.

Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt die Möglichkeit, diesem Unsinn ein Ende zu bereiten. Daher fordern wir den Senat auf, die Mehrheit im Bundesrat zu nutzen und eine Initiative zur Abschaffung der Optionspflicht im Staatsbürgerschaftsrecht auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lasst beide Herzen schlagen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Senator Neumann.

Senator Michael Neumann:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der schlimmen Anti-Doppelpass-Kampagne, die Roland Koch vor 14 Jahren den Sieg bei den Landtagswahlen in Hessen einbrachte und zu einer schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat führte, war die Optionsregelung der politische Preis, der für die überfällige Einführung des Geburtserwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit von Kindern ausländischer Eltern mit unbefristetem Aufenthaltsrecht in Deutschland von unserer Gesellschaft und der Politik auf Forderung der CDU gezahlt werden musste. Es stehen nun die ersten Fälle an, bei denen den Betroffenen droht, die deutsche Staatsangehörigkeit wieder zu verlieren, weil sie die Beibehaltung ihrer deutschen neben einer weiteren Staatsangehörigkeit nicht rechtzeitig beantragt haben oder die Aufgabe ihrer weiteren Staatsangehörigkeit nicht rechtzeitig nachweisen können. Die Optionsregelung erweist sich in der Praxis als ein bürokratisches Monster, das trotz intensiver behördlicher Aufklärungsanstrengung viele Betroffene überfordert, das die Gefahr des unfreiwilligen Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit in sich birgt und damit aus meiner Sicht insgesamt integrationsfeindlich ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass wir uns in Hamburg schon seit langem sowohl fraktionsübergreifend als auch zwischen Senat und Bürgerschaft darüber einig sind, dass die Optionspflicht in Deutschland endlich abzuschaffen ist. Der Senat hat sich immer wieder für

eine Abschaffung der Optionspflicht eingesetzt und das zuletzt auch mit einer Bundesratsinitiative im Jahr 2011 vorangetrieben. Nach den inzwischen veränderten Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat werden wir im kommenden Quartal gemeinsam mit anderen Ländern einen erneuten Vorstoß in diese Richtung unternehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Den Mitgliedern der Bürgerschaft, die sich den Fraktionen von CDU und FDP zugehörig fühlen, wäre ich sehr dankbar, wenn sie bei ihren Parteikollegen in Berlin für diesen Vorstoß aus Hamburg werben würden und auf ein Umdenken hinwirken könnten, damit es eben nicht erst nach dem Regierungswechsel im September zu einer Abschaffung der Optionspflicht kommt, sondern schon vorher. Gestatten Sie mir dazu die persönliche Anmerkung, dass die CDU im Moment derartig schnell in der Räumung ihrer ehemaligen Grundüberzeugungen ist, dass Sie sich vielleicht auch beim Thema Optionspflicht den Schubs geben könnten, endlich in der Realität anzukommen

(Beifall bei *Dr. Till Steffen GRÜNE*)

und dafür zu sorgen, dass Menschen sich wirklich heimisch in Deutschland fühlen und Ja zu Deutschland und zu Hamburg sagen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun haben nach Paragraph 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung noch einmal alle Fraktionen die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Zunächst Herr Haufler.

Nikolaus Haufler CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es passt gut, dass Herr Neumann gerade gesprochen hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja, der ist zuständig!)

Vor zwei Wochen erlebte ich einen sehr bewegenden Besuch bei einem Verein, der von jungen Offizieren der Bundeswehr in Hamburg gegründet wurde. Diese Offiziere waren wie alle anderen Soldaten auch, sie hatten einen Eid geschworen, unser Land auch unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Eines aber war an ihnen besonders: Keiner von ihnen konnte von sich sagen, dass seine Eltern beide in Deutschland geboren sind. Die meisten von ihnen haben lediglich die deutsche Staatsbürgerschaft. Diese jungen Menschen haben ihrem Verein den Namen Deutscher Soldat e.V. gegeben. Dort setzen sie sich ehrenamtlich für die Integration von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt ein.

(Nikolaus Haufler)

Sehr geehrte Kollegen von den GRÜNEN! Ich fordere Sie auf, mit diesen jungen Menschen zu sprechen, bevor Sie die Zuwanderer in unserer Stadt wieder einmal als Opfer von Diskriminierung darstellen, wie Sie das so gerne tun. Mir fällt auf, dass Sie als Überschrift dieser Diskussion "Lasst beide Herzen schlagen" gewählt haben. Mit dieser Wortwahl gestehen Sie ein, dass ein Mensch seine Heimat im Herzen trägt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für so gut wie alle Parteien in so gut wie allen Ländern dieser Welt, für mich aber ein geradezu revolutionäres Eingeständnis seitens Ihrer Partei und des linken Flügels dieses Landes,

(Zurufe von den GRÜNEN)

und ich beglückwünsche Sie zu dieser Erkenntnis. Oder liege ich im Unrecht, wenn ich an die vielen Diskussionen über den Patriotismus in unserem Land denken muss, in denen ich die schlimmsten Vorwürfe gegen Menschen gehört zu haben glaube, die ihr Land lieben, seine Flagge lieben, die Nationalhymne ihres Landes lieben, ob sie in diesem Land geboren sind oder nicht? Und erinnere ich mich falsch, wenn ich den Eindruck habe, dass diese Vorwürfe allesamt aus dem linken Flügel gekommen sind?

(*Antje Möller GRÜNE*: Vielleicht sollten Sie beim Thema bleiben?)

– Für viele Menschen ist das aber ein Thema.

Sie sagen, man könne sich nicht mit diesem Land identifizieren, wenn man nicht zwei Pässe haben dürfe. Ich sage Ihnen, man kann sich sehr wohl mit einem Land identifizieren, wenn man das Gefühl hat, dass die Menschen und auch die Politiker ihr Land lieben und einem einen Anlass geben, sich mit diesem Land zu identifizieren. Darüber sollten Sie nachdenken.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kollegen vom linken Flügel, ist Ihnen bewusst, dass Sie eine Debatte über Gesetze führen, deren Auswirkungen 60, 70 oder weit über 100 Jahre nachwirken werden, wenn die Enkelkinder der jungen Menschen, über die wir sprechen, zu wählen haben werden, in welchem Land sie leben wollen? Es gibt wohl kaum Gesetze, die länger Gültigkeit haben als diese Materie. Deshalb möchte ich Sie bitten, eine ernsthafte Debatte zu führen und nicht so zu tun, als läge die Entscheidung auf der Hand und als wüssten nur Sie, was für diese Menschen gut ist.

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wenn wir gemeinsam mit jungen Menschen – ob in Deutschland oder in anderen Ländern geboren – ein Land aufbauen wollen, in dem man sich heimisch fühlt und das man liebt, dann ist es nicht hilfreich, wenn Sie immer wieder davon sprechen, dass Gesetzesvorhaben, die eine Entscheidung herbeiführen, diese jungen Menschen diskriminie-

ren. Ich glaube, die jungen Menschen von Deutscher Soldat e.V. und viele, viele andere geben Ihnen da nicht recht. Besuchen Sie sie, dann sprechen wir noch einmal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat jetzt Herr Jarchow.

Carl-Edgar Jarchow FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einmal mehr fordern die GRÜNEN die Abschaffung des Optionsmodells. Wir Liberale sind in dieser Frage ein wenig an unsere Bundestagsfraktion gebunden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie sind freie Abgeordnete!)

– Wir stimmen auch als freie Abgeordnete ab, Herr Dressel.

Dieses Modell wurde seinerzeit unter unserer Führung von Herrn Stadler entwickelt. Wir sind zwar der Meinung, dass dieses Modell nicht der Weisheit letzter Schluss ist

(Beifall bei *Tim Golke DIE LINKE*)

– vielen Dank für die Zustimmung –, sich auf der anderen Seite aber durchaus die Frage stellt, ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, es zu ändern. Die Wirkung des bestehenden Rechts ist noch nicht lange genug beobachtet geschweige denn evaluiert worden. Und ob es wirklich die richtige Lösung ist, kurz vor Ende der Legislaturperiode an der Gesetzgebung herumzuschrauben, finden wir fragwürdig.

(Beifall bei der FDP)

Wir würden es für den richtigen Weg halten, Erfahrungsberichte abzuwarten, wie sich diese Regelung auswirkt, und danach die rechtlichen Anpassungsmöglichkeiten zu prüfen. Dazu werden wir in nächster Zeit sicherlich Gelegenheit haben.

Für in Deutschland aufgewachsene junge Menschen ist es nach Auffassung der GRÜNEN nicht zumutbar, sich bei Volljährigkeit für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden, so sprechen Sie denn auch konsequent von Optionszwang. Offenbar tun sich die GRÜNEN mit der Wahlfreiheit des Individuums, der Kompetenz, sich entscheiden zu dürfen, schwer.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Die wollen beide Optionen! Und das nehmen wir ernst!)

Bezeichnenderweise machen die GRÜNEN nun aber nicht den Vorschlag, dass alle, die bislang die Wahlfreiheit haben, zukünftig ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit haben sollen und dafür die ihres Herkunftslands aufgeben müssen, nein, anders als die Kinder deutscher Eltern sollen

(Carl-Edgar Jarchow)

die Betreffenden durch Doppelstaatsangehörigkeit privilegiert werden.

(*Farid Müller GRÜNE*: Ach so!)

Warum ausgerechnet diese Bevorzugung mit dem Verweis auf den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 des Grundgesetzes begründet wird, erschließt sich uns nicht. Wir glauben, dass die Stärkung von emotionalen Herkunftsbindungen durch doppelte Staatsangehörigkeit kontraproduktiv ist. Es ist bezeichnend, dass die GRÜNEN die emotionale Bindung an das Zielland, also Deutschland, konsequent vernachlässigen und Bindung allein an das Herkunftsland der Eltern knüpfen. Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass es um die Staatsangehörigkeit geht, nicht um die jeweilige Kultur der Kinder oder der Eltern.

Wir meinen, dass Integration in die deutsche Gesellschaft nur gelingen kann, wenn man sich zu den gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen Staatsbürger bekennt,

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Ja, deshalb doppelte Staatsbürgerschaft!)

dazu steht und sich auch emotional daran bindet. Aus unserer Sicht erschwert Doppelstaatsangehörigkeit die Integration, wenn Migranten mit Doppelstaatsangehörigkeit dem Irrtum verfallen könnten, politisch gleichzeitig zwei Nationen anzugehören. Migrantenschicksale zeigen oft, dass genau dies eben nicht möglich ist. Wer weder ganz hier sein noch ganz dort bleiben will, ist nirgendwo als gleichberechtigter Mitbürger akzeptiert,

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Gilt das auch für Fußballer?)

ganz unabhängig vom formalrechtlichen Status.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Wir sind durchaus gesprächsbereit. Wir halten die jetzige Regelung nicht für die letztendliche Lösung; wir würden das Thema nach einer Evaluation der jetzigen Regelung gern wieder einbringen, mit Ihnen diskutieren und dann sicherlich auch zu anderen Regelungen kommen können. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Haufler, wenn Sie Ihren Redeauszug zur Korrektur vorgelegt bekommen, werden Sie merken, dass nicht einmal Ihre eigene Fraktion geklatscht hat bei dem dummen Zeug, was Sie vorgetragen haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch GRÜNE* – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Yildiz, das geht nicht.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das streichen wir aus deinem Manuskript auch raus!)

– Gut.

Mehmet Yildiz DIE LINKE (fortfahrend): Herr Jarchow, Sie sind HSV-Präsident. Es tut mir ehrlich leid, dass der Präsident eines so tollen Fußballvereins so etwas über dieses Thema sagt. Sie müssen sich, glaube ich, mit diesem Thema noch einmal befassen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phylliss Demirel GRÜNE*)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Regel haben junge Menschen zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr andere Sorgen; Schule, Ausbildung und Studium stehen da im Vordergrund. Sie in diesem Alter vor eine tiefgreifende Entscheidung zu stellen und die Identitätsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, ist nicht nötig. Daher gehört die Optionspflicht – ich nenne sie Zwang – abgeschafft.

Ich habe gestern als Antwort des Senats auf meine Schriftliche Kleine Anfrage zu lesen bekommen, dass in den nächsten drei Jahren 500 Hamburgerinnen und Hamburger über ihre Staatsangehörigkeit entscheiden müssen. Bis zum Jahr 2020 sind es über 1000 Jugendliche.

Auch wenn ich mit SPD und GRÜNEN einer Meinung bin, möchte ich eines feststellen. Senator Neumann hat angesprochen, dass man sich vor 14 Jahren nach der rassistischen Hetzkampagne von Roland Koch auf diesen Kompromiss geeinigt hat. Auch damals hätte man sich, wie es SPD und GRÜNE heute machen, öffentlich dagegen stellen und ihn ablehnen können. Aber nun gibt es diesen Kompromiss. Er gehört in den nächsten Wochen oder Monaten abgeschafft, weil sich ansonsten hunderte Kinder und Jugendliche die Frage stellen müssen, ob sie deutsche Staatsangehörige sein wollen oder beispielsweise türkische.

Eines muss man noch sagen. Es wurde damals nicht nur der Optionszwang eingeführt, es wurden auch die Kriterien für die Einbürgerung verschärft, die Sprachförderung wurde stärker eingeführt

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist doch gut!)

und auch andere Kriterien wie Einkommen und so weiter.

Herr Jarchow, in Deutschland leben viele EU-Bürgerinnen und -Bürger, die zwei Staatsangehörigkeiten haben. Meine Kollegin hat darauf hingewiesen, dass über 2 Millionen Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit auch eine andere europäische Staatsangehörigkeit besitzen. Warum soll-

(Mehmet Yildiz)

te dieses Recht nicht auch für andere Drittstaaten gelten wie die Türkei oder andere Länder? Daher muss die Optionspflicht abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Weil SPD und GRÜNE so sehr hoffen, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl die Mehrheit haben: Ich hoffe, dass man, nachdem die Optionspflicht abgeschafft wurde, sich die Einbürgerungsgeschichte insgesamt vorknöpft und das Verfahren für die Zigtausend Menschen, die eingebürgert werden wollen, aber Kriterien wie Einkommen oder Sprachtest nicht erfüllen, vereinfacht wird.

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat des Bundespräsidenten Gustav Heinemann beenden. Herr Haufler, hören Sie bitte, das betrifft in erster Linie Sie. Er hat einmal gesagt – ich zitiere –:

" [...] ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau [...]!"

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat jetzt Herr Simsek.

Ali Simsek SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Haufler, nachdem, was ich von Ihnen gehört habe, war der alte Bürgermeister Ole von Beust schon viel weiter als Sie.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir sollten uns einig sein, dass das Optionsmodell endlich abgeschafft gehört. Es steckt eine Monsterbürokratie dahinter. In diesem Jahr sind 7000 Jugendliche betroffen, im nächsten oder übernächsten werden es über 40 000 sein. Es kann nicht angehen, dass Sie sich hier hinstellen und dafür appellieren, das Optionsmodell nicht abzuschaffen beziehungsweise eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht anzuerkennen. Das kann man überhaupt nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Fraktion hat sich in den letzten zwei Jahren immer wieder dafür ausgesprochen, dass es den betroffenen Menschen grundsätzlich möglich sein soll, eine doppelte Staatsbürgerschaft zu behalten. Mehrstaatigkeit ist kein Teufelswerk, sie ist schon bundesdeutscher Alltag. Die Vermutung, dass sich jemand mit einer doppelten Staatsbürgerschaft zu seinem Geburtsland oder zu seinem Ausnahmeland illoyal verhalten würde, ist Ausdruck einer überkommenen Denkweise.

(Beifall bei der SPD)

Wir treten dafür ein, dass der Wust an Ausnahmeregelungen gestrichen werden soll, wir wollen eine klare, transparente Regelung.

(Beifall bei der SPD)

Das Staatsangehörigkeitsrecht muss gründlich entrümpelt werden. Der Senat wird sich weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Beibehaltung der doppelten Staatsbürgerschaft grundsätzlich ermöglicht und der Optionszwang endlich abgeschafft wird.

(Beifall bei der SPD)

Dafür müssen wir uns alle gemeinsam einsetzen. Es gibt Punkte, bei denen wir parteipolitische Sachen zur Seite legen und endlich gemeinsam agieren sollten. Es kann nicht angehen, dass junge Menschen, die hier geboren sind, die vielleicht nicht einmal ihre Muttersprache sprechen, zwar herzlich willkommen sind, aber auf einmal, wenn sie 23 Jahre alt sind und sich nicht entschieden haben, plötzlich Ausländer werden.

(André Trepoll CDU: Warum sollen die sich nicht entscheiden?)

Das fördert nicht die Integration. Bitte überdenken Sie die Regelung und setzen Sie sich dafür ein, dass das Optionsmodell endlich abgeschafft wird und die doppelte Staatsbürgerschaft generell akzeptiert wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat noch einmal Frau Demirel das Wort.

Phyliss Demirel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Haufler, das mit der Bundeswehr war wirklich ein sehr, sehr schlechtes Beispiel.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der bringt nur schlechte Beispiele!)

Ihre Äußerung zeigt vor allem wieder den Unterschied zwischen Ihnen und uns GRÜNEN, nämlich dass Sie für eine Einheitsgesellschaft eintreten und wir für eine interkulturelle, bunte Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Die Heimat dieser jungen Menschen ist Deutschland. Sie dürfen nicht vor so eine Zwangsentscheidung gestellt werden. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen, die hier leben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus mitbestimmen und mitgestalten können.

(Beifall bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

(Phylliss Demirel)

Deshalb müssen wir als Politik auch alle dafür erforderlichen Grundlagen bereitstellen, damit dies erleichtert wird.

Herr Jarchow, ich wollte Ihnen noch einen Satz dazu sagen. Sogar die FDP-Bundesjustizministerin hat eine Initiative zur Abschaffung der Optionspflicht gestartet,

(*Finn-Ole Ritter FDP: Denken Sie mal!*)

die auch eine große Zustimmung der Zivilgesellschaft findet. Ich verstehe jetzt Ihre Äußerung nicht. Wissen Sie überhaupt, wie viele HSV-Spieler die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen? Da sollten Sie einmal nachfragen, bevor Sie solche Reden halten. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet und wir kommen zu den Debatten.

Wir beginnen mit unserem TOP 32, Drucksache 20/6901 in der Neufassung, das ist ein Antrag der CDU-Fraktion: Wohnungsbauförderung ja – aber richtig!

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Wohnungsbauförderung ja – aber richtig!
– Drs 20/6901 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der FDP und der LINKEN an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. – Herr Rook, Sie haben das Wort.

Hans-Detlef Rook CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst eine Vorbemerkung. Der Bürgermeister hat den Wohnungsbau als Herzstück des Regierungsprogramms bezeichnet. Weder der Bürgermeister noch die Fachsenatorin sind anwesend. Das passt meiner Auffassung nach nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Die Förderpolitik des Senats muss zwingend auf den Prüfstand. Die Ende Januar vom Senat vorgestellten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Danach sind zwar im 1. Förderweg 2095 Sozialwohnungen von der Wohnungsbaukreditanstalt bewilligt worden, aber im 2. Förderweg nur 25 Wohnungen; das ist zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Das ist zu wenig und geht am Bedarf vorbei. Um Ihnen die Dimension der Bedarfe deutlich zu machen, nenne ich nur zwei plakative Zahlen. 42 Prozent der Hamburger Haushalte haben vom Ein-

kommen her Anspruch auf eine Sozialwohnung im 1. Förderweg.

(Beifall bei *Tim Golke* und *Heike Sudmann* – Zuruf von *Heike Sudmann*, alle *DIE LINKE*)

– Frau Sudmann, Sie nennen diese Zahl häufiger.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Rook, Sie dürfen gleich weitersprechen. Dann spricht wirklich auch nur Herr Rook. Wer nicht zuhören möchte und sich woanders unterhalten will, müsste sich dann bitte aus dem Saal entfernen. – Herr Rook hat das Wort.

Hans-Detlef Rook CDU (fortfahrend): Liebe Frau Sudmann, da sind wir einer Meinung, die Zahl stimmt.

(*Heike Sudmann DIE LINKE: Sehr gut!*)

Die Zahlen der anspruchsberechtigten Haushalte für den 2. Förderweg liegen jedoch weitaus höher. 59 Prozent der Hamburger Haushalte von einer bis fünf Personen und mehr fallen darunter.

(*Dirk Kienscherf SPD: Ist doch logisch!*)

Das sind die Menschen, die ein bisschen zu viel verdienen, um einen Anspruch auf eine Sozialwohnung im 1. Förderweg zu haben, jedoch zu wenig verdienen, um sich Eigentum oder eine Miete von 10 oder 12 Euro leisten zu können.

(*Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch eine Teilmenge!*)

Das ist die Bevölkerungsschicht, die die größte Säule des Steueraufkommens stellt. Wenn für diesen Personenkreis nur 25 Wohnungen im Jahr von der Wohnungsbaukreditanstalt bewilligt werden, läuft etwas schief.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat steuert mit dieser Förderpolitik auf eine Fehlentwicklung zu und wird dem Bedarf nach Wohnraum nicht gerecht. Die große Säule der Durchschnittsverdiener bleibt bei dieser Förderpolitik auf der Strecke. In der Regel sind dies Familien mit Kindern, Haushalte mit drei bis fünf Personen, von denen sogar – Frau Sudmann, hören Sie gut zu – 70 Prozent einen Anspruch auf eine Wohnung des 2. Förderwegs haben.

Es ist unbestritten, dass wir Sozialwohnungen brauchen, aber nicht nur. Und hier stellt sich insbesondere die Frage nach der Gerechtigkeit. Ist es gerecht, dass für die Menschen, die mit ihrem Steueraufkommen vieles in dieser Stadt, unter anderem auch soziale Maßnahmen, bezahlen, kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird?

(Hans-Detlef Roock)

(*Jan Quast SPD*: Davon reden Sie! Sie haben doch zehn Jahre keine Wohnungen gebaut!)

Wir sagen nein.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Und deshalb müssen die Förderrichtlinien auf den Prüfstand.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kienscherf, lehnen Sie sich doch an dem Beispiel Schleswig-Holsteins an. Nehmen Sie sich ein Beispiel daran, denn Schleswig-Holstein hatte ein ähnliches Problem. Fördermittel wurden nicht abgerufen.

(Zuruf von *Jan Quast SPD*)

Es wurden Nachfrageuntersuchungen durchgeführt und die Förderprogramme überprüft, ob sie noch attraktiv und marktkonform sind.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Auf der letzten Veranstaltung – Sie waren nicht dabei, aber Ihre Senatorin – vor dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen wurde von der Wohnungswirtschaft auch erklärt, warum der 2. Förderweg von den Investoren nicht in dem Maße angenommen wird, wie es wünschenswert wäre. Es wurde angesprochen, dass der Senat beim Bau eine Vorgabe von mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen eingeführt hat. Durch diese Vorgabe werden die Investoren in ein so enges Korsett gepresst, dass der 2. Förderweg aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr darstellbar ist.

Die Sozialwohnungen des 1. Förderwegs müssen durch frei finanzierte Wohnungen und Eigentumswohnungen quersubventioniert werden, damit es sich letztlich rechnet. Der wirtschaftliche Spielraum ist durch diese Quersubventionierung ausgeschöpft, und für den 2. Förderweg, sprich Wohnraum für Durchschnittsverdiener, ist danach kein Platz mehr.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Stimmt doch nicht!)

Auch diese Vorgabe, 30 Prozent Sozialwohnungen zu errichten, muss auf den Prüfstand.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Diese Förderpolitik und die Vorgaben des Senats bringen uns Probleme. Wo wollen wir glaubhaft das Ziel der wachsenden Stadt vertreten? Wo soll denn dringend benötigten Fachkräften bezahlbarer Wohnraum angeboten werden?

(*Dirk Kienscherf SPD*: Hätten Sie mal Wohnungen gebaut!)

Wie bekommen wir eine soziale Balancemischung in den Wohngebieten hin? Erkennbar ist doch ein dringender Handlungsbedarf, Herr Kienscherf. Mit

diesen und anderen Fragen sollten wir uns wirklich im Ausschuss auseinandersetzen,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Aber wir geben das doch ab!)

um den Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Kurt Duwe FDP*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Karin Timmermann hat das Wort.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde eben von Herrn Roock die Frage gestellt, wo der Bürgermeister bei diesem wichtigen Thema ist. Zu diesem wichtigen Thema spricht der Bürgermeister im Augenblick in Berlin, beim Wohnungsbautag 2013. Er stellt gerade die Zahlen vor, die belegen, dass es mit 8731 Baugenehmigungen doppelt so viele sind wie im Jahr 2008, und 2008 waren Sie in der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Dies zu Beginn dieser Debatte. Ich denke, es ist eine wichtige Zahl, die dort vorgestellt wird. Und nicht umsonst wird der Bürgermeister gebeten, zu diesem Themenkomplex zu reden, denn hier hat Hamburg wirklich etwas vorzuweisen, auch wenn Ihnen das wahrscheinlich nicht gefällt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt aber zu dem Thema, das Sie angemeldet haben. Ich habe das Gefühl, dass Sie an der einen oder anderen Stelle die Dinge wohl nicht ganz verstanden haben, die auf der Pressekonferenz der Senatorin schon einmal vorgestellt worden sind.

Bis zum Regierungswechsel vor zwei Jahren ist fast zehn Jahre lang in der Wohnungsbaupolitik nichts geschehen. Mit den Folgen dieses Versäumnisses werden wir alle tagtäglich konfrontiert. Es gibt Wohnungsknappheit in vielen Bereichen unserer Stadt

(Zuruf von *André Trepoll CDU*)

und zum Teil massiv angestiegene Mieten. Von daher ist es nur folgerichtig, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum erste Priorität haben muss

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Aber für alle!)

und auch bei diesem Senat Gott sei Dank hat. Für die SPD-Fraktion liegt der wohnungsbaupolitische Schwerpunkt in der Förderung des 1. Förderwegs, auch vor dem Hintergrund der großen Anzahl an Wohnungen, die in den nächsten Jahren aus der Bindung herausfallen.

(Beifall bei der SPD)

(Karin Timmermann)

Mit dem Vertrag für Hamburg zwischen Senat und Bezirken konnte eine Vereinbarung getroffen werden, die es ermöglicht, dass Bauvorhaben insgesamt zügiger umgesetzt werden, und mit dem Bündnis für Wohnen in Hamburg konnten wir zudem die Unterstützung der Wohnungswirtschaft gewinnen. Schon jetzt können sich die Ergebnisse sehen lassen.

Ich möchte kurz auf die Pressekonferenz der Stadtentwicklungssenatorin zu sprechen kommen, die Ende Januar stattgefunden hat. Da wurde die erfolgreiche Bilanz des Wohnraumförderungsprogramms 2011 und 2012 vorgestellt. Für das Jahr 2012 wurden insgesamt 2120 Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindung von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt im gesamten Stadtgebiet gefördert, davon allein 2095 Wohnungen im 1. Förderweg der klassischen Sozialwohnung für Geringverdiener mit einer Anfangsmiete von 5,90 Euro pro Quadratmeter. In diesem Segment besteht auch der größte Bedarf, und das wissen Sie auch, Herr Roock.

(Hans-Detlef Roock CDU: Die Zahlen sagen etwas anderes!)

Ich glaube, dass wir in diesem Bereich tätig werden müssen. Es wurden aber auch 2011 und 2012 jeweils 25 Wohnungen im 2. Förderweg für Haushalte mit mittlerem Einkommen mit einer Anfangsmiete von 8 Euro gefördert. Im Jahr 2011 konnten bereits durch die Umschichtung der nicht benötigten Mittel aus dem 2. Förderweg in den 1. Förderweg 2122 Wohnungen gefördert werden. Damit wurde unser gemeinsames Ziel, jährlich 2000 Wohnungsneubauten zu fördern, deutlich erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Nicht unerwähnt bleiben darf auch die Tatsache, dass 1849 neue Sozialbindungen durch die Förderung der Modernisierung in Bestandswohnungen geschaffen wurden. Insgesamt haben wir im Jahr 2012 Fördermittel in Höhe von 146,6 Millionen Euro aufgewendet und damit 2540 Neubauwohnungen gefördert.

An dieser Stelle möchte ich einen Rückblick auf die vergangenen Jahre geben. Auf der Pressekonferenz wurde eine Aufstellung über die Mietwohnungs-Neubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindung vorgelegt. Ich würde sie gern einmal zeigen, damit jeder sehen kann, wie es die letzten Jahre aussah. Vielleicht schaut die CDU einmal hin, was sie in den letzten Jahren getan hat. 2005 hat es beim Mietwohnungsneubau Bindungen für 409 Wohnungen gegeben, 2006 für 467 Wohnungen und 2007 für 479 Wohnungen. Dann hat es eine Veränderung in der Spitze der BSU gegeben, und dann waren es 2009 1096 Wohnungen und 2010 1547 Wohnungen. Gott sei Dank sind wir jetzt bei über 2000 Wohnungen angekommen. Ich

glaube, das ist der Weg, den wir alle gemeinsam gehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass diese Zahlen für sich sprechen und man nicht weiter erläutern muss.

Es ist aus unserer Sicht nicht zielführend, von dieser erfolgreichen Strategie der letzten zwei Jahre abzuweichen und die Bedingungen für den 2. Förderweg durch Erhöhung der Subventionen attraktiver zu machen. Vor allem sollte der 2. Förderweg für Investoren finanziell nicht attraktiver als der 1. Förderweg werden. Dadurch würde das wohnungspolitische Ziel der Legislaturperiode, vor allem der Knappheit von Sozialwohnungen erfolgreich zu begegnen, gefährdet werden.

(Jörg Hamann CDU: Sie haben den dort angeführt, den 2. Förderweg!)

Wir glauben, dass es bereits in diesem Jahr zu einem Anstieg der Förderbewilligung im 2. Förderweg kommen wird. Nachdem der 2. Förderweg erst Ende 2011 neu ausgestaltet werden konnte, konnte die Wohnungswirtschaft auch erst zu diesem Zeitpunkt diesen Weg in ihre Planungen mit einbeziehen. Und einen gewissen Vorlauf sollte man der Wohnungswirtschaft schon zugestehen.

Die aktuellen Anfragen bei der Wohnungsbaukreditanstalt machen deutlich, dass der 2. Förderweg deutlich stärker nachgefragt wird. Hinzu kommt, dass zunehmend innerstädtische Flächen wie zum Beispiel der Othmarschen Park oder die Finkenau entwickelt werden, um mit den städtebaulichen Auflagen dort den geförderten Mietwohnungsneubau vorzusehen.

Wir sehen aus den von mir genannten Gründen keinerlei Bedarf, diese Förderbedingungen zu verändern und glauben, dass sich die gewünschten Erfolge auch im 2. Förderweg im Laufe des Jahres automatisch einstellen werden. Von daher werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Duge hat das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! So sehr wir es begrüßt und für richtig gehalten haben, dass der 2. Förderweg eingeführt worden ist, so muss ich trotzdem, Frau Timmermann, die SPD fragen, warum eigentlich nur 25 Wohneinheiten im 2. Förderweg im letzten Jahr zustande gekommen sind. Da darf man sich nicht selbstzufrieden zurücklehnen und sagen, man hätte so viele Förderungen im 1. Förderweg gehabt.

(Karin Timmermann SPD: Ich kann es doch nicht verordnen!)

(Olaf Duge)

Dann hätten Sie den 2. Förderweg beiseiteschieben können. Das ist ein Versprechen, das Sie abgeben haben,

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist immer variabel haben wir gesagt!)

das Sie aber nicht eingehalten haben; das ist eine hohle Nuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Ich finde es durchaus berechtigt, dass die CDU die Frage stellt, woran es liegt. Ich finde es auch sehr wichtig und kann nicht verstehen, dass Sie sich dieser Frage nicht stellen, warum der 2. Förderweg so wenig angenommen wird. Richtig ist, dass wir eine erhebliche Einkommensgruppe in dieser Stadt haben, die nicht mehr in die 1. Förderung hineinfällt, die aber die Mieten – und Sie wissen selbst, dass es bei Neubauten und selbst bei Bestandswohnungen heute unter 10 Euro Kaltmiete nicht mehr geht – nicht mehr bezahlen kann.

(Dirk Kienscherf SPD: Es gibt ja noch Bestandswohnungen!)

– Natürlich gibt es Bestandswohnungen, Herr Kienscherf, aber Sie wissen auch, dass diese Bestandswohnungen begrenzt sind, weil sie natürlich auch belegt sind und nicht in dem Maße zur Verfügung stehen, wie es in diesem Einkommenssegment notwendig wäre, um den Bedarf zufriedenzustellen.

(Dirk Kienscherf SPD: Also Neubauwohnungen sind weniger als Bestandswohnungen!)

Deswegen ist es sehr wichtig, dass dieser 2. Förderweg auf den Prüfstand gestellt und geschaut wird, was getan werden kann. Ich habe den Eindruck, dass Sie sich hinter Zahlen, die Sie uns in zahlreichen Varianten vorgelesen haben, verstecken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Hans-Detlef Roock CDU)

Sie haben durchaus eine Reihe von Möglichkeiten, über verschiedene Wege, zum Beispiel über städtebauliche Vereinbarungen oder ähnliche Wege, den 2. Förderweg entsprechend voranzubringen. Das ist offenbar nicht passiert.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Zahlen sagen. Jetzt haben Sie wieder die Zahlen für die Wohnungsbaugenehmigungen vorgelesen. Wir warten dringend auf die Zahlen, was umgesetzt wird. Wir freuen uns, wenn es vorangeht und diese Zahlen steigen. Aber wir müssen auch sehen, was dabei passiert. Ich nehme nur das Beispiel Am Elisabethgehölz in Hamm.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist ein Ding!)

Dort will die Genossenschaft 120 Wohnungen abreißen, die im Augenblick 4 Euro pro Quadratmeter kosten und die man mit einer entsprechenden Sa-

nierung auch im Bereich des 1. Förderwegs halten könnte. Jetzt wird dort aber neu gebaut. Da kommen in Ihre Statistik 100 neue Wohnungen, die dann entsprechend anders geschnitten sind, aber im Gegenzug sind 120 Wohnungen abgerissen worden. Das sind nach Ihrer Rechnung wieder 100 neue Wohnungen bei Ihrer Wohnungsbaugenehmigung. Adam Riese würde sich bei dieser Rechnung im Grabe umdrehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Hans-Detlef Roock CDU)

Meine Damen und Herren! Es ist wichtig, dass wir diese Zahlen genauer betrachten. Und es ist wichtig, dass die Förderprogramme, die Sie angekündigt haben, auch greifen. Deswegen ist es auch notwendig, dass wir diese Fragen im Ausschuss stellen und bearbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Duwe hat das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Ausführungen von Herrn Roock möchte ich nur ein paar Dinge hinzufügen. Es war alles richtig, was er gesagt hat, ich begrüße das sehr.

(Beifall bei Roland Heintze und Hans-Detlef Roock, beide CDU)

Vor allen Dingen muss man sehen, dass es auch noch eine Mitte in Deutschland gibt. Es gibt auch Leute, die zum Glück nicht auf den 1. Förderweg angewiesen sind, die aber leider auch noch keine Millionäre sind, sodass sie sich in der HafenCity eine Einliegerwohnung kaufen könnten. Aber das wird in Deutschland schnell vergessen. Ich fand es sehr gut, dass der Senat ab 2011 diesen 2. Förderweg überhaupt eingeführt hat. Nur wundert es mich immer noch, warum so wenig Gebrauch davon gemacht wird. Sie haben zwar gesagt, es gäbe Anlaufschwierigkeiten, aber für mich ist das kein Grund, die Überweisung an den Ausschuss zu verweigern.

(Dirk Kienscherf SPD: Wir haben beim Haushalt darüber gesprochen!)

Ich kenne auch die Liste der Themen, die in den nächsten Stadtentwicklungsausschüssen behandelt werden. Da könnte dieses Thema noch sehr gut hineinpassen. Wahrscheinlich werden Sie gar nicht so tolle Zahlen vorlegen können und bei Nachfragen dann zugeben müssen, dass es eben auch Schwierigkeiten bedeutet und man diese Richtlinien so streng gehalten hat, damit man nicht bei jedem Vorhaben diese 30 Prozent im 2. Förderweg vorweisen muss; das steht dort nämlich.

(Dirk Kienscherf SPD: Muss man ja auch nicht im 2. Förderweg!)

(Dr. Kurt Duwe)

– Das ist aber in Verbindung mit dem 1. Förderweg.

Es sollte zum Beispiel auch die Möglichkeit geben, einzelne Projekte im 2. Förderweg zu fördern in den Stadtteilen, bei denen man dadurch den Stadtteil stabilisieren könnte. Aber solche Sachen gehen nach den jetzigen Regularien nicht.

(Karin Timmermann SPD: Man kann das doch den Wohnungsbaugesellschaften nicht verordnen!)

Die SPD trägt diesen Wohnungsbau wie einen Popanz vor sich her; das finde ich auch ganz gut.

(Zuruf von Dirk Kienscherf SPD)

Und die Frau Senatorin hat auch in der letzten Anhörung im Kultur- und im Stadtentwicklungsausschuss zum Thema Denkmalschutzgesetz gesagt, dass sie als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnungsbau – man beachte – auch etwas sagen würde. Das heißt also, Frau Blankau hat diesen Wohnungsbau richtig verinnerlicht, das begrüße ich.

(Dirk Kienscherf SPD: Ist doch gut, dass sie das macht!)

Als Umweltpolitiker habe ich dann allerdings eine Stunde später gehört, dass sie auch für die Umwelt zuständig ist.

Ich bitte also darum, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen, damit die SPD einmal zeigen kann, dass sie das, was sie immer so schön sagt, auch wirklich besser machen kann. Der 2. Förderweg war eine gute Idee, aber wir sollten das auch realisieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Hans-Detlef Roock CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Sudmann hat das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte positiv und für Sie vielleicht überraschend anfangen. Die CDU hat recht. Aber nur mit dem ersten Satz, und den zitiere ich doch sehr gern.

"Die vom Senat [...] vorgestellte Wohnraumförderung 2012 mit 2.095 geförderten Sozialwohnungen geht an dem Bedarf vorbei."

Das stimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber Ihre Schlussfolgerung ist völlig falsch, denn es werden nicht zu viele Sozialwohnungen, sondern viel zu wenige Sozialwohnungen in Hamburg gebaut.

(Dietrich Wersich CDU: Plattenbau! Hau die Wiese voll!)

Herr Roock, es tut mir wirklich leid, und auch Herr Wersich. Ich muss leider feststellen, dass es eine echte Milchbubirechnung ist, die Sie vorgelegt haben. Ich sage Ihnen auch, warum Milchbubi.

(Beifall bei der LINKEN – Dirk Kienscherf SPD: Sie darf das sagen!)

– Ich darf das sagen.

Ich fange ganz einfach an. Rechnen Sie einmal 42 Prozent und 59 Prozent zusammen, das sind 101 Prozent. Komisch, darin steckt irgendwie ein Fehler. Ich nenne Ihnen den Fehler: 42 Prozent aller Hamburger Haushalte haben Anspruch auf eine Sozialwohnung im 1. Förderweg, 59 Prozent auf den 2. Förderweg. Aber darin sind die 42 Prozent des 1. Förderwegs enthalten. Deswegen reden Sie über 17 Prozent der Hamburger Haushalte, für die Sie sich in die Bresche werfen. Wir müssen aber etwas für den 1. Förderweg tun, von daher sind Sie auf einem völlig falschen Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind auf dem falschen Weg, weil Sie etwas für 17 Prozent tun wollen. Bei den 42 Prozent sagen Sie, da müssten Sie gar nicht mehr so viel tun; das kann es nicht sein.

Ich sage es noch einmal in klaren Zahlen: 400 000 Hamburger Haushalte haben einen Anspruch auf eine Sozialwohnung im 1. Förderweg.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, ja!)

– Das stimmt, Herr Kienscherf, oder? Herr Kienscherf vermerkt für das Protokoll: Ja, es stimmt.

Aber wir haben nur noch ungefähr 100 000 Sozialwohnungen im Angebot.

(Dirk Kienscherf SPD: Und wie viele städtische Wohnungen haben wir?)

Dann können doch auch Sie auf die schlaue Idee kommen, dass wir viel mehr Wohnungen im 1. Förderweg brauchen. Frau Timmermann, selbst die 2000 neuen Wohnungen, die Sie im 1. Förderweg gebaut haben, reichen nicht. Sie sind ein Tropfen auf den heißen Stein, denn wir haben 300 000 Wohnungen zu wenig.

(Dietrich Wersich CDU: Wollen Sie, dass die Mieter alle umziehen in Ihre neuen Plattenbauten auf der grünen Wiese, oder wie stellen Sie sich das vor?)

– Herr Wersich, das war jetzt ein wunderschöner Einwurf von Ihrer Seite.

(Dietrich Wersich CDU: 100 000 Menschen wollen Sie umziehen lassen in neu gebaute Wohnungen? Das ist eine Sozialtechnokratie!)

– Nein, Herr Wersich, ich möchte, dass 300 000 Menschen weiterhin beruhigt wohnen können.

(Heike Sudmann)

Sie haben doch so viele Freunde und Freundinnen in der Immobilienbranche. Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, dass dieser Mietenwahnsinn gestoppt wird? Sie sind doch diejenigen, die frei finanzierten Wohnungsbau und Eigentumswohnungsbau bis zum Anschlag wollen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Jetzt machen Sie billige Aussagen nach dem Motto, wir wollten den Plattenbau. Das will kein Mensch, aber Sie wollen sich nicht für die 42 Prozent einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dirk Kienscherf* und *Dr. Monika Schaal, beide SPD* – Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Ich bin völlig begeistert von Herrn Wersich und seinem Einsatz. Ich verstehe nur nicht, warum Sie sich so aufregen, wenn ich Ihnen die nackten Zahlen nenne, die stimmen.

(Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Also können wir feststellen, dass die CDU nicht rechnen kann, sie will sich nicht um die richtige Klientel kümmern. Nur deswegen sind wir bereit, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen. Ansonsten haben Sie noch viel nachzuholen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Roock hat das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Sudmann, das war ein ganz merkwürdiger Beitrag, den Sie eben abgeliefert haben. Ich kann Ihnen die Zahlen gern noch einmal zur Verfügung stellen. Ich habe hier eine hochamtliche Liste, in der diese Zahlen stehen.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Aber Sie versuchen, diese Zahlen falsch zu interpretieren. Wir können uns gern nach der Debatte über die Zahlen unterhalten, die in dieser hochamtlichen Liste stehen, welche Haushalte Anspruch auf den 1. und 2. Förderweg haben.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Wie viele sind es nach Ihrer Aussage?)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Roock, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann?

Hans-Detlef Roock CDU: Gern, bei Frau Sudmann immer.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Roock.

Herr Roock, es geht wirklich um reine Mengenlehre. Sie haben eine Gesamtmenge von 59 Prozent, und da sind 42 Prozent nur ein Teil davon. Verstehen Sie das?

Hans-Detlef Roock CDU (fortfahrend): Das verstehe ich sehr gut, Frau Sudmann, aber diese Tabelle hat eine andere Aussagekraft, und darüber sollten wir uns unterhalten.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Hat sie nicht!)

Sie brauchen gar nicht zu lachen, Herr Lein, diese Tabelle wird selbst Ihr Senat bestätigen.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, sachlich ein Problem aufzuzeigen. Frau Timmermann, ich mag Sie zwar sehr gern,

(Zurufe aus dem Plenum)

aber Sie haben offensichtlich das Problem nicht begriffen. Sie haben Zahlen heruntergerattert, die der Senat in der Pressekonferenz bekanntgegeben und als Riesenerfolg dargestellt hat.

(Zurufe von der SPD: Ist es ja auch!)

Sie haben von Baugenehmigungen und von Sozialwohnungen gesprochen, aber von fertiggestellten Wohnungen haben Sie nicht gesprochen.

(*Karin Timmermann SPD:* Ich habe doch gesagt, die Förderung ist beantragt worden!)

Im Jahr 2011 – für 2012 liegen uns die Zahlen vom Statistischen Landesamt noch nicht vor – haben Sie nicht wesentlich mehr Wohnungen fertiggestellt als wir in den vergangenen Jahren; das bleibt einmal festzuhalten.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD:* Ach, hören Sie doch auf!)

Da auch Sie, Herr Kienscherf, das Problem offensichtlich nicht begriffen haben, laufen wir einer Fehlentwicklung entgegen. Ich sage Ihnen das heute sehr deutlich. Das ist schlecht für die Menschen in unserer Stadt. Sie lassen die Menschen, die das Rückgrat des Steueraufkommens bilden – ich habe das vorhin schon einmal angedeutet – allein. Das ist schlechter Stil und schlechte Politik. Ich will kurz auf das eingehen, was der Bürgermeister über den Wohnungsbau gesagt hat:

"Der Wohnungsbau ist ein Herzstück meines Regierungsprogramms [...]."

Oder – jetzt kommt es, hören Sie genau zu:

"Das Versprechen lautet: Hier, in großen Städten, finden sie alle ihr Auskommen und Entwicklungsmöglichkeiten für sich und ihre Kinder."

Diese Sätze klingen doch wie blanker Hohn.

(*Karin Timmermann SPD:* Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

(Hans-Detlef Roock)

Ich fordere Sie auf, diesen Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss zu überweisen; kneifen Sie heute nicht.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Kienscherf hat das Wort.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Roock, ich will vorausschicken, dass ich Sie persönlich auch sehr gern mag, aber von blankem Hohn zu reden, ist schon wirklich arg. Jahrelang sind keine Wohnungen gebaut worden und – das muss man feststellen – wer darunter leidet, sind die Menschen, die Steuern bezahlt haben, aber auch Menschen am Rand der Gesellschaft; das ist doch die bittere Realität.

(Beifall bei der SPD)

Wir tun etwas. Wir haben auch Ihren Antrag in den Haushaltsberatungen ausgiebig beraten und belegt, dass die Forderung Blödsinn ist.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das war der dritte Förderweg, aber nicht der zweite!)

Es bringt doch nichts, wenn Sie mit diesem blödsinnigen Antrag jetzt schon wieder kommen und wollen, dass wir ihn überweisen. Wir machen soziale Wohnungsbaupolitik und das heißt, dass wir für einkommensschwache Menschen, denen Vertreibung aus dem Quartier droht, neue Perspektiven schaffen, indem wir sozialen Wohnungsbau betreiben. Das sind diese 2000 Wohnungen im 1. Förderweg. Das ist erfolgreiche Wohnungsbaupolitik, Herr Roock.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie immer wieder darauf zurückkommen, dass wir noch gar nicht so viele Wohnungen fertiggestellt haben, dann muss ich Ihnen sagen, dass wir Ihnen das schon dreimal erklärt haben. Vor Fertigstellung kommen Baugenehmigungen, und Baugenehmigungen haben wir viele, nämlich 8700. In unserem Wahlprogramm steht, dass wir die Voraussetzungen für den Bau von 6000 Wohnungen schaffen werden. Bei 8700 Baugenehmigungen gibt es in der Ausführung natürlich immer etwas Schwund, indem beispielsweise an einer Stelle zunächst etwas abgerissen und dann Neues errichtet wird, sodass es insgesamt nicht zu mehr Wohnungen führt. Bei 8700 Baugenehmigungen können Sie aber sicher sein, dass mindestens ein Plus von 6000 Wohnungen herauskommen wird, und das ist ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie es noch konkreter haben wollen, Herr Roock, dann schauen Sie sich an, wie viele Wohnungen die SAGA in den letzten Jahren gebaut hat

und wie viele es anfangs waren. Das war doch bei Ihnen total ernüchternd. Es müsste Herrn Wersich eigentlich heute peinlich sein, dass es Jahre gab, in denen SAGA GWG nicht einen Grundstein für eine neue Wohnung gelegt hat.

(Zurufe von der CDU)

Im vergangenen Jahr sind es 770 Wohnungen gewesen, 770 neue Wohnungen für Arbeitnehmer, für Familien und für Senioren. Das ist konkrete, erfolgreiche Wohnungsbaupolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das setzen wir konsequent fort, und deswegen müssen wir so einen blödsinnigen Antrag nicht an den Ausschuss überweisen. Es gibt andere wichtige Themen, mit denen wir uns dort befassen wollen. – Vielen Dank.

Erster Vizepräsident Frank Schira: Bevor ich Herrn Duge das Wort gebe, möchte ich auch Sie, Herr Kienscherf, daran erinnern, sich an den parlamentarischen Sprachgebrauch zu halten. – Herr Duge hat das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es schön, dass wir uns alle gern mögen. Das freut mich, Herr Kienscherf, aber deswegen ist nicht alles gut. Mit der Art Ihrer Darstellung gehen Sie immer haarscharf um einige Probleme, die Sie in der Wohnungsbaupolitik nicht in den Griff bekommen, herum. Dazu gehört natürlich auch das Thema 2. Förderweg, das nach wie vor offen ist. Das schütteln Sie ab, und deswegen ist über diesen Antrag durchaus eine Diskussion notwendig. Ich muss auch ehrlich sagen, Frau Sudmann, dass 17 Prozent in der Differenz nicht so ganz wenig sind, nicht wahr? Darüber sind wir uns doch einig.

Sehen wir uns einmal die Tabellen genau an. Was bedeutet denn eigentlich 1. und 2. Förderweg? Wer ist berechtigt, solche Wohnungen zu bekommen? Im 1. Förderweg kann ein Vier-Personen-Haushalt ein Bruttoeinkommen von bis zu 53 200 Euro haben. Das Nettoeinkommen ist natürlich ein bisschen unterschiedlich, es liegt bei knapp 40 000. Wenn ich das auf zwölf Monate umrechne und davon ein Drittel für die Miete ansetze, dann dürfte die immer noch bei etwa 1000 Euro liegen. Das ist durchaus ein Preis, für den man im geförderten Bereich, aber auch ohne Förderung noch eine Wohnung bekommen kann. Es ist das obere Ende, das ist richtig, der Übergangsbereich. Das gilt natürlich auch für den 2. Förderweg. Ich nenne wiederum die Einkommensgrenze für einen Vier-Personen-Haushalt, die liegt bei 65 300 Euro. Netto sind das vielleicht 50 000 Euro. Wenn man das Einkommen drittelt, dann dürfte die monatliche Miete etwa zwischen 1 300 und 1 400 Euro liegen.

(Olaf Duge)

Wenn ich jetzt eine Miete von 8 Euro pro Quadratmeter für eine 100-Quadratmeter-Wohnung ansetze, dann liege ich bei einer Nettokaltmiete von 800 Euro. Die Warmmiete ist natürlich höher, aber Familien mit diesem Einkommen könnten bis zu 1 300 Euro bezahlen. Hier kann man durchaus von Übergangsbereichen sprechen, weil man für diesen Preis zum Teil auch auf dem freien Wohnungsmarkt etwas findet, nicht im Neubau, das wird ein bisschen schwierig, aber im Altbau schon. Nur, da haben wir, Herr Kienscherf, nicht die freien Kapazitäten, die notwendig wären. Deswegen ist es auch notwendig, dass Sie den 2. Förderweg stärker berücksichtigen, nicht so stark wie den ersten, aber der zweite muss gestärkt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Frau Sudmann das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE: Wir scheinen heute etwas Verbindendes zu haben. Nicht nur, dass sich alle mögen,

(*Wolfhard Ploog CDU:* Nicht nur heute!)

– nicht nur heute –, wir scheinen auch alle der Meinung zu sein, dass in der Wohnungsbaupolitik und der Mietenpolitik etwas schief läuft. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn wir gemeinsam feststellen würden, dass diese galoppierenden Mieten in Hamburg nicht mehr bezahlt werden können. Liebe SPD-Genossinnen und Genossen, auch Sie begehen einen Rechenfehler. Ich sage es zum tausendsten Mal hier in der Bürgerschaft: Wenn 42 Prozent der Hamburger Haushalte einen Anspruch auf den 1. Förderweg haben und Sie noch nicht einmal 20 Prozent Ihrer Neubauvorhaben im 1. Förderweg bauen wollen, dann haben wir ein echtes Problem. Da müssen wir gemeinsam ran, wir müssen viel mehr im 1. Förderweg bauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Duge, es ist natürlich eine Frage der Prioritätensetzung. Wir haben bei den Haushaltsberatungen Vorschläge gemacht, wie wesentlich mehr Wohnungen im 1. Förderweg gebaut werden können. Wenn wir aber wissen, dass 42 Prozent der Hamburger Haushalte, also fast die Hälfte, Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, 17 Prozent auf den 2. Förderweg, und der Rest hat ein bisschen mehr Geld, ist aber auch nicht reich, dann müssen Sie, da Sie für die Schuldenbremse sind, mit dem 1. Förderweg anfangen.

(*Karin Timmermann SPD:* Machen wir doch! 2000 Wohnungen, das ist doch schon was!)

Alles andere heißt, sich in die Tasche zu lügen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Hamann hat das Wort.

Jörg Hamann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kienscherf, bei aller Wertschätzung, die wir heute generös verteilen und uns gegenseitig zollen, muss ich sagen, dass Ihre Rede ein bisschen dem Motto "Nur der Starrsinn braucht keine Argumente" folgte.

(Beifall bei der CDU)

Anders kann ich es mir nicht erklären, dass Sie sich hinstellen und Ihre Zahlen hervorheben, aber nicht bereit sind, im Ausschuss darüber zu diskutieren. Ich könnte auch sagen, das riecht ein bisschen nach Angst. Sie merken, dass die Opposition, die das anscheinend unisono so sieht,

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Überhaupt nicht!)

den Finger auf die Wunde gelegt hat. Über die Anzahl der Baugenehmigungen haben wir auch schon wiederholt diskutiert, zumindest in dem Punkt haben wir recht. Die finden wir auch großartig, wir freuen uns über jede einzelne Baugenehmigung.

(*Karin Timmermann SPD:* Die Freude merkt man nicht!)

Von uns aus können es auch 7000, 8000, 9000 oder 10 000 sein. Nur wissen wir, dass Baugenehmigungen nicht mit gebauten Wohnungen gleichzusetzen sind. Wie der Kollege von den GRÜNEN deutlich gemacht hat, sind das natürlich auch nur Bruttozahlen. Was tatsächlich gebaut wird,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Es werden aber 6000!)

Herr Kollege Kienscherf, bleibt erst einmal abwarten, denn selbstverständlich werden auch viele Objekte entwickelt und mit Baugenehmigungen verkauft, die überhaupt nicht gebaut werden. Ein hanseatischer Kaufmann würde ein bisschen zurückhaltender sein.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Deswegen haben wir ja 6000 fertig!)

Er würde vielleicht sagen, die Entwicklungen im Bereich der Baugenehmigungen sind recht ansehnlich und sorgen bei uns für Freude. Sie aber jubilieren und verkünden und machen diesen Popanz, der Ihnen schon vorgehalten wurde, ohne auch nur im Ansatz zu realisieren, dass einer Baugenehmigung an sich noch keine gebaute Wohnung folgt. Das ist das Problem Ihrer Politik. Ich würde mir doch ein bisschen mehr Sachlichkeit wünschen. Es scheint Ihre Art der Selbsthypnose oder Selbstrechtfertigung zu sein, wenn Sie immer hervorheben, dass seit zehn Jahren keine Wohnungen gebaut worden sind.

(Jörg Hamann)

(Karin Timmermann SPD: Ja, ist ja auch so!)

– Hören Sie den Einwurf von der Kollegin "ist ja auch so"?

Schriftliche Kleine Anfragen, die Sie auch kennen und die Ihr Senat beantwortet hat, belegen, dass es durchschnittlich 4000 Wohnungen im Jahr waren, die unter den verschiedenen Senaten mit Beteiligung der FDP, der GAL und auch der CDU in dieser Stadt gebaut wurden.

(Dirk Kienscherf SPD: Bruttoberechnung, netto sind das viel weniger!)

Wenn Sie behaupten, es seien keine Wohnungen gebaut worden, was Sie jetzt auch wieder tun, dann ist das schlichtweg die Unwahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Unwahrheit ist das Wort, das der parlamentarische Sprachgebrauch vorsieht. Ein anderes Wort wäre dafür auch angemessen. Wenn Sie wollen, dass wir zu Ihren Baugenehmigungen klatschen, was wir von Herzen gern tun, dann sollten Sie doch so generös sein und die Wahrheit konzedieren und zugeben, dass in den früheren Jahren 4000 Wohnungen im Jahr gebaut wurden, Sie aber gern mehr gehabt hätten. Wenn Sie die Diskussion ernsthaft und sachlich führen wollen, dann sollte sie auch an dem Punkt korrekt sein. Richtig ist auch, dass der 2. Förderweg nicht funktioniert. Den 2. Förderweg haben Sie aufgerufen und die Investoren sagen Ihnen, dass er sich einfach nicht rechnet.

(Karin Timmermann SPD: Ende 2011!)

Der 2. Förderweg soll insbesondere dort helfen, wo es große Probleme mit der Gentrifizierung gibt, etwas, das Ihr Senat angeblich für sehr wichtig hält. CDU und GAL haben in der vorigen Legislaturperiode die Weichen für eine Lösung gestellt. Ihr Mittel, der 2. Förderweg, funktioniert nicht, also besteht dort Handlungsbedarf. Aber Sie wollen das nicht einmal im Ausschuss diskutieren, sondern handeln nach dem Motto: Augen zu und durch. Und das, liebe Frau Kollegin, ist mit Sicherheit die falsche Politik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ich ziehe den Überweisungsantrag zurück!)

Der Überweisungsantrag ist zurückgezogen. Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/6901 in der Neufassung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Somit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 20/6893, Antrag der SPD-Fraktion: Keine Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge: Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben!

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Keine Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge: Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben!
– Drs 20/6893 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/7039 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Öffentliche Güter wie Wasser gehen JEDE/-N an!
– Drs 20/7039 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wasserversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört daher in öffentliche Hand.

(Beifall bei der SPD)

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel, das es gibt, und es muss für alle zugänglich, erschwinglich und von guter Qualität sein. Wir haben in Hamburg hervorragendes Wasser, darauf sind wir stolz und wir wollen, dass das auch so bleibt. Deswegen muss Wasser in öffentlicher Hand bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Die Hamburgerinnen und Hamburger haben sich schon 2005 gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung gewehrt und das mit Erfolg. Die Hamburgische Bürgerschaft hat 2006 einstimmig ins Gesetz geschrieben:

"Die öffentliche Wasserversorgung obliegt der Freien und Hansestadt Hamburg als staatliche Aufgabe."

Das soll so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es nach dem Willen des EU-Binnenmarktkommissars Michel Barnier geht, dann sollen jetzt sogenannte Dienstleistungskonzessionen, wie zum Beispiel auch die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, europaweit ausgeschrieben werden. Nach Ansicht von Barnier soll für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen ein europaweiter Markt geschaffen werden, wie er für Aufträge und Bauleistungen bereits besteht. Ohne eine europaweite Ausschreibung sieht der EU-Kommissar die Gefahr, dass ausländische Interessenten von der Vergabe systematisch ausgeschlossen würden.

(Dr. Monika Schaal)

Wir wollen gerade nicht, dass unser Wasser zum Spekulationsobjekt von internationalen Großkonzernen wird.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gibt es eine Reihe von abschreckenden Beispielen. Im Jahr 1999 wurde die Londoner Wasserversorgung für 7,1 Milliarden Euro von RWE übernommen. RWE seinerseits verkaufte das Unternehmen schon 2006 mit Genehmigung der EU-Kartellbehörde für fast 12 Milliarden Euro inklusive Schuldenübernahme an das australische Konsortium Kemble Water Limited weiter. Nach der Privatisierung stiegen die Preise in London und sank die Qualität, weil immer mehr Wasser durch die maroden Röhren im Boden versickerte. Der zusätzliche Profit musste zulasten der Wasserkunden durch schlechte Wartung erwirtschaftet werden. Auch die Stadt Berlin hat schlechte Erfahrungen mit der Wasserprivatisierung gemacht. Nachdem 49 Prozent der Berliner Wasserbetriebe verkauft wurden, stiegen die Preise derart an, dass sogar das Bundeskartellamt intervenieren musste. Inzwischen haben die Berliner allerdings ein Viertel ihrer Wasserbetriebe wieder teuer zurückgekauft.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Wie die Stromnetze!*)

Auch in Portugal und Frankreich ist die Privatisierung der Wasserversorgung nicht zum Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher abgelaufen. Paris hat seine Wasserversorgung ebenfalls zurückgeholt.

Meine Damen und Herren! Bereits Ende der Neunzigerjahre und Anfang 2001 hatte die EU-Kommission schon einmal versucht, die Ausschreibung von Dienstleistungskonzessionen zu erzwingen, war aber am Widerstand der Mitgliedsstaaten gescheitert. Der Vorschlag, der jetzt dem EU-Parlament vorliegt, trifft ebenfalls auf heftige Kritik. Der SPD-Senat hat sich seit dem Regierungswechsel 2011 kritisch in die Verhandlungen zum Richtlinienentwurf eingebracht. Vor einem Jahr hat Hamburg zusammen mit anderen Bundesländern eine deutliche Stellungnahme in den Bundesrat eingebracht. Auch der Senat befürchtet nämlich Qualitätsverluste, wenn die Wasserversorgung ausgeschrieben würde. Alle Fraktionen im Deutschen Bundestag, leider mit Ausnahme der FDP,

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Das wundert mich aber!*)

haben sich gegen die Richtlinie ausgesprochen. Auch die CDU ist gegen eine Privatisierung und gegen diese Richtlinie. Die GRÜNEN haben im Deutschen Bundestag aktuell einen Antrag eingebracht, der in ähnliche Richtung wie unser heutiger Antrag geht. Ebenso hat auch die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag vorgelegt, dessen Motto ist: Freier Wettbewerb bringt beim Wasser für Verbraucherinnen und Verbraucher keine Vorteile. Die Kommunen müssen selbst ent-

scheiden können, wie sie jeweils verfahren. Eine europarechtliche Regelung zur Wasserversorgung ist nicht nötig. Auch die SPD-Bundestagsfraktion fordert, die Gesundheitsleistungen und die Wasserversorgung aus den Konzessionsrichtlinien herauszunehmen. Die Gewerkschaften sehen bei der Umsetzung der Richtlinie in Deutschland deutsche Sozialstandards gefährdet. Auch der Städtetag und der Verband kommunaler Unternehmen haben sich gegen die Richtlinie ausgesprochen.

Meine Damen und Herren! Wird die Richtlinie so verabschiedet, wie sie jetzt vorliegt, können die Kommunen nicht mehr frei entscheiden, wie sie mit ihrer Wasserversorgung umgehen wollen. Viele befürchten daher eine Privatisierung durch die Hintertür. Die SPD-Fraktion teilt diese Sorge und fordert die Hamburger Abgeordneten des EU-Parlaments mit dem vorliegenden Antrag auf, sich für die Herausnahme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aus dem EU-Richtlinienentwurf für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen einzusetzen.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU: Sie lesen ja sogar schwierige Passagen fehlerfrei ab!*)

Der Senat soll mit anderen Bundesländern außerdem auf die deutschen Vertreterinnen und Vertreter im Ministerrat einwirken, keiner Richtlinie zuzustimmen, die die öffentliche Wasserversorgung unter die neuen Wettbewerbsregeln stellen will. Die Wasserversorgung muss aus den Dienstleistungsrichtlinien herausgehalten werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Till Steffen GRÜNE*)

Die Ankündigung von Kommissar Barnier, er wolle keineswegs die Wasserversorgung privatisieren, beruhigt nicht. Formulierungen wie "niemand will" sind hierzulande nicht dazu angetan, Vertrauen zu wecken. Auch wenn Barnier nun betont, dass Stadtwerke unter bestimmten Bedingungen nicht ausschreiben müssen, hat das für uns keine Bedeutung. Hamburg hat nun einmal keine Stadtwerke und die Wasserversorgung ist anders organisiert. Es liegt von Barnier noch kein neuer Vorschlag auf dem Tisch, mit dem wir uns anfreunden könnten. Wir rufen daher die Bürgerinnen und Bürger auf, sich an dem ersten laufenden europäischen Volksbegehren gegen die neuen Vergaberegeln für Wasser zu beteiligen und bitten hier im Hause um eine breite Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag der LINKEN entspricht in entscheidenden Punkten unserem Antrag. Prüfaufträge für die Platzierung des Volksbegehrens auf öffentlichen Internetseiten brauchen wir nicht. Das Volksbegehren ist bekannt, wird gut angenommen und es kommt jetzt vor allen Dingen darauf an, dass auch

(Dr. Monika Schaal)

die Bürgerinnen und Bürger anderer europäischer Staaten zustimmen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Heintze hat das Wort.

Roland Heintze CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Dr. Schaal hat es schon gesagt, und dies ist auch die Meinung der CDU: Wasser darf keine Handelsware werden. Die CDU ist sehr klar gegen diesen Kommissionsvorschlag und hat dies auf ihrem Bundesparteitag Ende vorigen Jahres noch einmal bestärkt. An dieser Position hat sich nichts geändert, die vertreten wir mit Ihnen gemeinsam.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Bemerkenswert ist ein weiterer Aspekt, nämlich dass europäische Volksbegehren funktionieren. Dieses Instrument ist noch gar nicht so alt, und alle waren sehr skeptisch, ob die Quoren erreicht und ob das Verfahren über alle Länder hinweg funktionieren würde. Doch schon jetzt sind mehr als 1,2 Millionen Unterschriften zusammengekommen und in vier von sieben nötigen Ländern die Quoren erreicht worden. Das zeigt, dass dieses Instrument funktioniert. Ich glaube, wir sind gut beraten, dieses Instrument zu stärken, denn so können wir auch deutsche Interessen in Europa durchsetzen und klar machen, wo die große Mehrheit der Bevölkerung auch hier in Hamburg steht. Sie ist nämlich gegen eine Liberalisierung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Es ist gut, wenn das auf diesem Wege noch einmal deutlich gemacht wird.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

So sehr wir den SPD-Antrag teilen, so ist die Diskussion im Moment doch weiter. Der Deutsche Bundestag diskutiert dazu heute. Gegen Ende Juni soll das Verfahren abgeschlossen sein, und wir müssen jetzt zusehen, dass der Druck auf den Kommissar, der in den vergangenen Tagen und Wochen aufgebaut wurde, hoch bleibt und von allen Seiten noch verstärkt wird. Nur aufgrund dieses öffentlichen Drucks kann ich mir erklären, was er vor 14 Tagen in der "Zeit" gesagt hat, nämlich dass doch alles ein bisschen anders gemeint gewesen sei und eigentlich wolle man mit der Konzessionsrichtlinie für die Vergabe von Dienstleistungen Korruption bekämpfen, Transparenz schaffen und Vetternwirtschaft vorbeugen. Das sind Ziele, die wir auch verfolgen. An sich ist die Richtlinie richtig. Es gibt einen einfachen Handgriff, dieser auch zum Erfolg zu verhelfen, indem die Wasserversorgung schlicht herausgenommen wird und in den Ausnahmekatalog rutscht. Dafür setzen wir uns als

CDU/CSU sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Europaparlament ein. Und alle, die dieser Tage darüber verhandeln und ein Wörtchen mitzureden haben, sollten dieses dann auch tun, damit zum einen die Richtlinie nicht gefährdet wird, aber auch klar wird, dass die Wasserversorgung eine kommunale Angelegenheit ist und in der Hand der Kommunen bleibt.

Nur dadurch – und da appelliere ich an alle im Raum –, dass wir die Wasserversorgung aus dem Katalog der zu vergebenden Konzessionen und der verpflichtenden Ausschreibungen herausnehmen, stellen wir sicher, dass die Qualität erhalten bleibt. Es ist gerade im Bereich der Daseinsvorsorge wichtig, dass die Preise nicht ins Unendliche schießen. Dazu sind Beispiele genannt worden, aber ich persönlich muss sagen, und dabei schaue ich auf die Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass wir auch, indem wir das Wasser herausnehmen, unnötige Bürokratie vermeiden und das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen stärken. Das muss auch in Ihrem Sinne sein, denn das ist am Ende des Tages Subsidiarität und dafür steht die CDU.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Monika Schaal* SPD)

Diese Richtlinie ist beim Thema Wasser nicht im Interesse Hamburgs, und sie ist nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen alles dafür tun, dass die Kommunen die öffentliche Wasserversorgung in der Hand behalten. Von daher sind wir gut beraten, den Antrag der SPD heute zu beschließen. Wir sind aber auch gut beraten, es nicht dabei zu belassen, denn die Diskussion ist schon ein Stück weiter, und man ist schon dabei auszuloten, wo die Kompromisslinien sind. Es ist wichtig, sich aktiv – und hier ist der Senat gefragt – an diesen Verhandlungen, wo es geht, zu beteiligen und zuzusehen, dass es zu dieser Ausnahmeregelung kommt. Wenn Herr Barnier in der "Zeit" erklärt, das sei alles anders gemeint gewesen, dann sollte man ihn beim Wort nehmen. Von daher ist das eine gute Initiative und die CDU wird sie unterstützen. Wir müssen zusehen, dass wir auf allen Ebenen die Zeit bis Juni nutzen. Dabei darf es nicht bei Proklamationen bleiben, sondern es müssen alle, die zu entscheiden haben – dazu gehört auch die Bundesregierung, die es, zumindest was die CDU/CSU betrifft, auch tut –, ordentlich Druck ausüben, damit die Wasserversorgung ihr Niveau hält und in der Hand der Kommunen bleibt. Das ist für uns in Hamburg und für die Bundesrepublik Deutschland wichtig.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Hajduk hat das Wort.

Anja Hajduk GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD hat ein wichtiges Thema zur Debatte angemeldet.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die Richtlinie, die wir im Entwurf bekommen haben, könnte in der Tat tief in die Praxis unserer Kommunen und Städte eingreifen, die Daseinsvorsorge in vielen Bereichen in öffentlicher Hand zu regeln und damit das Gemeinwohlinteresse in den Vordergrund zu stellen und nicht in erster Linie den Profit. Wir halten es ausdrücklich für wichtig, dass das auch für das Wasser in Zukunft gilt. Insofern gibt es eine klare Unterstützung von unserer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist auch richtig, den Entwurf sehr ernst zu nehmen, denn die Unklarheit der Formulierungen und ihr Interpretationsspielraum geben in der Tat Anlass zur Sorge, dass es in Zukunft anders laufen könnte. Wir müssen das zum Beispiel auch vor dem Hintergrund der aktuellen Anpassungsprogramme der EU-Kommission für die Länder Griechenland und Portugal sehen, die mit weitreichenden Privatisierungen der Wasserorganisation in Athen, in Thessaloniki und auch in Portugal verbunden sind. Dies lehnen wir GRÜNEN ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns jetzt natürlich auch damit auseinandersetzen müssen, wie wir klug vorgehen. Herr Heintze hat dazu einiges gesagt. Die SPD schreibt in ihrem Antrag, dass in den Ausschussberatungen des Europäischen Parlaments nach langen Verhandlungen zwar erreicht werden konnte, dass Rettungsdienstleistungen und Hafendienstleistungen herausgenommen wurden, aber der im Ausschuss gestellte Antrag, auch das Wasser herauszunehmen, mit Stimmen von SPD-Abgeordneten abgelehnt worden ist. Das, liebe SPD, gibt uns GRÜNEN einen doppelten Grund, Ihrem Antrag heute zuzustimmen, damit Sie Ihren eigenen Leuten auf EU-Ebene bitte Beine machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen. Wenn Sie sich seitens der SPD in Ihrem Antrag so positiv auf die Initiative "Unser-Wasser-Hamburg" beziehen, dann drängt sich ein bisschen der Verdacht auf, dass Sie ein schlechtes Gewissen haben oder ein Feigenblatt brauchen, weil Sie solche Probleme mit der Initiative – der Name hört sich ähnlich an – UNSER HAMBURG – UNSER NETZ haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Richtig!)

Liebe SPD, es passt nicht zusammen, dass man sich im Rahmen der Daseinsvorsorge beim Wasser so ins Zeug legt, aber gleichzeitig die Fernwärme im letzten Jahr endgültig auf Dauer privatisiert hat. Die Fernwärme betrifft ganz viele Menschen in der Stadt, und das ist auch ein Teil der Daseinsvorsorge.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Deswegen unterstreichen wir hier heute gerne: Es ist gut, dass es diese europäische Bürgerinitiative für die Daseinsvorsorge beim Wasser gibt, aber es ist ebenso gut, dass es jetzt einen Volksentscheid geben wird, weil eine Bürgerinitiative für die Rekommunalisierung bei Gas, Strom und Fernwärme in Hamburg kämpft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist durchaus an der Zeit, jetzt auch für das Wasser aktiv zu werden. Es macht schon ein bisschen Hoffnung, dass Herr Barnier sich in den letzten Tagen bewegt hat und schon anfängt anzudeuten, er könne sich eine Ausnahme von der gängigen Praxis vorstellen, dass Mehrspartenunternehmen in den Kommunen der Mitgliedstaaten nicht gezwungen würden, den Wasserbereich auszuschreiben. Aber wir sind da noch nicht am Ende, die Trilogverhandlungen werden jetzt weitergehen.

Insofern, ich hatte es schon angedeutet, stimmen wir dem Antrag der SPD zu. Wir stimmen im Übrigen auch dem Antrag der LINKEN zu,

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

aber die SPD muss die Hauptarbeit machen. Sie sind keine sichere Bank bei der Daseinsvorsorge. Ich habe Sie darauf hingewiesen, was die EU-Parlamentarier der SPD angeht, weil das Parlament selbst da wirklich andere Mehrheiten erreichen sollte.

Liebe SPD, auch wenn Sie zu den Netzen in Hamburg per Beschluss eine andere Meinung haben – wobei ich gar nicht so sicher bin, ob Sie alle eine andere Meinung haben –, dann sollten Sie, wenn Sie hier positiv Bezug auf die europäische Initiative und auf die alte Hamburger Initiative zum Wasser nehmen, in Ihren Reihen auf die Diffamierung von Verbraucher- und Umweltschützern verzichten, die sich eine ebensolche öffentliche Verantwortung für Fernwärme und andere Dinge in Hamburg wünschen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Haben Sie dazu einen Satz von uns gehört?)

– Ich habe nicht die Parlamentsreihen gemeint. Die SPD ist größer als dieses Parlament, und es gibt in Ihren Reihen Personen, die wirklich diffamierend auf diese Initiative einwirken wollen. Es stünde Ihnen besser an, wenn Sie es nicht täten und wenn Sie Ihren Einfluss geltend machen würden. – Schönen Dank.

(Anja Hajduk)

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wen meinen Sie denn damit?)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist wieder so eine Debatte mit einem Konsens von vier der fünf Fraktionen in unserem Hause, von der CDU bis hin zu den LINKEN. Da bin ich dann immer ganz froh, dass es in diesem Parlament auch noch die liberale Stimme gibt.

(Beifall bei der FDP)

Die medialen Wellen sind in den vergangenen vier Wochen ziemlich hochgeschlagen, nachdem die EU-Kommission bekannt gegeben hat, dass sie für mehr Wettbewerb und Transparenz bei der Vergabe der Wasserversorgung in Europa ist. Das Meiste, was dazu vorgetragen wurde, war hochgradig emotional und selten rational. Da war von einer Zwangsprivatisierung der Stadtwerke zu hören und von einer Nötigung aus Brüssel, die deutsche Wasserversorgung würde an private Unternehmen gegeben werden müssen. Es wurde ganz gezielt mit den Ängsten der Bevölkerung gespielt, und das zum großen Teil sogar wider besseres Wissen. Das ist keine verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Der vorliegende SPD-Antrag stimmt nun in diese Panikmache ein. Offensichtlich naht der Wahlkampf, denn das ist streckenweise Polemik pur.

(Beifall bei der FDP)

Unter anderem können wir lesen, dass die Übergabe von Leistungen an Private zu – ich zitiere –

"[...] nachlassende[r] Qualität [...], höhere[n] Preise[n] für die Verbraucherinnen und Verbraucher [und] größere[r] Bürokratie für die Verwaltungen [...]"

führen würde.

Das ist doch absurd. Das widerspricht allen Erfahrungen, die wir etwa im Bereich der Telekommunikation gemacht haben oder in dem seit jeher privat und wettbewerblich organisierten, aber staatlich beaufsichtigten Bereich der Lebensmittelproduktion. Ganz überwiegend verfügen wir über Lebensmittel zu günstigen Preisen und in hoher Qualität.

Aber wir wollen hier nicht unnötig das Privatisierungsfass aufmachen, denn es geht der EU-Kommission schließlich in Wahrheit gar nicht um die Privatisierung der Wasserversorgung, sondern es geht um Wettbewerb und Transparenz, und dies soll durch europaweite Ausschreibungen von Dienstleistungskonzessionen erreicht werden – ei-

ne Forderung, die im Grunde höchst selbstverständlich und in einem gemeinsamen Binnenmarkt auch sinnvoll ist.

Was will die EU ändern im Vergleich zur jetzigen Situation? Es geht darum, die Aufgabe öffentlicher Aufträge transparent zu machen und einen Wettbewerb um das beste Angebot zu ermöglichen, aber es geht gerade nicht darum – und dazu muss man sich halt die Mühe machen, die 98-seitige Richtlinie der EU auch einmal zu lesen –, eine zwangsweise Privatisierung der Wasserversorgung durchzusetzen. Selbstverständlich können Stadtwerke und andere kommunale Träger, die zuverlässig und hochwertig die Wasserversorgung erbringen, dies auch nach der Verabschiedung der Richtlinie tun. Allerdings, und das ist richtig, müssen Sie sich bei ihrer Leistung auch mit den Leistungen anderer öffentlicher und privater Anbieter messen lassen. Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion ist daher nichts anderes als ein Sturm im Wasserglas,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Just for show!)

und das gleich aus zwei weiteren Gründen.

Erstens: Der von der Lobby der kommunalen Unternehmen entfachte Protest gegen die Richtlinie hat zwischenzeitlich schon Wirkung gezeigt. EU-Binnenmarktkommissar Barnier hat bereits Überarbeitungen vorgenommen.

Zweitens: Selbst wenn die FDP-Fraktion inhaltlich die Meinung der Antragsteller teilen würde, was sie nicht tut – vielleicht wird es Sie überraschen, dass wir in der Tat gegen eine Privatisierung von HAMBURG WASSER sind –, so würde sich immer noch die Frage nach der formalen Zuständigkeit der Bürgerschaft bei einer EU-Richtlinie stellen. Unterm Strich ist dieser Antrag im wahrsten Sinne des Wortes überflüssig. Wir werden ihn ablehnen, und das gilt auch für die Zusatzanträge. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Jetzt kommen die Kommunalisierungsfans!)

Dora Heyenn DIE LINKE:* Da stellt sich natürlich die Frage, was überflüssig ist. Das müsste auch Ihnen bekannt sein: Wasser ist Leben, es ist lebenswichtig und es ist überlebenswichtig. Deshalb muss sauberes Trinkwasser für jeden verfügbar sein, egal, in welcher Lage er ist, und deswegen muss es in der kommunalen Verfügbarkeit bleiben.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Frau Dr. Schaal hat darauf hingewiesen, dass die Volksinitiative "Unser-Wasser-Hamburg" es 2006

(Dora Heyenn)

hinbekommen hat, dass die öffentliche Wasserversorgung gesetzlich festgelegt wurde. Dieses Gesetz hat einen einzigen Paragraphen, und Sie haben nur den ersten Satz vorgelesen, der da lautet:

"Die öffentliche Wasserversorgung obliegt der Freien und Hansestadt Hamburg als staatliche Aufgabe."

Dann folgt noch ein Satz, und den finde ich fast noch wichtiger:

"Werden Aufgaben [...] durch Dritte durchgeführt, sind deren Anteile vollständig im Eigentum der Freien und Hansestadt [Hamburg] zu halten."

Das wäre doch einmal ein Beispiel für den September.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phylliss Demirel* GRÜNE)

Damit das mit dem Wasser auf jeden Fall so bleibt, haben wir diesen Antrag gestellt.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Natürlich!)

Insbesondere in den Sektoren Wasser und Energie werden sehr viele Konzessionen vergeben. Alleine in Deutschland existieren mehr als 6000 Wasserversorgungsunternehmen und mehr als 700 Stadtwerke und Regionalversorger, die, meist im Querverbund, Endkunden mit Strom, Erdgas und Wasser beliefern. Mehr als 200 davon haben eigene Erzeugungsanlagen, und sie alle arbeiten auf der Basis von Dienstleistungskonzessionen, die sie mit den Kommunen abschließen. Nach dem Plan von EU-Kommissar Barnier, der hier schon häufig zitiert worden ist, geht es darum, den Markt, wie er das nennt, neu zu ordnen. Dazu haben wir hier eben auch so Marktfetischisten am Pult gehört.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Ein Marktfetischist!)

Danach sollen die Kommunen ihre Konzessionen für Dienstleistungen wie zum Beispiel Wasser, Energie oder Verkehrsversorgung generell EU-weit ausschreiben.

Fast alle haben inzwischen den Film "Water Makes Money" gesehen, der jüngst für Schlagzeilen gesorgt hat. In diesem Film wird ziemlich deutlich gezeigt, was einem blüht, wenn Wasser privatisiert wird. Wasserversorgung in privater Hand bedeutet, dass das Wasser teurer und qualitativ nicht besser wird, und damit haben wir reichlich Erfahrung. Im Bereich der Stromversorgung, die nicht in öffentlicher Hand geblieben ist, hatten wir natürlich auch die Situation, dass uns die Preise davongelaufen sind. Da kann man einmal sehen, wie das ist. Und wir haben noch mehr Erfahrungen mit der Stromversorgung in privater oder nichtöffentlicher Hand. Pro Jahr haben wir in der Hansestadt Stromabschaltungen in 15 000 Haushalten – Haushalten, da gehören noch mehr Menschen dazu. Und wenn

jetzt Wasser in private Hand kommt, wird erstens das Wasser teurer, zweitens wird es von der Qualität her meistens schlechter, und ich möchte nicht erleben, dass in Hamburg auch noch Wasserabschaltungen stattfinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Etwa 1000 Wasserkonzessionen und mehr als 200 Stadtwerkekonzessionen laufen in den nächsten Jahren in Deutschland aus und müssen neu vergeben werden. Zwar können sich nach der EU-Vorstellung auch städtische Unternehmen um eine Konzession bewerben, allerdings haben sie nicht die Möglichkeiten wie die großen europa- und weltweit tätigen privaten Konzerne. Genau das haben wir bereits erlebt, da haben wir ein Déjà-vu. Wie war das denn, als es um die EU-weite Ausschreibung für die Stromversorgung aller öffentlichen Gebäude ging? Da hat Vattenfall natürlich das Rennen gemacht, weil die ganz andere Möglichkeiten haben. Das möchte ich bei Wasser nicht wieder erleben.

(Beifall bei der LINKEN)

Soziale Kriterien oder sogar eine Tariftreueklausel soll die Richtlinie entgegen der Forderung der LINKEN im Europaparlament nicht vorsehen. Mit dieser Liberalisierung drohe ein genereller Ausverkauf aller Leistungen der Daseinsvorsorge, warnen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der EU, die als Zeichen des Widerstands die europaweite Bürgerinitiative "right2water" gegründet haben. Der Widerstand gegen diese neue Dienstleistungsrichtlinie wächst, und das erfreulicherweise vor allem in Deutschland. Über 1 Million Unterschriften hat die erste europäische Bürgerinitiative gegen das Vorhaben des EU-Binnenkommissars Barnier bereits gesammelt, um die vorgesehene Liberalisierung des europäischen Trinkwassermarktes zu stoppen. Mit jeder Unterschrift verstärkt sich der politische Druck auf die Europäische Union, die Richtlinien zu ändern. Ich habe an meinem Platz Unterschriftenlisten. Wer noch nicht unterschrieben hat, kann sie gerne unterschreiben, ich gebe sie nachher her.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt viele Unterschriften, aber es gibt noch nicht genug. Deswegen schlagen wir vor, dass der Senat prüft, inwiefern er die europäische Initiative "Wasser ist ein Menschenrecht" durch Bereitstellung von Informationen auf www.hamburg.de und den von der Freien und Hansestadt betriebenen Seiten in den sozialen Netzwerken sowie durch Auslage der Unterschriftenlisten in Dienstleistungszentren unterstützen kann. Es kann nicht schaden, Frau Dr. Schaal, es kann helfen, und wir brauchen die Hilfe jeder einzelnen Unterschrift.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Auch wenn es nicht ins Schema passt, muss ich Sie korrigieren, Frau Heyenn. Die Ausschreibung für die Stromversorgung der städtischen Einrichtungen ist an HAMBURG ENERGIE gegangen und wird zum nächsten Wechseltermin von HAMBURG ENERGIE übernommen. Das sollten Sie wissen.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Danke!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Zunächst zum Antrag der LINKEN aus der Drucksache 20/7039.

Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/6893.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Punkt 16 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 20/6877, Unterrichtung durch die Präsidentin: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 24. November 2011, "Hamburg 2020: Theatermetropole Hamburg – Förderung der Freien Tanz- und Theaterszene und besonderer Theateraktivitäten".

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 24. November 2011
"Hamburg 2020: Theatermetropole Hamburg – Förderung der Freien Tanz- und Theaterszene und besonderer Theateraktivitäten" – Drs. 20/2166 –
– Drs 20/6877 –]**

Ich höre im Augenblick Herrn Ritter am lautesten, aber Sie wollten das Wort nicht, oder?

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Zu diesem Thema nicht!)

– Alles klar.

Wer wünscht das Wort? – Frau Dobusch bitte.

Gabi Dobusch SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir hatten bereits zu den Haus-

haltsberatungen 2011/2012 einen Antrag zur Förderung der freien Tanz- und Theaterszene eingebracht, in dem der Senat unter anderem ersucht wurde, bis zum Sommer 2012 zu einigen Punkten zu berichten. Etwas verzögert liegt die Antwort auf dieses Ersuchen nun vor – Anlass für uns, noch einmal genau hinzuschauen und zu betrachten, was schon erreicht wurde und was vielleicht noch nicht.

Die Potenzialanalyse der freien Tanz- und Theaterszene in Hamburg hatte uns vor einiger Zeit vor Augen geführt, dass die Theaterstadt Hamburg in den letzten zehn bis zwölf Jahren den Anschluss an die Entwicklung der freien Szene in Deutschland, aber auch darüber hinaus längst verloren hatte. Die Rahmenbedingungen für hier ansässige freie Tanz- und Theaterschaffende waren dringend verbesserungswürdig, man kann auch sagen, sie waren katastrophal. Das betraf zum einen die Höhe der Fördermittel, die – da waren wir uns einigermaßen einig – weit unter dem Akzeptablen lag. Wir haben deshalb in der Folge den Titel "Förderung besonderer Theateraktivitäten" um 100 000 Euro auf 474 000 Euro erhöht, ein erster bedeutender Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren wurden in der Zwischenzeit Konzepte aufeinander aufbauender Fördermodule für die Szene entwickelt. Dazu gehört zum Ersten eine Nachwuchsförderung in Höhe von je 5000 Euro,

(*Katja Suding FDP:* Wow!)

insgesamt 25 000 Euro, die es Nachwuchskräften erlaubt, erste Arbeiten umzusetzen. Zum Zweiten gehört dazu eine neue Festivalförderung, die gegenüber den Vorjahren deutlich aufgestockt und zur Spielzeit 2012/2013 aufgelegt wurde, und drittens greift seit der Spielzeit 2012/2013 nun auch die neue dreijährige Konzeptförderung mit zweimal 35 000 Euro pro Spielzeit. Ebenfalls neu ist eine Förderung als Festbetragsfinanzierung. Das klingt vielleicht unbedeutend, aber damit wurde einerseits den freien Theaterschaffenden ein entscheidendes Plus an Planungssicherheit gegeben und zweitens ein Anreiz für das Einwerben von Drittmitteln geschaffen – eine kleine Änderung, aber von nicht zu unterschätzender Wirkung.

(Beifall bei der SPD)

Das war erst einmal ein Notmaßnahmenpaket, um die drohende Abwanderungsbewegung zu stoppen und die Situation in Hamburg zu stabilisieren, und das ist so weit auch gelungen.

Nun ist Geld zwar wichtig, aber nicht alles. Deshalb hatten wir auch andere Anregungen aus der Potenzialanalyse und aus den Gesprächen mit dem Dachverband Freier Theaterschaffender aufgegriffen und den Senat beispielsweise ersucht, transparentere Verfahren bei der Vergabe der Mit-

(Gabi Dobusch)

tel einzuführen. Wie der Stellungnahme des Dachverbands von heute zu entnehmen war, liegt vielleicht noch einiges an Wegstrecke vor uns, aber immerhin soll zukünftig niemand mehr länger als drei aufeinanderfolgende Jahre einer Jury angehören, also keine Erbpacht mehr. Auch diese Maßnahme, eine von vielen kleinen, wird dazu beitragen, die Rahmenbedingungen maßgeblich zu verbessern.

Problematisch ist und bleibt die Raumsituation. Das gilt zwar für alle Sparten, aber wir wissen, dass vor allen Dingen für die Tanz- und Theaterschaffenden die Probenräume besondere Anforderungen erfüllen müssen. Die Entwicklungen in dem Bereich – da gibt es einige zukunftsweisende Projektideen, die aber derzeit noch nicht alle zufriedenstellend gelöst sind – gilt es für uns alle im Auge zu behalten.

(Beifall bei der SPD)

Ab 2013/2014 werden nun zusätzliche Fördermittel in Höhe von 100 000 Euro pro Jahr aus der Kultur- und Tourismustaxe für die freie Tanz- und Theaterszene zur Verfügung stehen. Diese werden vor allen Dingen den Bereichen Theater und Performance sowie dem Kinder- und Jugendtheater zugutekommen. Innovative, spartenübergreifende oder anderweitig herausragende Projekte können sich außerdem für Mittel aus dem neu aufgelegten Elbekulturfonds in Höhe von 500 000 Euro bewerben. Das sind weitere maßgebliche Schritte hin zu einer angemessenen Förderung in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Es sind geschätzt gut 1500 Kulturschaffende, häufig Absolventinnen und Absolventen der in Hamburg wirklich hochkarätigen Ausbildungsmöglichkeiten und Angebote in diesem Bereich, die oftmals in selbstausbeuterischen Verhältnissen mit minimalem Einkommen in dieser Stadt leben und arbeiten. Um die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser freien Szene, ohne die eine Kultur- und Theatermetropole wie Hamburg nicht denkbar ist, verbessern zu können, werden wir gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung noch einige Anstrengungen unternehmen müssen. Mit Kampnagel und K3 als Impulsgeber, mit neuen aufeinander aufbauenden Fördermodulen von den Anfängen bis in die Spitzenförderung hinein und mit ineinandergreifenden und sich gegenseitig bestärkenden Fördermaßnahmen insgesamt und Zuwachsraten übrigens von 50 Prozent haben wir uns aber auf einen guten Weg gemacht.

Die erste Phase mit dem Elbekulturfonds gilt es jetzt abzuwarten, aber auf jeden Fall haben wir die Rahmenbedingungen der freien Tanz- und Theaterszene schon beachtlich verbessern können und werden das auch Schritt für Schritt in den nächsten

zwei Jahren tun, denn Hamburg ohne lebendige freie Szene – das geht gar nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bedeutung der freien Tanz- und Theaterszene für die Kulturmetropole Hamburg wird in der Öffentlichkeit in der Regel unterschätzt. Sie bildet einen unverzichtbaren kreativen Nährboden, sie ist wichtig in ihrer Innovationskraft, auch in ihren experimentellen Formaten, sie ist wichtig für die Herausbildung des künstlerischen Nachwuchses, und sie stellt insgesamt eine Bereicherung für unsere Kulturmetropole dar.

Frau Dobusch, deshalb waren wir ein bisschen erstaunt, dass gerade Sie die vorgelegte Drucksache zur Debatte angemeldet haben. Das Ersuchen der Bürgerschaft ist vor mehr als 15 Monaten verabschiedet worden. Der Senat war aufgefordert worden, seine Überlegungen und Planungen zum 30. Juni letzten Jahres rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen vorzulegen, und die zugrundeliegende Evaluation ist sogar schon über zwei Jahre alt. Diese Trödelei von Senat und Kulturbehörde ist bemerkenswert, übrigens genauso, dass dieses Ersuchen der Bürgerschaft nicht einmal mit einer Senatsdrucksache beantwortet worden ist, sondern lediglich durch einen Brief an die Präsidentin.

(Beifall bei der CDU)

Das spricht doch eher dafür, dass die freie Szene bei der SPD einen nicht besonders hohen Stellenwert hat. Bislang wurden auch nur einige wenige Punkte – in der Förderstruktur und im Juryverfahren – umgesetzt, die wir durchaus begrüßen, aber es sind nicht einmal alle kostenneutralen Empfehlungen aus dem Gutachten umgesetzt worden, geschweige denn Konsequenzen gezogen worden, die mit finanziellen Folgen verbunden sind. Und es ist auch keine Leistung, wenn von der neuen Kulturtaxe nicht einmal 4 Prozent in die Förderung der freien Szene fließen. Das ist einfach nur ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Frau Dobusch, wenn Sie sich mit leicht zitternder Stimme hier hinstellen und über die Armut in dem Bereich reden: Was bedeutet denn Mindestlohn in der freien Szene? Viele Künstler liegen mit ihren Honoraren weit darunter, und das hat auch etwas mit den Förderbedingungen in der Stadt zu tun. Auch dafür brauchen Sie kein Gesetz, sondern dazu brauchen Sie politischen Willen, den Sie hier in Sonntagsreden so gerne betonen.

(Dietrich Wersich)

Zentrale Forderungen aus dieser Potenzialanalyse werden nicht umgesetzt, und ganz spannend ist natürlich auch, was wir nicht in diesem Brief finden. Es fehlt eine Aussage zu dem neuen Protestbündnis, das sich Ende Januar auf Kampnagel gegründet hat, die "Koalition der Freien Szene", die der freien Szene in Hamburg einen besseren Stellenwert geben will. Das findet offenbar durch Ihre rosarote Brille gar nicht statt.

(Beifall bei der CDU)

Völlig unerwähnt bleibt auch das zentrale Projekt der freien Szene am Wiesendamm, wo ein Bildungs- und Theaterzentrum entwickelt werden soll. Da gibt es Akteure, da gibt es Pläne, und da gibt es übrigens auch die kommunalpolitische Unterstützung, aber es gibt kein einziges Wort vom Senat zu diesem Projekt. Was will die Stadt tun, um das Projekt am Wiesendamm möglich zu machen, oder bedeutet die Nichterwähnung, dass die SPD dieses Projekt sterben lassen will? Ebenfalls unerwähnt bleibt die Entscheidung der Kulturbehörde, unter anderem mit der Einstellung der Förderung für das "Theater N.N." die Szene strukturell weiter zu schwächen.

Zusammenfassend gibt es wirklich keinen Grund zur Euphorie. Es gibt leider nur Lippenbekenntnisse, und es bleibt im Gegenteil viel zu tun, damit die freie Tanz- und Theaterszene in Hamburg die notwendigen kreativen Impulse für die Kulturstadt Hamburg geben kann. Es gibt noch viel zu tun für den Senat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt viel zu tun, aber ich bin erst einmal froh, dass wir überhaupt diese Potenzialanalyse gemacht haben.

(Dietrich Wersich CDU: Genau, 2010!)

Wir haben sie in der letzten Legislaturperiode in Auftrag gegeben und Anfang dieser Legislaturperiode im Kulturausschuss im Rahmen einer Anhörung mit den Experten besprochen, sodass man jetzt wirklich auf der fundierten Grundlage diskutieren kann. Nun ist es richtig, wie Herr Wersich schon angemahnt hat, dass es zwei Jahre gedauert hat, bis sozusagen ein gewisser Teil der Empfehlungen, zum Beispiel die Förderrichtlinien, umgesetzt ist. Es gibt auch ein bisschen mehr Geld, und man könnte sagen, das sei ein gemeinsamer kleiner Erfolg, aber es ist nicht so, dass man sich jetzt darauf ausruhen kann, im Gegenteil.

Wenn Sie sich die langfristigen Empfehlungen der Potenzialanalyse angucken, dann ist ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 2,5 Millionen Euro ange-

setzt. Die 100 000 Euro und die zusätzlichen Mittel aus der Kulturtaxe mit dem Verweis auf den Elbekulturfonds sind da allenfalls ein Trostpflaster. Wenn Sie sich erinnern, haben wir in den Haushaltsberatungen 100 Prozent aus der Kulturtaxe gefordert, und das hätte für den Innovationsfonds, den wir Alsterfonds genannt haben, 5 bis 7 Millionen Euro bedeutet, und zwar für die gesamte Szene, nicht nur für die freie.

Ich habe mir einmal die 31 Spiegelstriche der Empfehlungen angeschaut. 14 davon sind jetzt umgesetzt, also haben wir noch reichlich zu tun. Die Theater in Eimsbüttel und Wandsbek hat Herr Wersich eben angesprochen. Da gibt es das Problem, dass man zwei Theater schließt, die als Stadtteiltheater eine wichtige Rolle spielen. Dazu muss man natürlich auch sagen, dass sie die Kriterien nicht erfüllt haben, die sie sich selbst im Rahmen der Richtlinien gesteckt hatten. Das Problem ist, wenn die Theater jetzt geschlossen werden, dann werden wichtige Identifikationsorte im Stadtteil und auch Bühnen für den Nachwuchs geschlossen. Da befinden wir uns in einem gewissen Zwiespalt.

Es gibt auch noch andere Baustellen, die weiß Gott nicht behoben sind. Der Projektetopf der Off-Projekte wurde vom neuen – inzwischen auch alten – Senat gestrichen. Zum Beispiel finden die konspirativen Küchenkonzerte in Wilhelmsburg nicht mehr statt, obwohl sie mehrfach für den Grimme-Preis nominiert wurden. In der Potenzialanalyse ist das Projekt WIESE, wie eben schon angesprochen, gefordert. Da war ein großer Schritt gemacht worden, und jetzt hakt es an städtischen beziehungsweise privaten Bürgschaften. Daran muss weiter gearbeitet werden, und zwar mit Unterstützung der Politik und der Verwaltung. Wir haben weiterhin kaum Spielstätten und Probenräume für freies zeitgenössisches Musiktheater. Auch Kooperationen zwischen Freien und Staatlichen sind kaum ausgeprägt, hier könnten Anreize geschaffen werden. Bei Kooperationen entstehen Reibungen, das könnte Hitze für beide Seiten bringen.

Meine Damen und Herren! Der Senat muss sich auch die Frage stellen, warum sich gerade jetzt eine Koalition der Freien bildet, warum gerade jetzt zum Protest aufgerufen wird. Ich glaube, das hat nicht nur etwas mit Geld zu tun. Es hat auch nicht nur etwas mit finanzieller Unterstützung, die zum Teil von der Kulturbehörde kommt, zu tun, sondern es hat mit den Rahmenbedingungen insgesamt zu tun. Es hat mit Entlohnung zu tun, es hat vor allen Dingen mit Wertschätzung zu tun, die viel zu gering ist. Es hat mit Räumen zu tun, die zur Verfügung stehen. In der Kulturbehörde ist die Wertschätzung nicht das Hauptproblem, sondern es sind eher die Finanz-, die Wirtschafts- und die Stadtentwicklungsbehörde, die immer wieder Probleme machen und den Freien Steine in den Weg legen, gerade, wenn es um die Räume geht.

(Christa Goetsch)

Es geht hier nicht nur um Alimentierung von Künstlern oder um staatliche Förderung. Die ganze Stadt sollte begreifen, dass die freie Szene und kreatives Schaffen ein wichtiger Wertschöpfungsprozess sind und viele in Hamburg von den vielfältigen Kulturangeboten der freien Szene profitieren; auch das wurde schon mehrfach gesagt. Wir müssen die freie Kunst und Kultur, die freie Tanz- und Theaterszene als wichtige Inspirationsquelle für die Stadt sehen.

Ich würde mir wünschen, dass wir gemeinsam mit den freien Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen diese neuen Wege gehen, ihre impulsive Kraft nutzen und dass alles getan wird, jetzt zügig die Empfehlungen der Potenzialanalyse umzusetzen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir da eine ganz große Koalition bilden könnten, und hoffe auf die Einsicht der Regierungsfraktion. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem Bericht, den wir heute debattieren, sind einige bemerkenswerte Punkte. Bevor ich allerdings zur inhaltlichen Bewertung komme, springen mir, wie Herrn Wersich, auch ein paar Daten ins Auge.

Wir beraten heute eine Unterrichtung durch die Präsidentin über einen Bericht, der auf einen Beschluss der Bürgerschaft vom 24. November 2011 zurückgeht und diesen Bericht bis zum 30. Juni 2012 einforderte, der Behörde also ein gutes halbes Jahr Zeit ließ. Diesem Ersuchen ist die zuständige Behörde auch nachgekommen, allerdings erst am 6. Februar 2013. Ich will an dieser Stelle nicht zu viel über Formalien reden, aber warum dieser nun wirklich nicht besonders umfangreiche Bericht mit einer Verspätung von sieben Monaten – Frau Dobusch, Sie haben gesagt, etwas verzögert – die Bürgerschaft erreicht, das wundert uns dann schon. Vielleicht gibt es auch eine gute Erklärung dafür, darauf wäre ich besonders gespannt, denn ich hätte mir schon erhofft, dass wir die Aussagen in der Unterrichtung in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2013 und 2014 hätten berücksichtigen können.

Es geht noch weiter. Der Senat beantwortet das bürgerschaftliche Ersuchen, das gegen die Stimmen der gesamten Opposition zustande kam, mit einem Verweis auf die Förderrichtlinie, die bereits zum 1. November 2011 das Licht der Welt erblickte, also drei Wochen, bevor der Antrag hier im Hause beschlossen wurde. Das heißt im Umkehrschluss: Für die flexible und sich stetig erneuernde Besetzung der Jury beispielsweise hätte es diesen Antrag gar nicht gebraucht. Die Mehrheits-

fraktion hat also etwas beantragt, was zu diesem Zeitpunkt längst umgesetzt war.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, warum das so ist oder so war: Entweder wusste die Mehrheitsfraktion nichts davon, was eher unwahrscheinlich ist, weil man doch davon ausgehen müsste, dass Haushaltsanträge mit der zuständigen Behörde abgestimmt werden. Die andere Möglichkeit ist, dass die Mehrheitsfraktion einen reinen Showantrag gestellt hat. Beides wirft kein gutes Licht auf die Mehrheitsfraktion und die Behörde.

(Beifall bei der FDP – Jan Quast SPD: Deshalb ist es die Möglichkeit drei!)

Meine Damen und Herren! Noch ein bisschen zum Inhalt dieses Berichts. Die von der SPD in Teilen vorgetragene Euphorie, Frau Dobusch, kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen. Die vom Senat vorgelegten Punkte sind, insbesondere was die Fördermittel angeht, wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir begrüßen natürlich grundsätzlich neue Fördermaßnahmen für junge und kreative Künstler. Der große Wurf ist das allerdings nicht.

Frau Senatorin, liebe SPD, Sie wissen auch ganz genau, warum. Erstens war eine Anpassung der Fördermittel im Bereich der freien Tanz- und Theaterszene mehr als überfällig, vor allem, wenn man sich den staatlichen Tanz- und Theaterbereich daneben ansieht. Während nämlich die Zuwendungen allein im staatlichen Bereich um 9 Millionen Euro im letzten Jahr angestiegen sind, ist in der freien Tanz- und Theaterszene wenig passiert. Nun haben wir die Kulturtaxe. Ob und wie viel wirklich davon kommt, das wissen wir noch nicht.

(Jan Quast SPD: Sind Sie jetzt dafür? Ist ja super!)

Aus den geplanten Einnahmen von 12 Millionen Euro werden aber für die freie Tanz- und Theaterszene sagenhafte 100 000 Euro zusätzlich eingebracht. Wir haben also 9 Millionen Euro zusätzlich auf der einen Seite und einmal 100 000 Euro auf der anderen Seite. Da ist es nicht besonders schwer, eine Schwerpunktsetzung zu erkennen, Frau Senatorin der Hochkultur.

Dabei haben wir Ihnen während der letzten Haushaltsberatungen doch gute Möglichkeiten aufgezeigt, wie Gelder in Richtung der Off- und Stadtteilkultur umzuschichten sind, ohne dass dabei spürbare materielle Veränderungen vorgenommen werden müssten. Und an den Stellen im Bericht, an denen es dann wirklich einmal interessant wird und wo auch mit einem Erkenntnisgewinn zu rechnen wäre – ich nenne das Stichwort Wiederaufnahmeförderung, da gäbe es nämlich tatsächlich etwas zu tun –, da gibt sich die Behörde leider wortkarg und verweist auf notwendige Abstimmungsprozesse.

(Katja Suding)

Trotzdem noch eine positive Bemerkung am Schluss. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es wirklich erfreulich, was die Arbeit der Kreativgesellschaft angeht. Wenn wir hier lesen, dass zusätzliche knapp 7000 Quadratmeter für die Zwischennutzung beziehungsweise die temporäre Nutzung vermittelt werden können, dann freut uns das sehr.

Fazit: Es gibt in diesem Bericht kaum einen Erkenntnisgewinn, Beifall dürfen Sie von uns dafür nicht erwarten, denn dafür gibt es leider keinen Anlass. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Anmeldung dieses Themas durch die SPD ist mutig.

(*Dr. Andreas Dressel SPD und Dirk Kien-scherf SPD: So sind wir! – Dietrich Wersich CDU: Mutig bis übermutig!*)

Die Bilanz des dafür zuständigen Dachverbandes der Freien Theater ist eindeutig, nämlich dass die damals verlangten Forderungen im Wesentlichen nicht umgesetzt sind, dass die Zusammenarbeit mit der Kulturbehörde nicht gut funktioniert und dass dementsprechend etliche Aufgaben weiterhin bestehen bleiben. Es gibt also keine Möglichkeit, hier etwas Positives zu berichten, sondern es ist mutig von Ihnen, auf die Schwachpunkte Ihrer Politik hinzuweisen.

Die verschiedenen Einzelpunkte sind auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern genannt worden, ich will sie nicht noch einmal wiederholen. Ich will noch einmal versuchen, die wesentlichen, markanten Punkte deutlich darzustellen. Wir haben damals im Kulturausschuss diese Fragestellung diskutiert, weil wir feststellten, dass wir große Probleme haben, die freie Szene in Hamburg zu halten, und zwar an zwei Stellen. Wir hatten eine völlig erschreckende soziale Situation, und außerdem gab es so gut wie kaum Spielstätten für die freie Theaterszene. Beides, das haben wir gemeinsam im Kulturausschuss festgestellt, muss geändert werden. Wir stellen jetzt in der Bilanz fest, dass in dem zentralen Punkt Spielstätten, wo es durchaus einiges an Möglichkeiten gab, nichts Entscheidendes passiert ist. Die Situation ist immer noch die gleiche wie damals, und man muss feststellen, dass Ihre Politik nicht erfolgreich gewesen ist.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das Zweite, das mir fast noch wichtiger ist, ist die Frage der sozialen Situation. Wir haben damals im Ausschuss vorgerechnet, dass es teilweise zu Stundenlöhnen von höchstens 2, 3 oder 4 Euro

kommt, und zwar selbst bei den Vorschlägen, die offiziell von der Jury präsentiert und dementsprechend dort verabschiedet werden. Wir stellen fest, dass sich diese Situation überhaupt nicht verändert hat; es werden immer noch dramatische Löhne gezahlt. Frau Dobusch, Sie haben dazu gesagt, das wäre selbstausbeuterisch. Das ist es nicht, denn wenn wir gemeinsam im Kulturausschuss feststellen – und hoffentlich auch in der Bürgerschaft –, dass die freie Szene für uns absolut notwendig ist in dieser Stadt, dann ist das keine Sache, mit der man sich selbst beschäftigt, sondern dann ist es Aufgabe der Stadt, diese freie Szene vernünftig zu entlohnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nicht selbstausbeuterisch, sondern es ist etwas, das diese Stadt den Leuten schuldet. Wenn wir ein Juryverfahren haben, wenn wir offizielle Orte haben und wenn wir selbst sagen, die freie Szene ist absolut notwendig für diese Stadt, dann müssen wir dafür sorgen, dass dies einigermaßen vernünftig entlohnt wird.

Der Verband der Freien Theaterschaffenden hat festgestellt, dass für seine Leute 8,50 Euro ein Traum wären, und das angesichts der Sachen, die bei der Jury vorgelegt werden. Das heißt, wir haben hier eine soziale Diskrepanz, die uns damals alle erschreckt hat. Wir haben gemeinsam versucht, irgendetwas zu tun. Aber der Verband stellt fest, dass sich dort nichts verbessert hat, und das ist ein peinliches Zeichen für Sie. Sie sollten dazu einmal etwas sagen, sich zumindest entschuldigen oder sich irgendetwas überlegen, damit wir das im Kulturausschuss besprechen können. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch GRÜNE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD: Herr Wersich und Herr Hackbusch, ich finde, Zuwachsraten der Fördermittel in diesem Bereich von ungefähr 50 Prozent sind kein Armutszeugnis, und ich finde auch nicht, dass das nichts ist, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Die WIESE ist nicht erwähnt worden, aber nicht, weil dort nichts passiert ist, sondern weil es einfach noch keine abschließenden Ergebnisse gibt. Seit vielen Monaten laufen – ich denke, die meisten aus dem Kulturbereich wissen das – Gespräche. Es hat viele Zugeständnisse gegeben und viel Unterstützung. Es sind auch Mittel in Aussicht gestellt worden. Ob das dann alles zum guten Abschluss kommt, bleibt allerdings abzuwarten, da gibt es noch nichts zu berichten.

(Gabi Dobusch)

Noch einmal zum "Theater N.N.". Schwarz-Grün hat damals dieses auch von uns unterstützte neue Verfahren zusammen mit Gutachtern, Expertinnen und Experten entwickelt. Es sollte eine institutionelle Förderung einerseits und eine Projektförderung andererseits geben, und jetzt haben wir zum ersten Mal den vollen Zyklus durchgemacht. Damals wurden Kriterien entwickelt, die auch von der Fraktion der GRÜNEN begrüßt wurden und auch darauf abzielen, ob ein Theater professionell ist und ob die Wirtschaftspläne gut sind. Auch dieses floss damals mit ein und wurde einhellig von der ganzen Bürgerschaft begrüßt. Nun müssen wir bei zwei Fällen – ich glaube, es gab noch einen dritten Fall – feststellen, dass Kriterien wie zum Beispiel eine Auslastung von mindestens 50 Prozent nicht erfüllt wurden. Damals gab es Einvernehmen darüber, dass das vernünftige Kriterien sind. Und bei einer Platzkapazität von 50 Plätzen finde ich es auch nicht übertrieben zu erwarten, dass man dieses erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme noch zu einer Kleinigkeit, der Washingtonallee. Mir wurde gesagt, das liege in Horn. Das hatte ich auch so in Erinnerung, nicht in Wandsbek, Frau Goetsch.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 20/6877 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen nun zu Punkt 36, Drucksache 20/6905, dem Antrag der CDU-Fraktion: Hamburg – Metropole der Chancen, aus der Region – für die Region.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Hamburg – Metropole der Chancen
Aus der Region – für die Region
– Drs 20/6905 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Prien.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir werden das Thema Landwirtschaft in einer der nächsten Sitzungen mutmaßlich noch einmal ausführlich debattieren auf der Grundlage unserer Großen Anfrage, sodass ich mich jetzt darauf beschränken werde, zum Thema "Aus der Region – für die Region" zu sprechen und nicht die Bedeutung der Landwirtschaft für Hamburg hervorzuheben.

Was ich allerdings hervorheben möchte, ist, dass uns alle das Thema Verbraucherschutz im Augen-

blick wieder sehr beschäftigt angesichts der vielen Lebensmittelskandale, die wir zu beklagen haben. Ich möchte Ihnen gern gerade dieses Thema "Aus der Region – für die Region" und unseren Antrag im Zusammenhang mit dem Thema Verbraucherschutz und Verbrauchervertrauen ans Herz legen.

Die Kaufentscheidung von Verbrauchern hängt heutzutage nach allen uns vorliegenden Trendstudien deutlich von ethischen Kriterien ab. Ethische Kriterien, sagen 70 Prozent der befragten Konsumenten, spielten eine Rolle, und zwar nicht nur die Frage eines Biolabels, sondern insbesondere auch die Frage der Regionalität von Produkten. Der Anspruch, ethisch zu konsumieren – das klingt hochtrabend –, überfordert viele, aber die Entscheidung für regionale Produkte ist konkret und greifbar. Und die eben erwähnten Studien zeigen, dass über die Generationen hinweg Menschen bereit sind, für Produkte aus der Region auch mehr Geld auszugeben und in werthaltige Lebensmittel zu investieren.

Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, dass nicht nur für den Erhalt unserer wichtigen Kulturlandschaft in Hamburg und einer Stärkung der regionalen Agrarwirtschaft, sondern gerade aus Gründen des Verbraucherschutzes das Konzept "Aus der Region – für die Region" außerordentlich förderungswürdig ist. Der CDU-Senat hatte dies seit 2005 mit den Partnern in der Metropolregion und den norddeutschen Bundesländern vorangebracht. Wir sind jetzt allerdings an einem Punkt angelangt, wo es nicht mehr nur darum gehen kann, Konzepte zu erstellen und immer wieder Sonntagsreden zu halten, sondern jetzt wird es darum gehen, dieses Konzept in die Praxis umzusetzen und tatsächlich an die Umsetzung zu gehen.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem wir bisher so eine Art Findungsphase und eine Grundlagenphase hatten, sind wir jetzt – auch nach den Planungen der Partner – bei dem Projekt in der Praxisphase angelangt. Praxisphase kann in diesem Zusammenhang doch nur heißen, dass man massiv an breite Teile der Bevölkerung herangeht und dafür sorgt, dass Produkte aus der Region, anders als bisher, so vermarktet werden, dass jeder Verbraucher an möglichst vielen Stellen die Chance hat, regionale Produkte auch tatsächlich zu erwerben.

Dafür brauchen allerdings die Erzeuger und die Vermarkter Unterstützung. Ich fürchte, sie brauchen auch staatliche Unterstützung, denn ganz allein werden sie das bei den geringen Margen nicht schaffen. Es gibt bereits sehr förderungswürdige und beispielhafte Initiativen wie die "Vierländer Frische" oder den "Hamburger Bauerngarten", die intensiv an einer Vernetzung arbeiten und die auch versuchen, eine Organisationsstruktur aufzubauen, die eine solche regionale Vermarktung ermöglicht.

(Karin Prien)

Aber sie werden das allein nicht schaffen und brauchen deshalb unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Auch wenn wir es für richtig halten, dieses Projekt breit in die Metropolregion und in die norddeutsche Zusammenarbeit hineinzutragen, sind wir dennoch der Auffassung, dass wir in Hamburg nicht warten sollten, bis wir es in den letzten Landkreis der Metropolregion getragen haben, sondern wir sollten jetzt in Hamburg anfangen. Das heißt ganz konkret, dass Organisationsstrukturen und ein belastbares, gutes Marketingkonzept geschaffen werden müssen, und dass man dafür sorgen muss, dass die Hamburger Erzeuger tatsächlich an die Verbraucher herankommen.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Es geht letztlich darum, einen wichtigen Beitrag zu leisten für eine regionale Hamburger Identität, und es geht darum, Verbrauchervertrauen zu schaffen und zu stärken. Es geht natürlich darum, zusätzliche Einnahmequellen für unsere Hamburger Betriebe zu schaffen. Sie werden vielleicht schon einmal in die Große Anfrage hineingeschaut haben. Es ist nämlich eine bedenkliche Entwicklung, wenn man sieht, wie sich die Größen der landwirtschaftlichen Betriebe entwickeln. Offensichtlich sind es nur noch die großen Betriebe, die eine Chance haben zu überleben, die kleinen haben es zunehmend schwerer. Insofern ist diese Initiative auch deshalb so wichtig, um eine gesunde Struktur in der Hamburger Agrarwirtschaft zu erhalten.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Meine Damen und Herren! Wir würden uns wünschen, dass Sie unserem Antrag zustimmen, sofort und heute. Wenn Sie das nicht übers Herz bringen, dann lassen Sie uns den Antrag wenigstens im Ausschuss beraten, und zwar schnell, vielleicht auch im Zusammenhang mit dem agrarpolitischen Konzept, auf das wir auch schon ein Weilchen warten; das wurde auch schon angekündigt. Diese Sache sollten wir vor dem Auslaufen der EU-Förderperiode auf die Reihe bringen, damit wichtige Initiativen nicht scheitern, sondern weiter vorangebracht werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin der CDU durchaus sehr dankbar, dass sie ein neues Feld entdeckt hat.

(Beifall bei der CDU – *Dietrich Wersich CDU:* Na, dann haben Sie eben nicht zugehört! – Zuruf aus dem Plenum: Die CDU ist die Bauernpartei!)

– Herr Wersich, das ist für die Hamburger CDU Neuland, denn während der letzten Legislaturperioden haben Sie sich nicht gerade aus dem Fenster gehängt, was die Agrarpolitik angeht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Gehen Sie einmal in die ländlichen Gebiete und fragen Sie dort nach, was Sie da für die Landwirte getan haben.

Kommen wir zu Ihrem Antrag. Ich habe mich trotz allem wirklich gefreut – auch, wenn wir jetzt einen kleinen Dissens hatten –, dass Sie die Landwirtschaft in den Fokus nehmen, denn es ist ein ganz wichtiger Bereich in unserer Stadt, ein Bereich, der auch die Kulturlandschaft geprägt hat, wie das auch Frau Prien gesagt hat. Wir finden die Initiative "Aus der Region – für die Region" eine durchaus unterstützenswerte Initiative. Deswegen ist sie auch nach wie vor in unserem Hamburger Haushalt verankert und mit über 100 000 Euro ausgestattet, damit wir dort Projekte, Workshops und dergleichen finanzieren können.

(*Roland Heintze CDU:* Da wollen Sie sich auch nicht aus dem Fenster hängen!)

– Wollten Sie etwas sagen, Herr Heintze? Ich habe irgendetwas gehört wie aus dem Fenster hängen. Aus dem Fenster hängen war Ihnen in den letzten Jahren knapp über 30 000 Euro wert, insofern sind unsere 100 000 Euro doch schon ein Schluck mehr aus der Pulle.

(*André Trepoll CDU:* Sie lösen Probleme auch nur mit Geld!)

– Nein, wir lösen das Problem nicht mit Geld, denn es kann doch nicht angehen, dass eine Initiative seit 2006 existiert und bisher noch nicht wesentlich viel mehr als Workshops, Fachtagungen und so weiter zustande gebracht hat.

Frau Prien hat völlig recht, dass man jetzt in die Praxis gehen und das Ganze endlich einmal umsetzen muss. Frau Prien hat auch recht, dass dazu eine Marketingstrategie gehört. Die eigentliche Zielsetzung bestand nicht unbedingt darin, neue Verkaufsobjekte zu entdecken, sondern die eigene Strategie dahinter war eine Vernetzung aller Akteure im norddeutschen Raum. Darum ging es und das hat man erreicht.

Wir können insofern für die Landwirte keine bessere Mittelstandspolitik machen, als dass wir das weiterlaufen lassen und auch unterstützen. Wir haben durchaus schon ganz praktische Maßnahmen getroffen, wenn ich daran denke, dass wir den Mietvertrag für den Großmarkt Obst und Gemüse bis 2034 gesichert haben. Das ist ein wesentlicher

(Andrea Rugbarth)

Baustein dafür, dass regionale Produkte genau in unserer Region vermarktet werden können. Er ist einer der letzten wirklichen Großmärkte, die wir haben. Darüber hinaus gehört die Initiative zu der Projektpartnerschaft Nord. In diesem Rahmen werden in der ganzen Metropolregion nicht nur landwirtschaftliche, sondern auch andere Bereiche in den Fokus genommen, sodass man auch hier die Zusammenarbeit fördert.

Insofern freuen wir uns über den von Ihnen eingebrachten Antrag, obwohl wir ihn heute hier nicht annehmen werden und ihn vielmehr an den Wirtschaftsausschuss überweisen werden. Denn ich denke, da besteht noch sehr viel Diskussionsbedarf. Auch im Hinblick auf agrarpolitische Konzepte müssen wir das vernünftig mit verankern. Wir überweisen diese Angelegenheit an den Ausschuss und werden uns dort die weitere Fachdiskussion liefern. Darauf freue ich mich schon. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks.

(*André Trepoll CDU:* Jetzt kommt der Bauernschreck!)

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, dass ich nach der Rede von Frau Rugbarth und Frau Prien nicht wirklich den Dissens erkannt habe. Ich wollte den Dissens an dieser Stelle auch nicht hinzufügen, denn auch ich kann da keinen Dissens erkennen. Ich glaube aber, dass es gut ist, wenn man den Antrag überweist, denn ich habe in dieser Rede ein bisschen erkannt, dass auch Sie gesagt haben, Ihr Senat hätte vielleicht noch einen Tick schneller arbeiten können. Ich weiß nicht, ob schnellere Arbeit dadurch zustande kommt, dass man einen Antrag überweist, der erst einmal lange dort liegt. Aber es könnte immerhin mehr passieren als nichts, und insofern stimmen wir grundsätzlich dieser Überweisung und auch dem Inhalt des Antrags zu.

Ich möchte aber ein Thema erwähnen, weil die GRÜNEN natürlich "Aus der Region – für die Region" grundsätzlich gut finden. Ich hatte es in Bezug auf die Wochenmärkte schon einmal gesagt: Die GRÜNEN finden aber nicht alles, was aus der Region kommen könnte, auch gut für die Region. Wir wollen weiterhin gern Obst und Gemüse aus den Vierlanden beziehen, wir wollen aber kein Gas beziehen, das mit Fracking gewonnen wird.

(*Dr. Martin Schäfer SPD:* Das ist doch kein landwirtschaftliches Produkt!)

Vor diesem Hintergrund kann ich an dieser Stelle nur sagen: Lassen Sie das Fracking sein, Herr Horch, beziehen Sie hier eine klare Position.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es würde unser Grundwasser schützen. Diese Risikotechnologie brauchen wir in Hamburg nicht, wir brauchen eine vernünftige Landwirtschaft. Überweisen Sie den Antrag, wir freuen uns auf die Diskussion im Fachausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist wirklich schön, dass wir heute einmal über Agrarpolitik debattieren. Frau Rugbarth hat darauf hingewiesen, dass es ein gar nicht so unwichtiger Wirtschaftsbereich in Hamburg ist. Es gibt 780 landwirtschaftliche Betriebe im eigentlichen Sinne, also Betriebe aus den Bereichen Obst- und Gemüseanbau, Baumschulen, Ackerbau und im bescheidenen Umfang auch Viehzucht. Wir reden über etwa 3 700 Beschäftigte, und wir reden vor allen Dingen von inhabergeführten mittelständischen Betrieben mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Mitarbeitenden Familienangehörigen. Die Bedeutung dieses Sektors erhöht sich noch einmal, wenn wir auch die agrarbezogenen Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Handelsunternehmen mit hinzurechnen würden.

Um es gleich am Anfang kurz zu machen: Wir werden der Überweisung des CDU-Antrags zustimmen. Wir hätten auch dem Antrag selbst zugestimmt, nämlich den Senat zu beauftragen, eine Zwischenbilanz über das Projekt "Aus der Region – für die Region" zu ziehen und gemeinsam mit den Kammern eine Marketingkampagne und eine Strategie zu entwickeln.

Es ist also gut, dass wir über Agrarpolitik debattieren. Noch besser wäre es natürlich, wenn wir endlich auch über eine Fortschreibung des agrarpolitischen Konzepts des Senats sprechen könnten. Sie werden sich erinnern, dass die Bürgerschaft bereits am 26. Oktober 2011 beschlossen hatte, den Senat mit einer Fortschreibung des agrarpolitischen Konzepts zu beauftragen. Das war übrigens auf Antrag der SPD-Fraktion, der Berichtstermin war am 31. März 2012. Da sind wir jetzt stolze zwölf Monate drüber. Bislang hat der Senat nichts geliefert. Wieder einmal befindet sich die Wirtschaftsbehörde, Herr Senator Horch, in eklatantem Lieferverzug, und ich warte eigentlich darauf, dass die SPD-Fraktion als diejenige, die damals den Anstoß zu diesem Beschluss gegeben hat, den Senat einmal anmahnt, dort in die Hufe zu kommen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will die Debatte daher nutzen, drei Aspekte anzusprechen, die für den landwirtschaftlichen Be-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

reich und für die landwirtschaftlichen Betriebe in Hamburg von besonderer Bedeutung sind.

Der erste Aspekt klingt selbstverständlich. Landwirtschaftliche Betriebe brauchen landwirtschaftliche Nutzfläche, und das betrifft zunächst die Rolle der Stadt als größtem Verpächter von landwirtschaftlicher Nutzfläche. Hier brauchen landwirtschaftliche Betriebe nicht nur einen fairen Pachtzins, sondern sie brauchen zugleich auch eine Laufzeit der Pachtverträge. Das ist ein praktisches Problem, das den Betrieben sehr zu schaffen macht. Sie brauchen eine Laufzeit der Pachtverträge, die es ihnen ermöglicht, ihre Investitionen auch zu amortisieren.

Das Thema Fläche betrifft die Stadt aber auch als Planungsbehörde für Infrastrukturmaßnahmen und für Wohnungsbaugebiete. Realistisch gesehen wird sich hier eine Inanspruchnahme auch landwirtschaftlich genutzter Flächen nicht vermeiden lassen. Aber wenn dies der Fall ist, dann muss mit den Landwirten und ihren Verbänden über einen fairen Ausgleich verhandelt werden.

Schließlich betrifft die Frage der Sicherung landwirtschaftlicher Nutzflächen auch die aktuellen Verordnungsvorschläge der EU-Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik 2014 bis 2020. Die in diesem Zusammenhang diskutierte zwangsweise Stilllegung von Ackerflächen lehnt die FDP ab. Solche Zwangsmaßnahmen passen nicht zum Ausbau der Bioenergie oder zur Gewährleistung von Ernährungssicherheit.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer, wichtiger Punkt ist, dass landwirtschaftliche Betriebe auch weiterhin in der Lage sein müssen, ihre Betriebsgebäude instand zu setzen und zu modernisieren oder auch, sie zu erweitern. Wir lehnen daher eine Einschränkung des Paragraphen 35 Baugesetzbuch, der die Zulässigkeit von land- und forstwirtschaftlichen Bauten im Außenbereich regelt, ebenso ab, wie wir meinen, dass die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe bei B-Plan-Verfahren berücksichtigt werden müssen.

Drittens und Letztens: Ich hatte bereits in einer früheren Debatte dargestellt, dass die FDP für einen sachlichen und vor allen Dingen rationalen Umgang mit der Frage des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen eintritt. Fakt ist, dass generelle Anbauverbote von gentechnisch veränderten Pflanzenkulturen nach EU-Recht bereits unzulässig sind. Umgekehrt sind nach EU-Recht zugelassene GVO damit in allen Mitgliedsstaaten zugelassen, somit auch in Hamburg – soweit zum rechtlichen Aspekt. Wir sind aber auch politisch dafür, die staatlich geförderten Forschungsergebnisse im Bereich der grünen Gentechnik in der landwirtschaftlichen Praxis auch anzuwenden und nicht

durch innovationsfeindliche Bestimmungen zu verhindern.

(Beifall bei der FDP)

GVO kann nämlich auch heißen: bessere Produktqualität, weniger Pflanzenschutzmittel und höhere Ernteerträge. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Die Idee des Projekts ist sicher immer noch sinnvoll, aber die in dem Antrag gestellten Forderungen finde ich nicht sehr konsequent. Einerseits will die CDU eine Sachstandsberichterstattung, andererseits fordert sie bereits eine breit angelegte Marketingkampagne und einen Veranstaltungskalender. Die Behauptung, dass das Projekt "Aus der Region – für die Region" nicht hinreichend bekannt sei, vermag ich nicht zu beurteilen und auch nicht nachzuvollziehen. Daher sind wir für eine Überweisung an den Ausschuss, um uns das noch einmal näher anzuschauen. Die Frage ist ja, ob eine Marketingkampagne wirklich erforderlich ist, denn im Ergebnis geht es doch um das Ziel des Projekts, in der Region erzeugte Produkte der landwirtschaftlichen Betriebe auch in der Region zu verkaufen. Hierzu könnte es unter Umständen durchaus ausreichen, genügend und gut ausgestattete Flächen für Märkte zur Verfügung zu stellen. Eine breit angelegte Marketingkampagne kostet nämlich wieder nur Geld; das sollten sich die Anhängerinnen und Anhänger der Schuldenbremse durchaus etwas kritischer ansehen.

Dass ein Konzept innerhalb der nächsten zwei Wochen vom Senat vorgelegt werden soll – Berichterstattung ist laut Antrag bis zum 28. Februar gefordert –, verwundert mich und hinterlässt bei mir den Eindruck, dass Sie offenbar entweder glauben, die in den Behörden arbeitenden Kolleginnen und Kollegen würden nur darauf warten, dass die CDU ihnen Arbeitsaufträge erteilt, oder dass Sie die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst völlig unterschätzen. Vielleicht haben Sie diese Frist aber auch völlig willkürlich gesetzt.

Ich bin skeptisch, ob die von der CDU geforderten Maßnahmen auch wirklich sinnvoll sind. Mich interessiert daher sehr, was zum Beispiel der Zukunftsrat dazu entwickelt hat, auf den selbst die Landwirtschaftskammer Hamburg verweist, die übrigens auf Ihrer Website schreibt, dass es bereits einen Veranstaltungskalender gibt. Das Geld für eine breit angelegte Marketingkampagne könnte aus Sicht der Links-Fraktion vielleicht auch besser den Erzeugerinnen und Erzeugern für den Bio- und

(Kersten Artus)

Ökooausbau ihrer Flächen und Stallungen zur Verfügung gestellt werden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau!)

In der Tat wäre also ein Sachstandsbericht hilfreich.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Gestatten Sie Frau Rugbarth eine Zwischenbemerkung?

Kersten Artus DIE LINKE: Bitte, Frau Rugbarth.

Zwischenbemerkung von Andrea Rugbarth SPD: Ich wollte Ihnen nur sagen: Die CDU hat keine Kampagne, sondern eine Strategie eingefordert. Eine Kampagne, das hätte ich dann auch gesagt, würde Geld und Werbung bedeuten,

(Olaf Ohlsen CDU: Andrea, was soll das?)

und das muss ich nicht unbedingt auf Staatskosten machen.

Kersten Artus DIE LINKE (fortfahrend): Danke, Frau Rugbarth, für die Korrektur. Da kann die CDU sich ja freuen, dass sie Sie an ihrer Seite hat.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Erwähnen möchte ich an dieser Stelle noch – und dann bin ich mit meiner Rede auch schon durch –, dass der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen aus Sicht der Links-Fraktion durchaus Steine in den Weg gelegt wurden; ich nenne nur die Elbverbreiterungsarbeiten oder den Ausbau der Landebahn. Hier wäre womöglich ein weitreichender Ansatz zu finden, wie mit den Ressourcen, die zum Anbau und zur Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte zur Verfügung stehen, verantwortungsvoller umzugehen ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Andrea Rugbarth und Dr. Monika Schaal, beide SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/6905 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig überwiesen.

Ich rufe nun Punkt 47 der Tagesordnung auf, das ist die Drucksache 20/6931, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Residenzpflicht abschaffen.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Residenzpflicht abschaffen
– Drs 20/6931 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Möller, bitte.

Bevor Frau Möller ans Rednerpult tritt, bitte ich das Hohe Haus, aufmerksam zu sein. Diejenigen, die sich beraten oder besprechen wollen, sollen den Raum bitte verlassen.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man darf der Präsidentin nicht widersprechen, aber ich wäre doch sehr dafür, dass wir ein volles Haus zu dieser Debatte haben.

(Finn-Ole Ritter FDP: Nur wenn Sie reden!)

Wir führen sie nicht zum ersten Mal, aber man kann nicht oft genug über dieses Thema reden. Man kann nicht oft genug darüber reden, dass wir ungefähr 6000 Menschen in dieser Stadt haben, die seit vielen Jahren im geduldeten Aufenthalt leben oder in einem langwierigen Asylverfahren versuchen, Schutz und Aufenthalt in diesem Land zu bekommen, und sich während dieses jahrelangen Szenarios nicht aus der Hansestadt hinausbewegen dürfen. Diese Form der Residenzpflicht ist einzigartig in Europa. Es gibt sie in keinem anderen Land so streng, wie wir sie in der Bundesrepublik seit Anfang der Achtzigerjahre umsetzen. Für die betroffenen Menschen bedeutet das konkret, dass sie und ihre Kinder, die in den Kindergärten betreut werden, zur Schule gehen oder sich in Ausbildung befinden, die Stadt nicht verlassen dürfen. Zum Glück bewegt sich aber etwas in dieser Republik. Alle Flächenländer haben inzwischen innerhalb ihrer Grenzen die Residenzpflicht gelockert, und es gibt immer mehr Bundesländer, die auch eine bundesländerübergreifende Verordnung schaffen.

Wenn Ihnen das Thema bekannt vorkommt und Sie deswegen vielleicht nicht mehr Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit auf mich richten: Es stimmt, wir haben vor ungefähr einem Jahr am selben Ort zu anderer Zeit schon einmal darüber geredet. Jetzt haben wir aber veränderte politische Gegebenheiten und jetzt könnte sich auch in Hamburg etwas bewegen. Wir könnten die Bundesratsmehrheit nutzen, um die Residenzpflicht bundesweit abzuschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir könnten die Zeit, die man diesem Vorhaben geben muss, aber auch nutzen, um uns mit den anliegenden Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen per Verordnung darauf zu verständigen, dass die Residenzpflicht zwischen diesen Bundesländern ab sofort aufgehoben wird, und das erwarten wir als ersten Schritt vom Senat.

(Antje Möller)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie mögen sich an unsere Debatte vor einem Jahr erinnern. Die Linie der SPD war damals – Herr Schäfer, ich sage es jetzt ganz freundlich – von Unkenntnis geprägt.

(*Jan Quast SPD: Wie ist es denn, wenn Sie unfreundlich werden?*)

Ich zitiere einmal aus der Rede von Herrn Schäfer von vor einem Jahr, damit klar ist, was ich meine:

"Die jetzige Regelung sieht eine gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen über die Bundesländer vor. Das hat seinen guten Grund und sorgt dafür, dass nicht auf irgendeine Art und Weise Bevor[zung] oder Benachteiligung stattfindet. Daher sind wir der Meinung, dass es genau so bleiben sollte."

(*Finn-Ole Ritter FDP: Das hat doch mit der Sache nichts zu tun!*)

In Klammern: "Beifall bei der SPD".

Heute kommt kein Beifall. Ich freue mich, dass Sie in Ihrer Fraktion zumindest eine Überweisung an den Ausschuss durchsetzen konnten. Vielleicht hat es etwas damit zu tun, dass die SPD bundesweit einen ganz anderen Umgang mit diesem Thema pflegt. Im Mai 2011 gab es unter anderem von der SPD und den GRÜNEN eine Initiative auf Bundesebene. Ende 2012 gab es den nächsten Versuch aus der Opposition heraus, Schwarz-Gelb auf Bundesebene dazu zu bewegen, die Residenzpflicht abzuschaffen. Das ist nicht gelungen – ich erwarte interessante Redebeiträge von den Kollegen der CDU und der FDP –, aber inzwischen gibt es veränderte Bundesratsmehrheiten.

Wir sollten uns an dieser Stelle noch einmal vergewissern, was es bedeuten würde, wenn wir den Innensenator dazu bewegen könnten, eine Vereinbarung mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu treffen

(*Olaf Ohlsen CDU: Die sollen erst mal mit der Windmesse übereinkommen!*)

und eine Verordnung zu erlassen, damit diese 6000 Menschen, die hier seit mehreren Jahren oder Jahrzehnten leben, ohne die Stadt verlassen zu können, die Landesgrenzen nun schlicht und einfach ohne bürokratisches Verfahren spontan überschreiten können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist ein dringend notwendiger Schritt, und es ist ein einfacher und leichter Schritt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Schäfer, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller, Sie sagten, wir hätten schon oft über dieses Thema gesprochen. Vielleicht sollten wir, statt oft darüber zu reden, es einmal ausführlich und differenziert tun. Daher unser Ansatz, diesen Antrag an den Innenausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens reicht eine Bundesratsmehrheit nicht aus, um die Residenzpflicht abzuschaffen,

(*Antje Möller GRÜNE: Bundesweit nicht!*)

man bräuchte dafür auch eine Bundestagsmehrheit. Eine sofortige Bundesratsinitiative würde mit hoher Wahrscheinlichkeit – da bin ich mir ganz sicher – soweit auf die lange Bank geschoben, dass sie im Herbst der Diskontinuität zum Opfer fallen würde. Von daher können wir uns tatsächlich im Ausschuss die Zeit nehmen, das alles zu besprechen.

(*Antje Möller GRÜNE: Deswegen gibt es unseren Punkt 2 im Antrag!*)

– Ich bin noch nicht fertig.

Drittens: Sie sprachen davon, dass die Residenzpflicht eine Bedeutung für diejenigen Flüchtlinge habe, die in Hamburg leben und nicht aus Hamburg hinauskommen. Es gibt aber auch die umgekehrte Richtung. Und wir sollten in aller Ruhe und differenziert betrachten, welche Auswirkungen das für welches Bundesland im Einzelnen hat.

Viertens: Hamburg ist nicht wie Bremen eine Insel in Niedersachsen oder wie Berlin eine Insel in Brandenburg, Hamburg müsste mit mindestens drei, wahrscheinlich vier Bundesländern solche Abmachungen treffen. Auch das ist ein bisschen schwieriger.

Fünftens möchte ich gerne wissen, welche Schwierigkeiten dadurch entstehen, dass die Residenzpflicht auf Antrag aufgehoben wird, und zwar im Fall von Schulbesuch oder Studium, Aus- und Weiterbildung, einer Beschäftigung, der Aufrechterhaltung der Familieneinheit oder wenn zwingende Gründe vorliegen und unbillige Härten vermieden werden sollen, und auch bei Sammelgenehmigungen für Kinder, die auf Klassenreise fahren wollen. Ich möchte wissen, wie das im Einzelnen tatsächlich aussieht,

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE: Ich habe das selbst erlebt!*)

um zu erfahren, ob es wirklich so schlimm ist, wie es im Moment ist. Das möchte ich abwägen mit der Möglichkeit, die Residenzpflicht aufzuheben oder Verträge mit diesen vier Bundesländern zu schließen. Dafür nehmen wir uns im Ausschuss alle Zeit, die dafür nötig ist. Insofern können wir dann vielleicht, anstatt oft und ständig darüber zu reden, zu einem Ergebnis kommen.

(Dr. Martin Schäfer)

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP*: Sie haben ein Jahr Zeit gehabt, darüber nachzudenken!)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Voet van Vormizeele, Sie haben das Wort.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Landtage und ebenso den Bundestag, in denen die Kollegen Redner ihre Wortbeiträge zu Protokoll geben dürfen, ohne sie gehalten zu haben.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das möchten Sie jetzt machen!)

In diesem Fall könnte man den Protokollauszug vom März des vergangenen Jahres komplett abgeben, weil alle Kollegen, die damals geredet haben, heute wieder auf dem Zettel stehen. Der einzige Unterschied bin ich, deswegen darf ich auch noch etwas sagen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Nee, ich auch!)

– Frau Schneider, das stimmt, Sie waren auf dem Zettel, haben das dann aber noch einmal verändert.

Tatsache ist aber, dass wir zu einem gleichlautenden Antrag – der vorliegende Antrag unterscheidet sich wirklich nur in Nuancen und ist inhaltlich vollkommen identisch – bereits vor einem Jahr eine Debatte geführt haben

(*Antje Möller GRÜNE*: Aber die politische Lage hat sich verändert!)

mit einem sehr interessanten Ergebnis. Das gilt vor allem, wenn man sich den Beitrag des Kollegen Dr. Schäfer noch einmal vor Augen führt. Damals haben wir die Debatte im Rahmen der Fünfminutenbeiträge geführt. Warum, Herr Dr. Schäfer? Weil Sie eine Überweisung abgelehnt haben. Die Fragestellung, die Sie gerade eben formuliert haben, die ich persönlich sehr interessant finde und über die man reden muss, hätte man vom März bis zum heutigen Tage eigentlich klären können.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der FDP und der LINKEN – *Antje Möller GRÜNE*: Da haben Sie recht!)

Insofern ist der Erkenntnisprozess der Kollegen der SPD ein später. Nun hoffe ich aber – ich bin ein positiv denkender Mensch –, dass dieser Erkenntnisprozess wie auch bei vielen anderen Anträgen, die Sie nicht überweisen wollen, bei Ihnen jetzt einsetzt und man dann etwas großzügiger bei der Überweisung an den Ausschuss ist.

Ich will darauf hinweisen, dass man in diesem Jahr einiges hätte tun können, wenn man es denn gewollt hätte als Sozialdemokratie. Das benachbarte Bundesland Niedersachsen hat zum Beispiel nicht

etwa erst nach dem Regierungswechsel, sondern bereits im Februar des vergangenen Jahres – wenn ich es richtig im Kopf habe, am 24. Februar 2012 – das Bundesland Hamburg angeschrieben mit der Bitte, mit Hamburg ähnlich wie mit Bremen eine Regelung zu finden, wie man das bilateral klären kann.

(*Matthias Albrecht SPD*: Die wollen nur ihre Leute loswerden!)

Ich weiß nicht, wie der Sachstand ist, ich habe nicht den Eindruck, dass wir da ernsthaft vorangekommen sind. Das hätte man längst und relativ leicht hinbekommen können.

Ich will noch einmal deutlich die Position meiner Fraktion nennen. Wir sind weiterhin dafür, dass die Residenzpflicht so, wie sie vom Grunde her gemeint ist, bestehen bleibt. Wir sind aber auch dafür, über die Punkte, die zum Teil wirkliche Härten auslösen und soziale Kontakte nicht möglich machen, nachzudenken. Dazu gehören vor allem bilaterale Vereinbarungen, das ist ein richtiger und guter Weg. Nur den, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, haben Sie ein Jahr lang verschlafen, und jetzt kommen Sie und sagen, dass Sie das überweisen wollen. Das ist ein bisschen spät.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Da reicht es auch nicht, über irgendwelche großen Parteigrenzen zu reden. Wie schon gesagt, der Antrag aus Niedersachsen kam von einer schwarz-gelben Regierung. Sie können also nicht ernsthaft glauben, dass das eine Errungenschaft der letzten Wochen und Monate ist.

Wir werden gerne gemeinsam mit Ihnen im Innenausschuss über all diese Fragen reden, und ich gebe Ihnen voll und ganz recht, dass es eine Menge offener Fragen gibt. Wir wollen eine Regelung, die es den Menschen in ihren Lebensumständen erleichtert, sich zu bewegen, aber wir wollen auch klar und deutlich machen, dass das Instrumentarium der Residenzpflicht ein wichtiges Instrumentarium ist, denn es hat viel zu tun mit dem Status derer, die betroffen sind. Wir dürfen bei den derzeitigen Anerkennungszahlen nicht vergessen, dass viele der Aufenthaltstitel, die erworben werden sollen, gar nicht erworben werden, weil die Asylanträge nicht erfolgreich sind. Dazu gehört eben auch ein Stückchen Residenzpflicht, damit der Rechtsstaat die Möglichkeit hat, diese rechtlichen Verfahren in der Konsequenz durchzuführen.

Deshalb muss ein sinnvoller Kompromiss zwischen sozialen Kontakten und Rechtsstaatlichkeit her, und das werden wir gemeinsam hinbekommen. Deshalb freue ich mich, dass die SPD nach später Erkenntnis jetzt auf dem richtigen Weg ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will das Rätsel lösen: Der Antrag vor einem Jahr kam von uns als FDP-Fraktion. Herr Schäfer, ich wundere mich schon sehr. Es ist aus Ihrer Rede von damals zitiert worden und das lässt eigentlich nur einen Schluss zu: Sie konnten damals nicht über Ihren Schatten springen, weil der Antrag von der FDP kam, und deswegen haben Sie zum Leidwesen der Betroffenen ein Jahr lang nichts getan.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Ritter, jetzt bleiben Sie aber ein bisschen bei der Wahrheit!)

– Ich bleibe doch bei der Wahrheit, selbstverständlich bleibe ich bei der Wahrheit.

Als wir damals den Antrag gestellt haben, wurde er nicht einmal überwiesen. Man kann also nicht davon reden, dass das Thema von Herrn Schäfer ernstgenommen wurde.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte Ihnen sagen, wo bürokratische Hürden in der Praxis dazu führen, dass Menschen ihre persönliche Freiheit nicht zu 100 Prozent ausleben können. Ich hatte kürzlich einen Termin mit einer Pflegemutter, die an der Hamburger Landesgrenze wohnt. Eines ihrer Pflegekinder darf diese Landesgrenze nicht einfach so übertreten. Was war die Folge davon? Immer, wenn sie das naheliegende Schwimmbad besuchen oder einen Ausflug ins Umland machen wollte, brauchte sie jedes Mal die schon angesprochene Genehmigung. Das zeigt aus meiner Sicht sehr deutlich, welche absurden Folgen diese Regelung der Residenzpflicht im Einzelnen hat. Auch Herr van Vormizeele von der CDU-Fraktion war bereit, darüber zu sprechen.

Meine Damen und Herren! Die schwarz-gelbe Koalition hat gute Vorarbeit geleistet. 2011 wurden in Berlin Spielräume geschaffen. Alle Bundesländer bekamen die Möglichkeit, Vereinbarungen mit ihren Nachbarländern zu schließen. Danach waren die Länder in der Pflicht. Die meisten sind dieser Pflicht nachgekommen und haben ihre Regelungen so geändert, dass sich Asylbewerber innerhalb eines Landes frei bewegen können. Darüber hinaus haben sie Vereinbarungen mit anderen Bundesländern geschlossen.

(Antje Möller GRÜNE: Das haben wir auch schon alles gesagt!)

Herr Schäfer, Sie kennen die politische Konstellation in den umliegenden Bundesländern. Wir haben nicht nur in Hamburg die SPD, sondern sind ringsum eingekesselt von Rot-Grün – wie auch immer.

(Jan Quast SPD: Das hat doch mit Einkesseln nichts zu tun!)

Auf jeden Fall haben alle Bundesländer mittlerweile reagiert, nur Hamburg noch nicht.

Vor genau einem Jahr haben wir Liberale in unserem Antrag gefordert, dass die Hamburger sich den Vereinbarungen mit den Nachbarländern anschließen sollen. Warum die SPD bisher noch nicht reagiert hat, Herr Schäfer, bleibt auch nach Ihrer Rede ein Rätsel.

(Beifall bei Antje Möller GRÜNE)

– Danke schön, Frau Möller.

(Antje Möller GRÜNE: Das war nur für den einen Satz, Herr Ritter!)

Das Argument des befürchteten Flüchtlingsstroms aus der Provinz in die Metropole ist durch das Beispiel Berlin/Brandenburg jedenfalls widerlegt.

Der vorliegende Antrag der GRÜNEN fordert unter anderem eine Bundesratsinitiative zur generellen Abschaffung der Residenzpflicht. Bemerkenswert ist für mich, dass das Thema vor einem Jahr nicht einmal auf die Agenda der gemeinsamen Kabinettsitzung des Hamburger SPD-Senats und der rot-grünen Landesregierung Schleswig-Holsteins kommen durfte. Es drängt sich ein bisschen der Eindruck auf, dass einigen Roten und Grünen der Erhalt von Wahlkampfthemen wichtiger ist, als erst einmal vor der eigenen Haustür zu kehren. Ein zügiges parteiübergreifendes Vorgehen, um eine Lösung für die Menschen zu finden, sieht für uns Liberale jedenfalls anders aus.

Wir Hamburger Liberale sind an einer konstruktiven und hoffentlich positiven Lösung interessiert. Umso mehr freuen wir uns auch, Herr Schäfer, dass Sie als SPD sich doch noch einen Ruck gegeben haben und den Antrag an den Ausschuss überweisen, wo wir mit Ihnen darüber diskutieren können. Dort können wir das weitere Vorgehen sicherlich ziel- und lösungsorientiert erörtern. Das Überweisungsbegehren werden wir als FDP-Fraktion auf jeden Fall unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Özdemir, Sie haben das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Mai 2011 hat die SPD im Bundestag einen Antrag eingereicht, mit dem sie die Abschaffung der Residenzpflicht gefordert hat. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt. In ihm beschreiben Sie die Situation der Residenzpflichtigen als kaum erträgliche örtliche und soziale Isolation; da haben Sie recht.

(Cansu Özdemir)

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Aber das gilt auch für Hamburg. Auch in Hamburg können sich diese Menschen nicht frei bewegen. Das heißt, sie können zum Beispiel keine Freunde oder Verwandte in Pinneberg besuchen. Auch die Teilnahme an Klassenreisen ist sehr schwierig für die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Selbst wenn Ausnahmen gemacht werden, ist die Bürokratie kompliziert und eine hohe Hürde.

(Dirk Kienscherf SPD: Was ist denn bei Klassenreisen schwierig?)

– Herr Kienscherf, halten Sie doch kurz den Mund und hören Sie erst einmal zu.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Ich finde es wirklich dreist, dass Sie zu jeder Sache etwas zu melden haben.

(Beifall und Heiterkeit bei der LINKEN und der CDU – Sören Schumacher SPD: Freie Rede, freies Parlament!)

Sie wissen, dass diese Menschen bestraft werden, wenn sie die Residenzzone verlassen und dabei erwischt werden. Das Recht auf Freizügigkeit, das eigentlich für alle Menschen in Deutschland gelten sollte, wird hier ziemlich heftig eingeschränkt, und das ist meiner Auffassung nach ein Demokratiedefizit.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Herr Schäfer hat gefragt, ob das denn wirklich so schlimm sei. Sprechen Sie doch einmal mit den Betroffenen. Sie wissen nicht, wie schlimm die Auswirkungen auf die Menschen sind und was das für die Psyche bedeuten kann. Deswegen muss die Residenzpflicht abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Mich wundert ein bisschen, dass Sie im Bundestag als Opposition die Abschaffung der Residenzpflicht fordern, sich aber hier in der Regierung davor drücken zu handeln.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist ja unglaublich!)

– Finde ich auch, Herr Ohlsen.

Da kommt dann wieder die Ausrede, es könne eine Sogwirkung geben. Das erinnert mich ein bisschen an Ihren Umgang mit den Osteuropäern in Bezug auf das Winternotprogramm, wo Herr Scheele auch sagte, es gäbe eine Sogwirkung und deswegen würde die Adresse des Winternotprogramms erst einmal nicht bekannt gegeben. Das ist doch Quatsch.

(Beifall bei der LINKEN)

In einigen Bundesländern wurde jetzt eine Erweiterung der Bewegungsfreiheit vorgenommen. Niedersachsen und Bremen haben angefragt, ob Hamburg sich ihnen anschließen wolle, aber der Senat hat abgeblockt. Wir haben in unserem Antrag aus dem letzten Jahr gefordert, die Gespräche aufzunehmen und Anfragen – eine weitere kam aus Brandenburg – aufgeschlossen gegenüberzutreten. Sie wollten im letzten Jahr nicht im Ausschuss darüber reden, jetzt stimmen Sie einer Überweisung zu.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Wir beantragen sie!)

Das kommt mir komisch vor. Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN Fraktion natürlich zu, aber wir haben das Gefühl, dass Sie den Antrag im Innenausschuss versenken wollen und so versuchen, das Thema loszuwerden. Sie werden das Thema so aber nicht los.

Vor Kurzem haben Sie Ihr Integrationskonzept mit großem Trara und viel Tamtam vorgestellt. In ihm steht aber nichts über die Residenzpflicht. Die Flüchtlinge wurden zwar aufgegriffen, aber dieses Thema nicht. Deshalb glaube ich auch, dass kein Interesse daran besteht, etwas zu verändern. Da fragt man sich dann auch, ob Sie es wirklich ernst meinen mit Ihrer Integrationspolitik. Meiner Auffassung nach beginnt Integration von Anfang an.

Herr Haufler hat vorhin gefordert, dass alle Migrantinnen und Migranten das Land lieben und sich hier zu Hause fühlen sollten und dass ihr Herz für dieses Land schlagen sollte. Integration beginnt aber von Anfang an, und dazu gehört auch, dass die Menschen die Möglichkeit haben, ihre Persönlichkeit zu entfalten, dass sie dazugehören und Kontakte pflegen können und es ihnen möglich ist, an politischen oder kulturellen Ereignissen teilzunehmen und an gesellschaftlichen Prozessen zu partizipieren.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Wir möchten, dass die Menschen sich wohlfühlen und dazugehören, egal, welchen Status sie haben. Deshalb fordern wir: Setzen Sie sich dafür ein, die Residenzpflicht abzuschaffen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Özdemir. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/6931 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 13, Drucksache 20/6792, Vorlage des Rechnungshofs: Jahresbericht 2013 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2011.

[Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs: Jahresbericht 2013 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2011 – Drs 20/6792 –]

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD und FDP an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Bläsing, bitte.

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vonseiten der FDP-Fraktion zunächst einmal ein großer Dank an den Rechnungshof, dass Sie wieder so viel Arbeit und Herzblut investiert haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle und solange der Innen senator noch da ist, betonen, dass wir uns Bemerkungen wie "im Rechnungshof seien alles Erbsenzähler" – so wurden Sie, Herr Senator Neumann, zumindest in den Medien zitiert – ausdrücklich nicht zu Eigen machen. Die Mitarbeiter machen da wirklich wertvolle Arbeit und schauen ganz genau hin, und das ist gut und richtig so.

(Beifall bei der FDP)

Der Bericht ist einmal mehr eine fundierte und akribische Auflistung von unnötigen Mehrausgaben und ineffizienter Verwendung von Steuermitteln, Einsparpotenzialen sowie Haushaltsrisiken. Der Rechnungshof hat viel Arbeit investiert, Arbeit, die eigentlich der Senat hätte machen müssen. In der Beratung im Unterausschuss "Prüfung der Haushaltsrechnung" werden wir das alles noch einmal im Detail durchgehen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle nur einige allgemeine Anmerkungen machen.

Die Erstellung der Haushaltsrechnung, so hat der Rechnungshof festgestellt, dauert immer länger. Wir sind mittlerweile im Dezember angekommen. Wenn das so weitergeht, dann ist zu befürchten, dass das irgendwann als Weihnachtsgeschenk unterm Tannenbaum landet. Das finden wir nicht gut.

Darüber hinaus hat der Rechnungshof festgestellt, dass es ein Tohuwabohu in den Haushaltsbüchern und bei der Kasse Hamburg gibt. In beiden Fällen,

das will ich durchaus konzedieren, ist die Umstellung auf die strategische Neuausrichtung des Haushaltswesens nicht ganz unschuldig daran; besorgniserregend ist es allerdings allemal.

Darüber hinaus hat der Rechnungshof zahlreiche Fälle unzureichender Informationen der Bürgerschaft über Mittelverwendungen aufgezeigt, so beispielsweise eine Schriftliche Kleine Anfrage der Kollegin Suding über Beraterverträge und Gutachten, die nur unzureichend beantwortet wurde. Die unklare Kostenentwicklung und vergaberechtliche Ungereimtheiten bei Baumaßnahmen am UKE oder auch die Folgekosten von Schulbau Hamburg sind darüber hinaus Dinge, die wirklich zu bemängeln sind. Auch das Immobilienmanagement ist noch nicht so gut aufgestellt.

Ich muss allerdings, bevor Herr Quast gleich aufspringt, konzedieren, dass das alles Erbhöfe des alten Senats sind. Der jetzige Senat hat dort durchaus Maßnahmen ergriffen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut!)

Wir hoffen, dass Sie dann entsprechend die Mängel abstellen; Sie sind auch schon zwei Jahre dabei.

Ein Schlaglicht aus dem Fachbehördenbereich möchte ich doch noch aufzeigen. Bei der Behörde für Schule und Berufsbildung hat der Rechnungshof ein Einsparpotenzial in Millionenhöhe im Bereich der GBS festgestellt. Und bei über 100 Stellen in der Schulsozialarbeit hat er kritisiert, dass diese nicht nachhaltig finanziert seien.

Zu allem Überfluss schreibt der Rechnungshof – ich zitiere –:

"Die BSB verfügt vielfach nicht über die notwendigen Berichte und Informationen, um bei den Schulen die erforderlichen Steuerungsimpulse zu setzen. Ihrer Gesamtverantwortung kommt sie damit nicht ausreichend nach."

Das ist wirklich ein Armutszeugnis in Richtung des Bildungssenators. Ich weiß, das sind große Herausforderungen, aber wenn die Steuerung nicht klappt, dann muss man sich fragen, wie das insgesamt funktionieren soll.

(Beifall bei der FDP)

Des Weiteren ist eine zentrale Erkenntnis nach Durchsicht des Rechnungshofberichts, dass in einigen öffentlichen Unternehmen der Stadt das gesetzlich geforderte Risikomanagement nicht oder nur mangelhaft ausgeprägt ist.

Zudem gibt es häufig Stellungnahmen von Wirtschaftsprüfern, die keine bestandsgefährdenden Risiken attestieren, weil sie ein öffentliches Unternehmen sind. Die Begründung ist, dass die FHH doch haften. Diese Begründung darf man auf keinen Fall akzeptieren. Wir haben diesen "Bale-out" bei

(Robert Bläsing)

Steuerzahlermentalität am Beispiel der Landesbanken wie der HSH Nordbank gesehen. Die ist gegen die Wand gefahren, und es sollte uns wirklich eine Warnung sein, dass wir solche Begründungen nicht akzeptieren.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es angezeigt, dass wir in Zukunft ganz genau hinschauen und der Senat ebenfalls. Der Rechnungshof macht auch den Vorschlag, einen Verantwortlichen für Risikomanagement für die öffentlichen Unternehmen zu benennen. Ich finde das zumindest eine überlegenswerte Variante, die man diskutieren sollte.

Im Zusammenhang mit den öffentlichen Unternehmen ist uns Liberalen Folgendes wichtig: erstens die Forderungen des Rechnungshofs nach regelmäßiger Überprüfung des wichtigen staatlichen Interesses an Unternehmensbeteiligungen, eine Forderung, die wir bereits mehrmals erhoben haben, zweitens die rechtzeitige Umschichtung beispielsweise bei Gründungen, Veränderungen oder Aufgaben von Beteiligungen und drittens die ebenfalls von uns bereits mehrmals geforderte Darstellung aller Risiken der Freien und Hansestadt Hamburg, insbesondere der öffentlichen Unternehmen.

Liebe SPD, schlimm genug, dass Sie uns und dem Kollegen Herrn Dr. Kluth, der das in der Vergangenheit schon des Öfteren vorgebracht hat, nicht glauben. Sie sollten wenigstens einmal die Einschläge hören, wenn der Rechnungshof Ihnen das ins Stammbuch schreibt.

(Beifall bei der FDP)

Die Finanzbehörde hat zumindest im Bericht zugesagt, dass sie eine behördliche Überprüfung der weiteren Sinnhaftigkeit ihrer Beteiligung durchführen möchte und dem Rechnungshof Bericht erstatten möchte. Wir fordern, dass auch die Bürgerschaft dann darüber informiert wird.

Ein letztes Thema, fast am Schluss des Berichts, das mir besonders wichtig ist, ist die Langzeitarchivierung und Vorgangsbearbeitung. Wir haben das Thema im Unterausschuss luK-Technik und Verwaltungsmodernisierung bereits thematisiert. Aber der Rechnungshof schreibt unter der Textziffer 575:

"[...] da[ss] es [...] in der Regel nicht darum gehe, eine funktionierende Papieraktenführung und -verwaltung abzulösen, sondern eher darum, eine ordnungsgemäße Aktenhaltung wiederherzustellen bzw. erstmalig einzuführen."

Das sollte uns wirklich beunruhigen. Wenn der Rechnungshof feststellt, dass in einigen Behörden gar keine ordentliche Aktenführung mehr durchgeführt wird, dann nützt uns auch ein Aktenvorlageersuchen nichts mehr. Das sollten wir als Bürgerschaft ernst nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, dass das ein dickes Brett ist, das man da zu bohren hat, aber es ist nach zwei Jahren SPD-Regierung einmal an der Zeit zu reagieren. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass seit zehn Jahren nur mit lauen Appellen gearbeitet wird, ohne dass eine zentrale Festlegung kommt. Gutes Regieren beinhaltet eben auch, so ein dickes Brett zu bohren.

(Beifall bei der FDP)

Der Bericht wird, wie gesagt, im Ausschuss noch eingehend beraten. Deshalb möchte ich es an dieser Stelle dabei belassen und wünsche uns dort eine gute Beratung.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Bläsing. – Das Wort hat Herr Quast.

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bericht des Rechnungshofs bietet eine Vielzahl von Hinweisen, und sicherlich wird es heute auch jedem Redner gelingen, die richtigen Hinweise herauszusuchen, um erste Schwerpunkte in der Debatte zu setzen, die wir im Unterausschuss fortsetzen werden. Ich möchte jedenfalls die Gelegenheit nutzen, dem Rechnungshof an dieser Stelle für diese Vorlage zu danken.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Der Rechnungshof stärkt mit seiner Arbeit unsere Arbeit in der Bürgerschaft, weil er auch ein Hüter des Budgetrechts dieses Parlaments ist, indem er uns dabei unterstützt, den Senat zu kontrollieren. Es ist richtig und notwendig, wenn er immer wieder den Finger in die Wunde legt, wenn es beispielsweise um fehlende Kosten-Nutzen-Analysen und um Aufgabenkritik geht und wenn Sparsamkeit angeregt wird. Wir unterstützen deswegen auch gern den Rechnungshof, wenn es darum geht, sich mit angemessenem Personal auszustatten, und haben deswegen auch gern Stellenhebungen beschlossen.

Für uns ist ein zentrales Thema in diesem Bericht das kostenstabile Bauen, ein Thema, das uns seit vielen Jahren immer wieder bewegt und das sicherlich insbesondere mit der Debatte um die Elbphilharmonie ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist. Ich bin deswegen froh, dass der Senat schon einen Bericht dazu vorgelegt hat, wie er mit dem Ziel des kostenstabilen Bauens umgehen will, Ideen dazu entwickelt hat und wir im Haushaltsausschuss darüber auch diskutieren werden.

Der Rechnungshof mahnt aber in diesem Zusammenhang noch einmal das Thema der Architekten- und Ingenieursleistungen an, dem besondere Beachtung geschenkt werden müsse. Er konzidiert

(Jan Quast)

nämlich, dass Eigenleistungen in diesem Bereich oftmals wirtschaftlicher sind als die Fremdvergabe. Und da ist es dann leider so, lieber Kollege Bläsing von der FDP, aber auch liebe Kollegen von der CDU, dass wir 2002 große Fehlentscheidungen erlebt haben, als nämlich der damalige Senat damit begonnen hatte, die Hochbaudienststellen der Bezirksämter zunächst zu zentralisieren und schließlich aufzulösen, sodass es uns heute an wichtigem Know-how und an Personal in diesem Bereich durchaus mangelt.

(Beifall bei der SPD)

Da sieht man dann auch die Langzeitfolgen dieser Handlungsweise von damals.

Der Rechnungshof hat sich aber auch zu der schwierigsten Aufgabe geäußert, die wir zu bewältigen haben, nämlich der Erreichung der Schuldenbremse. Der Rechnungshofpräsident wird zitiert mit den Worten:

"2012 haben wir festgestellt, dass die Wegweiser hierzu richtig aufgestellt sind."

Herr Dr. Schulz, ich kann Ihnen versichern, dass wir diesen Weg auch konsequent gehen werden, um sicherzustellen, dass wir spätestens 2019 einen Haushalt haben, der ohne neue Schulden auskommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dazu die von Ihnen angeregte Aufgabenkritik konsequent fortsetzen, denn es ist uns sehr daran gelegen, dass wir Gestaltungsspielraum in den öffentlichen Haushalten behalten und auch nach 2020 gute Politik in diesem Hause machen können. Deswegen freue ich mich auch auf die Beratungen im Unterausschuss über den Bericht, den wir heute diskutiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Quast. – Das Wort hat Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Dankesworten an das gesamte Kollegium können wir uns nur noch einmal anschließen. Auch dieses Mal ist es wieder gelungen, einen sehr umfassenden und, wie ich finde, auch in den Einzelpunkten, die beleuchtet werden, sehr lesenswerten und bearbeitungswerten Rechnungshofbericht vorzulegen. Für die Mühe und auch das nicht immer stressfreie Arbeiten bei diesen Prüfungsaufgaben, wie wir es gelegentlich auch im Ausschuss erleben dürfen, noch einmal herzlichen Dank. Diese Vorlage ist für die Beratungen sehr, sehr gut geeignet und wird uns hoffentlich in vielen zentralen Fragen weiterbringen.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und bei *Jens Kerstan GRÜNE, Katja Suding FDP* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Etwas überrascht bin ich dann doch, dass wir jetzt schon zwei Analysen gehört haben ohne Beratung. Ich hatte eigentlich das Gremium immer so empfunden, dass wir uns außerhalb der Öffentlichkeit sehr intensiv und häufig, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg, mit den Fragen beschäftigen. Mir wäre es sehr lieb, Herr Quast, aber auch Herr Bläsing, wenn wir dieses Verfahren beibehalten könnten, denn sonst nehmen Sie dem Rechnungshofbericht die eigentliche Wirkung, Fragen auch einmal frei des politischen Spiels zu diskutieren und lösen zu können. Bei diesem Verfahren würde die CDU-Fraktion gern bleiben. Also lassen Sie uns bitte in den drei Tagen erst einmal die Einzelpunkte beraten, dann schauen, ob wir die Analysen teilen, und dann hoffentlich gemeinsam unsere Schlussfolgerungen ziehen. Dann sind wir nämlich als Parlament deutlich stärker, als wenn wir das entlang der typischen Abstimmungslinien machen würden. Deswegen sowohl an Herrn Quast als auch an Herrn Bläsing der Appell, dieses Verfahren auch in diesem Jahr beizubehalten.

(Beifall bei der CDU)

Richtig ist, und das ist gar keine Frage, dass wir uns einmal anschauen müssen, welche besonders bemerkenswerten Fragestellungen aufgeworfen wurden. Eine ist brandaktuell, nämlich die Lebensmittelüberwachung in den Bezirken. Hier haben wir das Thema Pferdefleisch und Bio-Eier, aber auch andere Fragestellungen, die gerade eine wichtige Rolle spielen; dies wurde dankenswerterweise aufgegriffen. Der Rechnungshof hat an dieser Stelle viel Überlegenswertes aufgezeigt, nämlich die Frage der Ausstattung der Kontrolleure über die Bezirke und wie viele Betriebe auf wie viele Kontrolleure entfallen; darüber hinaus dann allerdings auch die Frage, wie die Vorgaben der Gesundheitsbehörde für die Bezirksämter erfüllt werden. Da ist man zu dem Schluss gekommen, dass diese Sollvorgaben sehr, sehr unterschiedlich erfüllt werden.

Ich glaube, das ist gerade bei den aktuellen Dingen, die wir in dieser Stadt, aber auch in dieser Republik erleben, ein Punkt, bei dem zumindest wir als CDU-Fraktion sagen, dass wir uns dem besonders intensiv widmen wollen. Hier bietet der Rechnungshofbericht eine sehr, sehr gute Grundlage auch für die Menschen und ihr Tagesgeschäft, für ihr Leben und ihren Konsum von Lebensmitteln. Um das Thema Gesundheit in der Stadt zu verbessern, sind wir für diese Vorlage gerade zum jetzigen Zeitpunkt besonders dankbar.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Ein zweiter Punkt ist das Risikomanagement bei öffentlichen Unternehmen. Da bin ich bei dem, was Herr Quast und Herr Bläsing sagten, auch wenn

(Roland Heintze)

der eine oder andere Senator sagen würde, das sei Erbsenzählerei. Wenn ich mir das Kapitel durchlese, dann sind die Erbsen ziemlich groß, wenn man sich die 47 Unternehmen anschaut, die ein Geschäftsvolumen von insgesamt 19 Milliarden Euro haben, und dann sieht, was die so unter Risikoidentifikation, -bewertung und -bewältigung verstehen. Wenn sie überhaupt ein Risikomanagementsystem haben, definieren sie das doch sehr unterschiedlich. Der eine oder andere Abschlussprüfer erteilt das Testat nur, weil am Ende die Stadt haftet, aber nicht, weil das Risikomanagement so doll ist.

Wenn das die Erbsen sind, die der eine oder andere Senator meint, dann beschäftigen wir uns als CDU-Fraktion sehr gern damit, weil hier riesige Risiken für die Stadt schlummern. Auch für diesen Impuls im Rechnungshofbericht vonseiten der CDU ein herzliches Dankeschön. Es lohnt sich, sich damit intensiv, über die Parteigrenzen hinweg, im Sinne der Stadt zu beschäftigen.

(Beifall bei der CDU)

Der Kostenvergleich der Ganztagschulen und das kostenstabile Bauen wurden schon angesprochen. Auch hier lohnt es sich, Schwerpunkte zu setzen. Wir gehen sehr offen in die immer konstruktiven Beratungen beim Rechnungshof und freuen uns sehr über eine rege Senatsbeteiligung, auch zum Thema Erbsenzählen. Wir kommen hoffentlich – das ist doch am Ende das, was diesen Rechnungshofbericht immer ausmacht – zu gemeinsamem politischen Handeln, wie wir sie jetzt schon beim kostenstabilen Bauen sehen. Nur wenn das Parlament gemeinsam für sein Budgetrecht kämpft und gemeinsam dafür arbeitet, dass Dinge, bei denen Geld verschwendet wird, auch geändert werden, nur dann haben wir Erfolg. Und dieser Erfolg stellt sich nicht entlang der bestehenden Mehrheitslinie ein, sondern er stellt sich nur ein, wenn das gesamte Haus es will. Dafür werden wir als CDU-Fraktion auch dieses Jahr wieder arbeiten. Ich bin sehr optimistisch, dass wir am Ende der Beratungen ein gutes Ergebnis haben werden, das auch im Sinne des Berichts für die Stadt Veränderungen herbeiführt. Dies sollte sich nicht nur auf Erbsen zählen beziehen, sondern vielleicht auch auf die Gesundheit und die Risiken, die in dieser Stadt schlummern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Heintze. – Das Wort hat Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben im Großen und Ganzen schon alle wichtigen Punkte angesprochen. Auch von meiner Fraktion herzlichen Dank für die wirklich ausge-

zeichnete Vorlage, die Sie entsprechend dem verfassungsgemäßen Auftrag Ihrer Institution dem Parlament vorgelegt haben. Es ist eine sehr gute Vorlage, um gute Beratungen durchführen zu können. Wir sind sozusagen ein eingeschworener Kreis, der sich einmal im Jahr für drei Tage in Klausur zurückzieht. In der Tat ist es jedes Mal sehr erfrischend, auf diese andere Form von Beratung blicken zu können, wenn wir sie abgeschlossen haben, und die Ergebnisse sich auch sehen lassen können. Ich freue mich sehr auf diese drei Tage, die vor uns liegen.

Die Kollegen haben wichtige Punkte angesprochen, und von meiner Seite möchte ich heute zwei Punkte hervorheben, zunächst einmal das Risikomanagement bei öffentlichen Beteiligungen und seine Darstellung im Haushalt. Der Rechnungshof hat sehr richtig darauf hingewiesen, dass wir eine Darstellung der betrieblichen Risiken brauchen. Das wird an gegebener Stelle zu vertiefen sein, und das Parlament wird hoffentlich die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Wir haben darauf hingewiesen, dass wir das für ein wichtiges Thema halten.

Das zweite Thema, das die Kollegen hier auch schon angesprochen haben, ist das kostenstabile Bauen, das ich in der Tat für ein sehr wesentliches halte, nicht nur wegen der Elbphilharmonie, sondern weil es um die Glaubwürdigkeit öffentlichen Handelns geht. Die vom Kollegen Quast angesprochene Drucksache halte ich auch nicht für völlig schlecht, wir müssen aber, auch im Lichte der Expertenanhörung, die wir im PUA zu diesem Thema gemacht haben, weiter daran arbeiten. Wir müssen noch wichtige Schritte gehen, auch wenn man das Thema etwas größer denkt und sich die Frage stellt, wie die öffentliche Hand baufähig bleiben kann, weil wir nicht nur in Hamburg erleben, dass uns ein großes Projekt aus dem Ruder läuft, sondern uns das auch an anderer Stelle – ich nenne nur Berlin und Stuttgart – vor Augen geführt wird. Wir haben wichtige Anregungen in der ersten Anhörung gehört, und es wird noch zwei weitere geben. Ich erhoffe mir davon noch sehr viel mehr Erkenntnisse und bin sehr gespannt auf die Beratungen im Haushaltsausschuss und darauf, wie es uns gelingen wird, die Erkenntnisse der einen Befassung mit denen der anderen zu verknüpfen, und welche Konsequenzen wir daraus ziehen werden. Ich würde das dann gerne noch einmal mit dem Rechnungshof sozusagen rückspielen. Ich bin gespannt, wie uns das gelingen wird, weil – das muss an dieser Stelle erwähnt werden – es der Rechnungshof war, der da die Grundlage mit seiner Drucksache geliefert hat. Insofern freue ich mich auf spannende Beratungen und danke dem Rechnungshof noch einmal für seine Vorlage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dr. Gumbel. – Herr Hackbusch hat jetzt das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal alles wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben. – Nein, das will ich nicht. Ich will mich natürlich beim Rechnungshof bedanken. Es ist jedes Mal spannend, diesen Bericht zu lesen. Er ist einfach eine wichtige Grundlage für uns. Ich will jetzt nicht die einzelnen Beispiele nennen, auch wenn ich das natürlich könnte, etwa den Bericht über die Finanzämter, den der Rechnungshof vorgelegt hat. Das ist eine Steilvorlage für das, was die LINKE in den letzten Monaten und Jahren hier immer wieder eingefordert hat, aber das werden wir in den Beratungen genauer besprechen.

Ich möchte vielmehr noch einmal auf zwei grundsätzliche Fragen eingehen, die hier eher zu besprechen sind als die dort genannten Beispiele. Das werden wir dann vielleicht auch mit dem Rechnungshof in diesem Ausschuss genauer besprechen.

Insgesamt habe ich bei aller Freude über den Rechnungshofbericht den Eindruck, dass viele der großen Projekte, die diese Stadt unternimmt und finanziert, kaum unabhängig kontrolliert werden. In Bezug auf die gesamte Entwicklung der HSH Nordbank ist es uns, auch mit dem Instrument Rechnungshof, nicht möglich gewesen, diese einigermaßen kritisch zu begleiten. Da ist eigentlich der Rechnungshof für uns der richtige Ansprechpartner, aber es ist in diesem Zusammenhang nicht gelungen. Man sollte einmal kritisch bilanzieren, inwieweit das in irgendeiner Form stärker betrachtet werden kann, weil meine Probleme auch im Zusammenhang mit anderen Großprojekten existieren, etwa die gesamten Diskussionen über die EADS- oder DASA-Erweiterung. Auch das ist ein riesiges Projekt dieser Stadt, und auch da gab es kaum eine kritische oder unabhängige Betrachtung, und die ist für uns absolut notwendig.

In der Expertenanhörung des PUA Elbphilharmonie – Frau Dr. Gumbel hat es eben schon angesprochen – wurde bei der Frage, wie man vernünftigerweise in der Lage ist, weiter arbeiten zu können, eines deutlich: Die Gutachter haben uns gesagt, dass beim Bau der Elbphilharmonie etwas passiert sei, was mittlerweile leider sehr häufig passiert, nämlich dass Lobbyistengruppen – das sind zum Teil auch Wirtschaftsprüfer, mit denen bei großen Bauprojekten eine enge Zusammenarbeit besteht – beratend tätig waren und dementsprechend ihre Expertise, die sie in diesen Prozess eingebracht haben, nicht von Unabhängigkeit zeugte, sondern von damit verbundenen Interessen. Sehr stark, so haben die Experten gesagt, gilt

das im Zusammenhang mit Public Private Partnership.

(Arno Münster SPD: Das ist ja strafbewehrt, was Sie da behaupten! – Finn-Ole Ritter FDP: Das steht im Rechnungshofbericht?)

Das heißt, es ist für solche Bauprojekte absolut notwendig, dass wir in der Lage sind, bei solchen Prozessen auch unabhängige Expertise stärker einfließen zu lassen und nicht erst im Nachhinein kritische Momente zu haben. Der Vorschlag der Experten war, dass der Rechnungshof ständig begleitend dabei sein sollte. Wir wissen, dass das natürlich auch nicht geht, aber wir brauchen unabhängige Wissenschaftler und Experten. Das ist ein zweiter interessanter Aspekt, und wir sollten nicht nur den Rechnungshofbericht selbst diskutieren, sondern auch überlegen, wie der Rechnungshof und unabhängige Experten uns in dieser Stadt weiterhelfen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hackbusch. – Mir liegen nunmehr keine weiteren Wortmeldungen vor und wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 20/6792 an den Haushaltsausschuss zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist damit einstimmig erfolgt.

Ich möchte an dieser Stelle im Namen des ganzen Hauses noch einmal Herrn Dr. Schulz und allen seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sehr für ihre Arbeit danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 38, Drucksache 20/6909 in der Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Prozesskostenhilfe in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Prozesskostenhilfe in Hamburg
– Drs 20/6909 (Neufassung) –]**

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, bitte schön.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Der Bundestag berät zurzeit über einen Gesetzentwurf, mit dem die schwarz-gelbe Mehrheit die Prozesskosten- und Beratungshilfe kürzen will. Danach sollen die Bundesländer rund 65 Millionen Euro Prozesskosten-

(Christiane Schneider)

hilfe einsparen. Für Hamburg würde das bedeuten, dass die Prozesskostenhilfe um 1,5 bis 2 Millionen Euro jährlich geringer ausfallen würde. Ich hoffe, dass nicht nur wir LINKE, sondern die Mehrheit der Bürgerschaft heute deutlich macht: nicht in Hamburgs Namen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die Prozesskostenhilfe muss erhalten bleiben und eine Zweiklassenjustiz verhindert werden,

(Beifall bei der LINKEN)

denn darum geht es: Die Kürzung trifft die Armen. Ausgerechnet für sie will die schwarz-gelbe Koalition den Zugang zum Recht erschweren.

(*Olaf Ohlsen CDU: Unglaublich!*)

Ich erspare mir und Ihnen zu später Stunde, die einzelnen Regelungen zu erörtern; das können wir im Ausschuss tun. Aber die Wirkungen dieser Regelungen sind eindeutig und in den Stellungnahmen der unterschiedlichen Verbände zum Gesetzentwurf auch klar herausgearbeitet.

Mit der Kürzung der Prozesskostenhilfe wird das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz eingeschränkt. Der Rechtsschutz wird abhängig davon, ob sich jemand das Risiko von ein paar hundert oder ein paar tausend Euro leisten kann. Wer sich das nicht leisten kann, kann seine Rechte vor Gericht nicht verteidigen. Deshalb wurde 1981, damals noch durch die sozialliberale Koalition, die Prozesskostenhilfe eingeführt. Wenn jetzt der Kreis der Empfänger und Empfängerinnen von Prozesskostenhilfe verkleinert wird, wie es der Gesetzentwurf vorsieht, dann wird der Kreis derjenigen, die keine Chance erhalten, ihr Recht vor Gericht zu erstreiten, entsprechend größer.

Wen trifft die beabsichtigte Kürzung? Sie trifft prekär und befristet Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Sie trifft die über 1 Million Menschen – allein in Hamburg sind es 36 000 –, die ihren Lohn durch ALG II aufstocken müssen. Sie trifft Teil- und Vollzeitbeschäftigte mit Bruttolöhnen unter circa 1400 Euro. Sie trifft kleine Selbstständige mit entsprechend geringem Einkommen. Sie trifft Auszubildende und Berufseinsteiger, Rentnerinnen und Rentner. Und sie trifft sogar Ehepartnerinnen oder Familien mit Kindern bis weit hinein in die Mittelschicht, die durch eine Scheidung in eine finanziell schwierige Situation geraten. Das hat die Gewerkschaft ver.di in ihrer Stellungnahme herausgearbeitet. In diesen Bevölkerungsgruppen sind überdurchschnittlich und teilweise ganz überwiegend Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen betroffen.

Ein Blick in die Hamburger Statistik macht deutlich, in welchen Streitfällen der Rechtsschutz für Arme eingeschränkt wird. Der weitaus größte Anteil der knapp 12,5 Millionen Euro Prozesskostenhilfe, die

im letzten Jahr ausgezahlt wurde, nämlich fast 8 Millionen Euro, entfällt auf Verfahren vor Familiengerichten. Hier geht es im Wesentlichen um Scheidungen, Unterhalt und Sorgerecht, und gerade hier sind insbesondere Frauen betroffen, und zwar vor allem alleinerziehende Frauen, die wegen der Kindererziehung nur in Teilzeit arbeiten.

Der zweite große Batzen, fast 2,2 Millionen Euro mit steigender Tendenz, entfällt auf arbeitsgerichtliche Verfahren. Die steigende Tendenz ist leicht zu erklären. Die Deregulierung des Arbeitsmarkts und die Zunahme von befristeten Arbeitsverhältnissen, von Leiharbeit und von geringfügiger Beschäftigung führen vermehrt zu gerichtlichen Auseinandersetzungen. Gleichzeitig steigt mit dieser verhängnisvollen Entwicklung der Kreis der Menschen, die auf Prozesskostenhilfe angewiesen sind, um ihr Recht zu bekommen. Die Prekarierten sollen also für die Prekarisierung der Arbeitswelt auch noch mit der Einschränkung ihres Zugangs zur Rechtsstaatlichkeit zahlen. Das nenne ich infam.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Im letzten Jahr gab es bundesweit 170 488 Klagen vor den Sozialgerichten. Die Zahl steigt vor allem deshalb, weil viele Bezieherinnen von Grundsicherungsleistungen Beratungs- und Prozesskostenhilfe in Anspruch nehmen müssen, um sich gegen oft unrechtmäßige Bescheide zu wehren. Auch ihre Rechte werden potenziell eingeschränkt und bedroht.

Die Bundesregierung argumentiert damit, dass mit dem Gesetzentwurf der missbräuchlichen Inanspruchnahme von Prozesskostenhilfe entgegengewirkt werden soll. Ob Missbrauch vorliegt oder nicht, soll jedoch ausdrücklich nicht von den Erfolgsaussichten einer Klage abhängig gemacht werden. Das macht die gegen sozial Benachteiligte gerichtete Zielsetzung des Gesetzentwurfs besonders deutlich. Wer Geld hat, wird in der Regel eine mögliche Klage von den Erfolgsaussichten abhängig machen. Wer kein Geld hat, dem soll diktiert werden, wann die Wahrnehmung seines Rechts ein Missbrauch ist.

Wir ersuchen mit dem Antrag den Senat, die Auswirkungen der drohenden Kürzungen bei der Prozesskosten- und Beratungshilfe auf die Menschen in Hamburg darzulegen. Wir fordern ihn auf, die Stimme Hamburgs im Bundesrat und auf Bundesebene gegen diese drohende Kürzung zu erheben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Menschen mit geringem Einkommen erfahren vielfache Ausgrenzungen. Sie sind in ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt, nicht nur im Arbeitsleben. Dass sie jetzt auch noch in ihrem Zu-

(Christiane Schneider)

gang zum Recht ausgegrenzt werden, ist eine unerträgliche Vorstellung. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Herr Steinbiß.

Olaf Steinbiß SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Tatsächlich will die Bundesregierung ausgerechnet bei der Prozesskostenhilfe sparen – wieder eine sogenannte Reform, die die finanziell Schwachen trifft. Es handelt sich hier wirklich um die Frage, ob es diese Rechte bald nur noch auf Kredit geben wird. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wie Frau Schneider schon erwähnte, wurde noch unter der SPD/FDP-Regierung 1981 dieses Gesetz eingeführt. Federführend war damals Innenminister Baum, der sagte:

"Wir wollten diejenigen, die aus eigener Kraft nicht ihre Rechte wahrnehmen konnten, waffengleich machen."

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Dieser Maßstab muss weiterhin gelten. Ob dieses auch in Anbetracht des PKH-Reformgesetzes gewährleistet ist, muss noch kritisch hinterfragt werden. Es ist nämlich beabsichtigt, zum Beispiel in Ehescheidungsverfahren nur dann eine Beiordnung zu bewilligen, wenn die Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage es erfordert. Es wird also den Gerichten ein sehr weiter Spielraum gegeben mit der Gefahr, dass die betreffende Partei schutzlos gestellt wird. Aus meiner Erfahrung aus der täglichen Praxis als Rechtsanwalt kann ich nur bekräftigen, dass zu Beginn eines Rechtsstreits noch gar nicht absehbar ist, wie kompliziert und schwierig letztendlich eine Sache werden kann. Eine Partei aber zunächst in ein Rennen zu schicken und ihr dann auf dem steinigen Weg nach halber Strecke etwa mitzuteilen, dass nun doch ein Rechtsanwalt beigeordnet ist, deckt sich nicht mit meinem Verständnis von Waffengleichheit für alle Prozess- und Verfahrensbeteiligte.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Gleiches gilt natürlich für die beabsichtigten Änderungen bei den arbeitsgerichtlichen Verfahren. Auch hier ist vor dem Güte Termin meist überhaupt nicht absehbar, wie die Erfolgsaussichten in der Sache stehen. Arbeitsgerichtliche Streitigkeiten enden sehr oft mit Vergleichen bereits im Güte Termin, sodass die betroffene Partei dann ohne Schutz und Beratung dastehen würde und Fakten zu ih-

rem Nachteil geschaffen sein könnten. Das ist meines Erachtens nicht hinnehmbar.

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal* SPD)

Sinnvoll ist es sicherlich, dass die Gerichte künftig erweiterte Auskünfte über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Antragsteller einholen können, aber sehr kritisch ist zu sehen, dass es künftig auch die Gelegenheit zur Stellungnahme für den Antragsgegner geben soll. Hier sehe ich schon Schriftsätze, die höchstwahrscheinlich bis zur Beleidigung hin gehen. Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass dies zu einer weiteren Verzögerung der Verfahren führt, was wir natürlich auch nicht wollen.

Die Bundesjustizministerin verspricht jedenfalls, dass es auch weiterhin eine ratenfreie Prozesskostenhilfe geben werde und sagt weiter, man wolle die Menschen, die in der Lage sind zu zahlen, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit an Rückzahlungen der gewährten Hilfe beteiligen. Hiermit habe ich auch überhaupt keine Probleme. Aber gleichzeitig wird, wie Frau Schneider schon sagte, durch den Regierungssprecher betont, man wolle auch den Missbrauch staatlicher Hilfe eindämmen. Dazu muss ich sagen: Das ist eine unverschämte Diskreditierung der Ärmsten der Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich kann mich aus meiner gesamten Praxis nicht an einen einzigen Fall erinnern, bei dem sich jemand zu Unrecht Prozesskostenhilfe erschlichen hat. Ich kenne aber sehr viele Fälle, in denen Leute Prozesskostenhilfe erhielten, die ansonsten ihr Recht niemals erhalten hätten. Das müssen wir immer im Auge behalten, auch wenn wir wissen, dass der Kostendruck auf die Justiz sehr stark ist. Wir müssen hier natürlich zusehen, Einsparungen hinzubekommen, aber die Grenze für Einsparungen bildet für mich immer noch die gebotene Waffengleichheit, die weiterhin gelten muss.

Geplant ist zum Beispiel eine Verlängerung der Rückzahlungsphase von 48 auf 72 Monate; dies halte ich für durchaus machbar. Insgesamt halte ich also den gewählten Weg der Prozesskostenhilfeänderung für sehr gefährlich, glaube aber auch, dass es sinnvoll ist, hierüber im Ausschuss noch einmal ausführlich zu diskutieren, und das sollten wir unter Einbeziehung aller Aspekte tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Steinbiß. – Das Wort hat Herr Trepoll.

André Trepoll CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Derzeit wird im Bundestag über

(André Trepoll)

einen Gesetzentwurf der schwarz-gelben Regierung zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts beraten. Prozesskostenhilfe kann einkommensschwachen Personen als finanzielle Unterstützung zur Durchführung von Gerichtsverfahren gewährt werden, sofern sie die dafür vorliegenden Voraussetzungen erfüllen. Der Gesetzentwurf der schwarz-gelben Regierung soll mitnichten an diesem Grundsatz etwas ändern, aber es wird öffentlich gleich wieder mit Halbwahrheiten gearbeitet. Auch der vorliegende Antrag der LINKEN zielt genau darauf ab. Er erhebt den Vorwurf einer angeblich sozialen Benachteiligung, und dem ist mitnichten so.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will eines gleich klarstellen: Für sozial Schwächere, also für Menschen, die Hartz IV oder Sozialhilfe beziehen, wird es auch zukünftig keine Änderung geben. Sie werden weiter ratenfreie Prozesskostenhilfe erhalten. Der Entwurf lässt den Freibetrag für den Antragsteller, der über 10 Prozent über dem höchsten Sozialhilfesatz liegt, völlig unangetastet, Frau Schneider. Das haben Sie bisher nicht erwähnt. Die bisher zur Diskussion stehenden Änderungen der Prozesskostenhilfe beziehen sich lediglich auf die Änderungen und Anpassungen der Bemessungsgrenzen und sehen vor, dass diejenigen, die über ein gewisses eigenes Einkommen verfügen, die gewährten Prozesskosten in Raten an die Staatskasse zurückzahlen mit einer Ratenzahlungshöchstdauer von 72 Monaten, damit eine dauerhafte Rückzahlungspflicht ausgeschlossen werden kann. Wer wirtschaftlich in der Lage ist, einen Beitrag zur Rückzahlung zu leisten, muss dies in Zukunft nur in einem etwas größeren Umfang tun. Das ist auch notwendig, denn der Prozesskostenhilfeberechtigte soll dem Durchschnittsverdiener eben nur gleichgestellt werden und nicht besser gestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Das Prozesskostenrisiko muss im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit getragen werden; es kann nicht vollständig auf den Staat abgewälzt werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Herr Steinbiß, ich gebe Ihnen recht, die Erfahrung zeigt, dass es eigentlich kein einfaches Scheidungsverfahren gibt. Deshalb sollte es bei der Anwaltsbeordnung im Scheidungsverfahren bleiben. Bei ersten Beratungen im Bundestag zu diesem umfangreichen Gesetzespaket haben die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion auch schon gezeigt, dass es in dieser Frage noch Bewegung gibt.

Meine Damen und Herren! Für eine tiefgreifende Diskussion, wie sich die angedachten Änderungen der Prozesskostenhilfe für Hamburg auswirken, ist

es natürlich noch zu früh. Die Diskussionen auf Bundesebene laufen noch, auch die Länder werden sich über den Bundesrat mit eigenen Vorstellungen an der Diskussion beteiligen. Natürlich interessiert uns auch die Meinung des Senats, denn es geht immerhin – wir haben eben über das Thema Rechnungshof und Finanzen diskutiert – auch um eine Entlastung der Hamburger Staatsfinanzen, die dadurch möglich ist. Deshalb interessiert mich, was der Senat im Ausschuss dazu sagt. Es geht letztendlich auch darum, die Länderhaushalte von den ständig steigenden Kosten für die Prozesskostenhilfe zu entlasten. In Deutschland sind das mittlerweile mehr als eine halbe Milliarde Euro pro Jahr.

Der vorliegende Antrag der LINKEN ist inhaltlich leider eine ziemlich dünne Suppe. Außer der Aussage, dass alles so bleiben soll, wie es ist, enthält er keinerlei richtungsweisende Inhalte zur derzeitigen Diskussion, Frau Schneider. Sie versuchen, was Sie wirklich gut können, wieder einmal Ängste zu schüren. Der erste Punkt des Antrags hat sich sowieso erledigt, da im vorliegenden Gesetzentwurf keine Änderungen für Transferleistungsbezieher vorgesehen sind. Eine pauschale Ablehnungsformel, wie unter Punkt 2 gefordert, kann ebenfalls nicht unsere Zustimmung finden. Wir werden den Antrag deshalb ablehnen, aber vorher interessiert uns natürlich die weitere Diskussion. Die werden wir aufmerksam und kritisch begleiten. Aufgrund unserer guten Argumente haben wir gegenüber einer Ausschussüberweisung keine Bedenken.

(Beifall bei der CDU)

Die soziale Errungenschaft der Prozesskostenhilfe muss weiterhin ihrem eigentlichen Ansinnen gerecht werden. Der Zugang zum Recht durch den Gleichheitsgrundsatz, das Rechtsstaatsprinzip und den Anspruch auf effektiven Rechtsschutz sind für uns unabdingbar und werden von uns weiter verteidigt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Trepoll. – Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden im Ausschuss noch darüber beraten und deshalb fasse ich mich etwas kürzer. Ich finde es irritierend, dass die Justizsenatorin nicht da ist. Das ist ein wichtiges Thema und ich hätte mir heute ihre Anwesenheit schon gewünscht.

(Beifall bei *Dietrich Wersich CDU – Dirk Kienscherf SPD*: Sie wird im Ausschuss sein!)

Es ist von Senatsseite sonst üblich, die Debatten zu begleiten. Da diese Reform insbesondere alleinstehende Frauen mit Kindern trifft, wie wir ge-

(Farid Müller)

hört haben, und sie doch Frauen- und Gleichstellungssenatorin ist, ist sie doppelt betroffen und hätte in einem Beitrag zu dieser Debatte darstellen können,

(Arno Münster SPD: Das war zu Ihrer Zeit ganz anders, oder?)

was der Senat im Bundesrat gedenkt zu tun. Meine Sorge ist, dass hier von der Regierungsfraktion heldenhafte Reden gehalten werden, aber die Musik in dieser Frage im Bundesrat spielt. Dort kann das Schlimmste, was hier auch angeprangert wurde, von diesem Gesetz verhindert werden.

(Karin Timmermann SPD: Deswegen geht es an den Ausschuss!)

– Nein, nein, hören Sie einmal zu, meine Damen und Herren.

Diese Reform kommt allein den Ländern zugute. Glauben Sie doch nicht, dass die Bundesjustizministerin eine Entlastung der Länder auf den Weg bringt, wenn es nicht aus der Mehrheit der Länder – auch aus der Mehrheit mancher SPD-regierten Länder –

(Dirk Kienscherf SPD: Grün! Grün!)

Hinweise in Richtung Bundesjustizministerium gegeben hätte, was denn alles einmal zur Entlastung angegangen werden sollte. Wenn es aber so ist, dass die Bundesjustizministerin den Ländern hier entgegenkommen will, dann frage ich mich schon, welche Position Hamburg in dieser Frage einnimmt. Ich habe dazu nichts gehört, außer der engagierten Rede des Kollegen natürlich – dafür noch einmal Danke. Wenn wir das Thema ernst nehmen und verhindern wollen, dass insbesondere alleinstehende Frauen mit Kindern und andere, die knapp über dem Transfersatz liegen – darum geht es doch in dieser Debatte –, genau in dieses Gap fallen und sich das eine oder andere Recht nicht mehr leisten können, dann müssen wir noch vor der Sommerpause aus dieser Bürgerschaft eine Positionierung in Richtung Senat hinbekommen.

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Deswegen bin ich dafür, dass wir dieses Thema möglichst schnell auf die Tagesordnung des Justizausschusses setzen, damit sichergestellt ist, dass der Senat deutlich auf die Stimme des Parlaments mitsamt der Regierungsfraktion hört und nicht in die Versuchung kommt, doch noch einmal zugunsten des Haushalts im Bundesrat die eine oder andere Sache durchgehen zu lassen, obwohl hier heldenhafte Reden gehalten wurden. Das wäre nicht fair gegenüber den Betroffenen, und deswegen unterstützen wir die Überweisung und eine schnelle Beschlussfassung in diesem Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Müller. – Das Wort hat Herr Ritter.

(Zuruf aus dem Plenum: Das ist der letzte Redner heute! – Olaf Ohlsen CDU: Das ist das Letzte heute! Der Letzte!)

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Ohlsen, ich rufe Sie zur Ordnung. Herr Abgeordneter, fahren Sie bitte fort.

Finn-Ole Ritter FDP (fortfahrend): – Herr Ohlsen, und das bei meinem Beitrag.

Der Bundestagswahlkampf rückt näher und offensichtlich geht es den LINKEN mit dem Thema Prozesskostenhilfe darum, hier ein wenig Wahlkampf zu inszenieren. Das Ganze wird betrieben, wie bei Ihnen üblich, mit Klassenkampfvokabular aus der Mottenkiste. Wenn wir das Thema auf die schlichten Fakten reduzieren, das möchte ich gleich tun, dann gibt es allerdings keine Gründe für diese künstliche Aufregung. Die Bundesregierung folgt nämlich, wie schon erwähnt, mit ihrem Gesetzentwurf dem Wunsch der 16 Länder,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Nee, von vier!)

das System der Prozesskostenhilfe zu modernisieren und in Teilen auf Darlehen umzustellen. Dabei bleibt gerade für die sozial Schwächeren, für die sich die LINKEN gern als Robin Hood aufspielen, alles wie gehabt. Hartz-IV- oder Sozialhilfeempfänger, Herr Trepoll erwähnte es schon, brauchen keine Nachteile zu befürchten, da sie auch künftig ratenfreie Prozesskostenhilfe erhalten.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Aufstocker nicht!)

Der Gesetzentwurf lässt den Freibetrag von 442 Euro unangetastet. Dieser Freibetrag liegt übrigens, wie Herr Trepoll auch schon erwähnt hat, 10 Prozent über dem höchsten in Deutschland geltenden Regelsatz und steigt jährlich weiter an. Auch die Beiordnung von Rechtsanwälten bleibt im Wesentlichen unverändert. Das gilt im Übrigen auch für familienrechtliche sowie arbeitsgerichtliche Verfahren. Die Waffengleichheit in beiden Verfahren wird also nicht eingeschränkt. Daher ist die in Ihrem Antrag geäußerte Befürchtung unbegründet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, dass Alleinerziehende aus Sorge vor Prozesskosten davor zurückschrecken könnten, eigene Rechte bei Gericht durchzusetzen. Woraus schließen Sie eigentlich, dass Frauen von der bevorstehenden Gesetzesänderung stärker betroffen sind als Männer? Das ist mir schleierhaft. Der Senat hat

(Finn-Ole Ritter)

auf Ihre Schriftliche Kleine Anfrage – wenn Sie mit-schreiben, kann ich sogar die Drucksache nen-nen – doch geantwortet:

"Das Geschlecht des Antragstellers [...] wird statistisch nicht erfasst."

Der Frauenanteil überwiege, wenn überhaupt, nur leicht. Von drohenden – ich zitiere –:

"[...] gravierenden Einschränkungen beim Zugang zu Rechtsstaatlichkeit und Gerech-tigkeit [...]"

kann offensichtlich nicht die Rede sein, denn auch die Beratungshilfe wird wie bisher unter der Vor-aussetzung bewilligt, dass dem Rechtsuchenden Prozesskostenhilfe ohne Ratenzahlungsverpflich-tung zu gewähren ist. Es werden mit den Neurege-lungen lediglich einige Bewilligungsvoraussetzungen konkretisiert. Dies dient im Interesse aller Be-teiligten der Rechtssicherheit.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Ihre Aufregung, Frau Schneider, ist also völlig un-angebracht. Da Sie den Änderungsentwurf der Bundesregierung anscheinend leider nicht verstan-den haben – vielleicht sollte ich eher sagen, nicht verstehen wollen –,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Mein Gott, das ist doch nicht zu fassen!)

werde ich es Ihnen kurz noch einmal skizzieren. Anpassungen im bestehenden Gesetz soll es nur in drei Bereichen geben. Erstens ist das die Ab-senkung des zusätzlichen Freibetrags für Erwerbs-tätige von 50 auf 25 Prozent. Hierdurch wird die Si-tuation des Durchschnittsverdieners besser be-rücksichtigt. Die zweite Anpassung liegt in der neu-en Methode der Berechnung der Ratenhöhe. Wenn nach Abzug von Freibeträgen, Frau Schnei-der, noch verfügbares Einkommen bleibt, soll dafür künftig die Hälfte zur Rückzahlung gewährter Pro-zesskostenhilfe aufgewendet werden. So können künftig sogar geringere Raten gezahlt werden, wenn das Einkommen im untersten Bereich liegt. Drittens entspricht die längere Rückzahlungspflicht von 48 auf 72 Monate einem Gebot der Gleichbe-handlung gegenüber Selbstzahlern, die die Pro-zesskosten allein aufbringen müssen. Bleibt also insgesamt das Fazit, liebe LINKE: Das ist alles un-nütze Aufregung Ihrerseits. Mithilfe des Gesetzent-wurfs werden schlicht und ergreifend Gerechtig-keitslücken geschlossen, die Ihnen offenbar bis dato gar nicht aufgefallen sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ritter. – Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar Dinge kann man einfach so nicht stehen lassen. Sie haben vor allem eines gezeigt, Herr Ritter und Herr Trepoll, nämlich wie weit Sie von der Lebenswirklichkeit sehr vieler Menschen in diesem Land entfernt sind.

(Beifall bei der LINKEN – *Finn-Ole Ritter FDP* und *André Trepoll CDU*: Von Ihnen sind wir weit entfernt!)

– Von uns sind Sie weit entfernt und von der Le-benswirklichkeit, für die wir zum Beispiel stehen, sind Sie sehr, sehr weit entfernt. Leider gibt es sol-che Personen wie Herrn Baum in Ihrer Partei fast gar nicht mehr, und das bedauere ich wirklich zu-tiefst. Das ist ein Verlust.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich kann Ihnen sagen, woraus ich schließe, dass hauptsächlich Frauen betroffen sind. Der Senat sagt in der Tat, dass er das Geschlecht nicht er-fasst und einzelne Rücksprachen ergeben haben, dass der Anteil der Frauen zumindest leicht über-wiegen dürfte. So lautet der Satz genau. Ich habe aber alle vorliegenden Stellungnahmen sehr sorg-fältig gelesen, unter anderem die von den Demo-kratischen Juristinnen. Die sagen aus Erfahrung, dass vor allem alleinerziehende Frauen, die in Teil-zeit arbeiten, zum Beispiel in Scheidungsverfahren betroffen sind. Diese Juristinnen wissen, wovon sie reden. Das sagt einem auch ein bisschen der Men-schenverstand.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Ach so!)

Ich würde hoffen, dass Sie den vielleicht auch be-nutzen.

(Beifall bei der LINKEN – *Finn-Ole Ritter FDP*: Das war jetzt aber link, Frau Schnei-der! – *Olaf Ohlsen CDU*: Und ich bekomme einen Ordnungsruf wegen nichts!)

– Wegen nichts, Herr Ohlsen, würde ich nicht sa-gen.

Die Prozesskostenhilfe in Deutschland ist im inter-nationalen Vergleich tatsächlich relativ gering. Eine Sache ist sehr wichtig. Ich habe insbesondere der Stellungnahme von ver.di entnommen, dass in den vergangenen zehn bis zwölf Jahren der Anteil ar-mer Menschen erheblich größer geworden ist und die Prozesskostenhilfe in Relation dazu nicht annä-hernd so stark gestiegen ist. Zum Beispiel sind, schreibt ver.di, zwischen 2000 und 2010 die Löhne in den unteren Lohngruppen um 10 Prozent ge-sunken, und ver.di weist auch nach, dass die Zahl der Personen mit weniger als 900 Euro Einkom-men enorm gestiegen ist. Das heißt, der Bedarf steigt, und Sie wollen an den Menschen, die Pro-zesskostenhilfe beziehen, 65 Millionen Euro im Jahr einsparen. Sie können mir nicht sagen, das sei eine kleine Korrektur aus Gerechtigkeitsgrün-den.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/6909 in der Neufassung an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 3, Drucksachen 20/6607, 20/6846 und 20/6847: Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/6607 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/6846 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/6847 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 20/6607.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 581/12 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Wer schließt sich der Empfehlung zu den Eingaben 55/13 und 73/13 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen worden.

Wer möchte der Empfehlung zu der Eingabe 59/13 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen worden.

Wer möchte sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Nun zum Bericht 20/6846.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 531/12 und 94/13 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Wer möchte der Empfehlung zu der Eingabe 83/13 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Wer schließt sich der Empfehlung zu der Eingabe 618/12 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das

ist einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen worden.

Wer möchte sich nun den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Schließlich zum Bericht 20/6847. Zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte sich diesen anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Von der Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren! Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht**

haben Sie in einer Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter C an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4, Drucksache 20/6346, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Inklusion und Förderung.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Inklusion und Förderung
– Drs 20/6346 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wird eine Besprechung beantragt? Wer unterstützt das nach Artikel 25? – Damit wird die Besprechung der Drucksache 20/6346 für die nächste Sitzung vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 5, Drucksache 20/6393, Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Welche In-

** Sammelübersicht, siehe Seite 4174f.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

tegrations-Projekte gibt es in Hamburgs Kitas und Schulen?

**[Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:
Welche Integrations-Projekte gibt es in Ham-
burgs Kitas und Schulen?
– Drs 20/6393 –]**

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte dem Überweisungsbegehren folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wird Besprechung beantragt? – Dann wird die Besprechung der Drucksache 20/6393 für die nächste Sitzung vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 6, Drucksache 20/6553, Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Inklusion an den Hamburger Hochschulen.

**[Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:
Inklusion an den Hamburger Hochschulen
– Drs 20/6553 –]**

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wer möchte dem Überweisungsbegehren folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wird Besprechung beantragt? – Dann wird die Besprechung der Drucksache 20/6553 für die nächste Sitzung vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 7, Drucksache 20/6554, Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt in Hamburg.

**[Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:
Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt in
Hamburg
– Drs 20/6554 –]**

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen.

Wer möchte sich diesem Überweisungsbegehren anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wird Besprechung beantragt? – Dann wird die Besprechung der Drucksache 20/6554 für die nächste Sitzung vorgesehen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 26, Drucksa-

che 20/6897, Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die
Drucksache 20/5764:
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung
besoldungsrechtlicher Vorschriften (Senatsan-
trag)
– Drs 20/6897 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Zweite Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften aus der Drucksache 20/5764 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig auch in zweiter Lesung beschlossen und damit endgültig.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 28, Drucksache 20/6899, Bericht des Haushaltsausschusses: Übertragung der Grundstücke aus der Hafenerweiterung Altenwerder an die Hamburg Port Authority.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die
Drucksache 20/6341:
Übertragung der Grundstücke aus der Hafener-
weiterung Altenwerder an die Hamburg Port
Authority (HPA) (Senatsantrag)
– Drs 20/6899 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hamburg Port Authority aus der Drucksache 20/6341 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

bei einigen Enthaltungen und damit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 20/6904, Antrag der CDU-Fraktion: Autobahnraststätte Elbmarsch an der A 1.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Autobahnraststätte Elbmarsch an der A 1
– Drs 20/6904 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/7052 und 20/7066 Anträge der FDP- und der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Tank- und Rastanlage Elbmarsch an der A 1
– Planungen mit Autobahnanschluss Meckelfeld verbinden!
– Drs 20/7052 –]**

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Autobahnraststätte Elbmarsch an der A 1
– Drs 20/7066 –]**

Die CDU-Fraktion möchte alle drei Drucksachen an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer möchte diesem Überweisungsbegehren folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Mir ist nun mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der CDU- und der FDP-Fraktion hierzu gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird.

Wer wünscht das Wort? – Frau Stöver bitte.

Birgit Stöver CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Fünfminutenbeitrag hätte ich uns und den Kollegen gerne erspart, aber da wir es im Ausschuss nicht debattieren können, müssen wir das jetzt einmal tun.

Liebe Kollegen von der SPD, ich möchte Sie auffordern, einmal ganz klar und deutlich zu sagen, wofür Sie stehen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dafür haben wir einen Zusatzantrag! – Zurufe von der SPD – Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

– Das war noch nicht eindeutig. Ich habe noch nicht gehört, dass mit einer Stimme gesprochen wird. Also dafür, dass Sie mit einer Stimme sprechen und klar und deutlich sagen, wofür Sie stehen, dafür müssten Sie zumindest den Antrag der CDU oder den Antrag der FDP annehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dirk Kienscherf SPD: Und was ist mit unserem Antrag?)

Erst hatten wir den Zickzackkurs von Herrn Dressel, der auf Wahlkampfveranstaltungen durch Niedersachsen tourte und suggerierte, man könne die Planung der Autobahnraststätte Elbmarsch noch einmal überdenken und sie womöglich auf Hamburger Gebiet bringen, wie durch die Presse gegangen ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Glauben Sie nicht alles, was in der Zeitung steht!)

– Aber es ist schon so, dass Sie dann auf Druck der Bezirksfraktion in Harburg erklärt haben, das hätten Sie nie gesagt. Dann verstehe ich aber nicht, warum Sie nach dem Wahlkampf jetzt nicht endlich klar und deutlich Position beziehen können.

(Beifall bei der CDU)

Der Wahlkampf in Niedersachsen ist vorbei, also könnten Sie dem Antrag der CDU mit seinen klaren, deutlichen Forderungen oder dem Antrag der FDP, auch dieser mit klaren und deutlichen Forderungen, zustimmen. Stattdessen formulieren Sie einen windelweichen Antrag mit deutlich salomonischen Positionen. Da lassen Sie sich ein Hintertürchen offen.

Wir fordern eine klare und deutliche Positionierung von Ihnen. Sie müssen sich jetzt positionieren und sich zu Hamburg positionieren. Das bedeutet, dass wir einen Ersatz beziehungsweise eine Ergänzung für die Autobahnraststätte Stillhorn brauchen, und daher brauchen wir die Weiterführung der Planung in Meckelfeld-Nord, sonst ersticken die Hamburger und auch die Harburger im Verkehrschaos.

(Beifall bei der CDU)

Eine Verlagerung der Planung der Raststätte an die Hamburger Landesgrenze kommt mit uns nicht infrage und ist deswegen abzulehnen – eine weitere klare Position, die in unserem Antrag steht. Das sind Sie den Hamburger Bürgern und vor allen Dingen den Harburgern schuldig, ansonsten geht man so nicht mit Bürgerinteressen um.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern Sie also klar auf, unserem Antrag zuzustimmen. Die Gemeinde Seevetal ist sicherlich hohen Belastungen ausgesetzt, aber das gilt genauso für den südlichen Harburger Bezirk. Auch die Umwelt- und Naturschutzgründe sind, wenn man sich das Verlagerungsgebiet anschaut, ähnlich. Liebe Kollegen der SPD, nehmen Sie unseren Antrag an. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Danke, Frau Stöver. – Herr Dr. Duwe hat jetzt das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Thema, das vor allen Dingen im Hamburger Süden nicht so ganz einfach ist, möchte ich bitten, dieses Sankt-Florians-Prinzip, das uns in Niedersachsen gerade begegnet, nicht auch von Hamburger Seite aus zu betrachten. Deshalb hat die FDP-Fraktion einen Zusatzantrag gestellt, der zumindest für die Harburger und Meckelfelder einen Kompromiss bieten würde.

Wie Sie wissen, gibt es seit Langem die Planung einer Autobahnzufahrt in Meckelfeld, und das würde nicht nur Meckelfeld, sondern vor allen Dingen auch die Wohngebiete im Süden von Harburg entlasten. Wie Sie vielleicht auch wissen, hat Meckelfeld vor einigen Jahren ein Gewerbegebiet erschlossen, ohne aber dafür zu sorgen, dass die Anlieferverkehre auf die Autobahn kommen, die gleich daneben vorbeiführt. Und wo fahren diese Lkws durch? Natürlich durch die Wohnstraßen von Harburg und Meckelfeld. Die Planung, die wir jetzt in Meckelfeld-Nord sehen, ergibt sich natürlich dadurch, dass Stillhorn nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Diese Raststätte ist weder erweiterbar noch ist auf dem Gelände, das jetzt vorhanden ist, noch etwas planbar, weil dort die A 26 erreicht werden kann.

Und dieser tolle Vorschlag, dass man das als Kompromiss vielleicht ein bisschen nach Norden in den Landkreis Harburg verschieben könnte, war wahrscheinlich nur ein Missverständnis. Dieser Vorschlag kann nicht von Herrn Dressel gekommen sein, dafür kenne ich ihn zu gut.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Auf niedersächsischem Gebiet, darum ging es immer!)

– Genau.

Unser Vorschlag ist es, beide Dinge zu verbinden beziehungsweise zumindest zu prüfen, ob man das tun kann, denn das würde beiden Seiten helfen. Ich weiß, dass das schwierig ist, und gerade jetzt wird es immer schwieriger. Im Landkreis Harburg ist durch Rot-Grün die Idee der Autobahnzufahrt in Meckelfeld unter den Tisch gefallen, nach dem Motto, damit würde man den Protest gegen die Raststätte Meckelfeld-Nord untergraben. Das ist schon ein Zeichen dafür, dass die Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern schlechter wird, seitdem Rot-Grün im Landkreis Harburg regiert. Ich hoffe, dass unser Vorschlag Ihre Zustimmung findet, und bitte darum, den Zusatzantrag der FDP anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Wiesner, Sie haben jetzt das Wort für maximal fünf Minuten.

Frank Wiesner SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Stöver, in einem sehr langen Planungsverfahren ist ein Standort für eine neue Tank- und Raststätte an der A 1 gefunden worden, nämlich nördlich von Meckelfeld im Lande Niedersachsen.

(Beifall bei Sören Schumacher SPD – Birgit Stöver CDU: Wissen wir!)

Die Begeisterung hält sich dort verständlicherweise in Grenzen. Bei einer Bürgerinitiative hat es dann die Vorstellung gegeben, dass man diese Raststätte etwas weiter nach Norden verlegen könnte. Das hat nicht mein Kollege Dressel in die Welt gesetzt, sondern das ist von interessierter Seite an die Öffentlichkeit getragen worden.

(André Trepoll CDU: Verschwörung!)

Herr Hamann, Sie kennen sich scheinbar aus. Jedenfalls war es ein großes Thema in den Harburger Gazetten, und es gab eine gewisse Aufregung, die auf die Harburger Bürgerinnen und Bürger durchgeschlagen hat.

(André Trepoll CDU: Da muss man aufpassen, was man sagt!)

– Das tun wir die ganze Zeit.

Man muss nun deutlich sagen, dass ein neuer Standort überhaupt nicht infrage kommt und nicht eingeplant ist. Die Planungsbehörde hat bereits einen Standort gefunden, und dieser liegt in Meckelfeld.

In Stillhorn, um auch dieses Gerücht zu zerstreuen, wird es weiterhin eine Parkmöglichkeit geben. Diese wird irgendwann nicht mehr bewirtschaftet sein, weil eine neue Raststätte mit dem schönen Namen Elbmarsch in Meckelfeld entstanden sein wird.

(Roland Heintze CDU: So ein Großparkplatz, oder woran denken Sie?)

Insofern wird man dort nur parken können. Wenn man sich das dort anschaut und sich ein bisschen in der Gegend auskennt, dann ist es auch schwierig, entlang der A 1 auf Hamburger Staatsgebiet überhaupt noch einen Platz zu finden. Es gibt dort riesige Wohngebäude in Kirchdorf-Süd, die man nicht abreißen kann, auf der gegenüberliegenden Seite gibt es in Wilhelmsburg ein Landschaftsschutzgebiet, weiter südlich Naturschutzgebiete, Gewerbeflächen, einen Baggersee und weitere Ausgleichsflächen. Wenn Sie das alles einmal durchplanen und überlegen, dann kommen Sie auf keine andere Lösung, als auf den im Flächennutzungsplan der Gemeinde Seevetal festgelegten Gewerbeflächen eine größere Raststätte anzulegen.

(Robert Bläsing FDP: Dann können Sie doch zustimmen!)

(Frank Wiesner)

Nichts anderes hat die Planungsbehörde getan, um dort einen Standort festzulegen.

(Birgit Stöver CDU: Warum lassen Sie sich das Hintertürchen offen? – Gegenruf von Dr. Andreas Dressel SPD: Wo ist denn in diesem Antrag ein Hintertürchen?)

Um noch kurz auf den CDU-Antrag einzugehen und auch auf den der FDP: Sie fordern etwas – gerade der CDU-Antrag geht da ziemlich weit und auch ein Teil des FDP-Antrags –, was nicht im Einflussgebiet des Hamburger Staates liegt. Eine Anschlussstelle in Meckelfeld können wir uns alle wünschen, aber solange im Flächennutzungsplan des Landkreises Harburg so etwas nicht vorgesehen ist, können wir uns hier alle auf den Kopf stellen und es wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD)

Solche Beschlüsse kann man mit einem Nachbarn nur partnerschaftlich und gemeinsam fassen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Da haben Sie gute Erfahrungen mit Schleswig-Holstein!)

Dann könnten wir das machen, aber es müsste auch eine Mehrheit im niedersächsischen Parlament für so etwas vorhanden sein. Herr Duwe und Frau Stöver, Sie kennen sich doch auch aus und wissen, dass gerade in Seevetal solch eine Anschlussstelle hoch strittig und überhaupt nicht gewollt ist. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Deswegen werden wir den Antrag der CDU und den Zusatzantrag der FDP ablehnen und unserem natürlich zustimmen. Und darum bitte ich auch alle anderen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Steffen, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an" – das ist das Motto dieses Austausches. Diese Stellungnahmen stehen uns nicht gut zu Gesicht. Man muss sehen, was das für eine Nachricht ist, wenn die Hamburgische Bürgerschaft betont, dass sie sehr dafür ist, dass die nirgendwo beliebte Rastanlage auf alle Fälle woanders entstehen soll. Das kann nicht der Ton der Zusammenarbeit in der Metropolregion sein. Wir müssen zu einer anderen politischen Kultur kommen, was die Diskussion solcher Standortfragen betrifft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Planung ist mit erheblichen Belastungen für bestimmte Bereiche in Seevetal und auch mit erheblichen ökologischen Nachteilen verbunden, wenn man sich den gegenwärtigen Zustand der Fläche ansieht. Es gibt Einwände, die ihre Berech-

tigung haben, und da bringt es nichts, wenn wir sagen, dass wir der Meinung sind, dass das auf keinen Fall in Hamburg sein soll. So kann eine partnerschaftliche Entscheidung nicht erfolgen. Die Diskussion muss in der Sache geführt werden, und Herr Wiesner war näher dran als die anderen beiden Beiträge.

(Beifall bei der SPD)

Der SPD-Antrag macht sich ein bisschen verdächtig insofern, als dass es diesen Antrag nicht bräuchte, wenn das alles so klar wäre. Dann könnten Sie einfach die Anträge der anderen beiden ablehnen und auf die Planung, die durch die Bundesautobahnverwaltung erfolgt, verweisen, ohne sich zu positiv oder negativ zu äußern. Es scheint aber noch Klarstellungsbedarf zu geben. Das muss die SPD aber allein ausmachen. Wir sollten uns einen solchen Umgang mit Nachbarkreisen und –gemeinden nicht angewöhnen.

(Ole Thorben Buschhüter SPD: Haben Sie auch eine Meinung?)

Bei anderer Gelegenheit sind wir auf sie angewiesen, und deshalb ist es nicht sinnvoll, so vorzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Trepoll, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

André Trepoll CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was ist passiert? Herr Dressel spielt Politik.

(Zurufe von der SPD)

Mittlerweile ganz oben in der Hamburger Landespolitik angekommen, haben Sie sich überlegt, was die anderen Spitzenpolitiker machen. Diese helfen sich gegenseitig im Wahlkampf, wir haben das mit dem Bürgermeister und Herrn Steinbrück hier auf dem Balkon gesehen. Herr Dressel steht also auch zur Hilfe bereit und wartet. In Hannover ist er noch nicht bekannt, dort wollte ihn keiner, aber Meckelfeld hat ihn zur Hilfe gerufen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Da macht er Wahlkampf, das ist sein Revier, und da kommt auch die eine oder andere Äußerung, um die Genossen im Wahlkampf in Niedersachsen zu unterstützen.

Es hat gereicht, möglicherweise auch dank der Äußerungen, die Sie getätigt haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Welche Äußerungen habe ich denn gemacht, Herr Kollege Trepoll?)

Diese haben Sie nicht wieder zurückgenommen, und Sie haben dort für eine Menge Verwirrung gesorgt. Ich habe bisher noch nichts gesehen, aber

(André Trepoll)

gehört, dass die Wirtschaftsbehörde Ihre Äußerungen in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage demontiert hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Welche Äußerungen habe ich denn gemacht?)

Die Wirtschaftsbehörde hat gesagt, was der SPD-Fraktionsvorsitzende dort im Wahlkampf gesagt hat, habe er gegenüber dem Wirtschaftssenator zurückgenommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Welche Äußerungen habe ich denn gemacht?)

Aber Sie haben die Menschen vor Ort mit Ihren Äußerungen verunsichert, Herr Dressel, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Menschen mit Ihren Äußerungen, dass geprüft werde, ob die Raststätte nach Norden verlegt werden kann, verunsichert. Wenn man einen Fehler macht, dann gehört es dazu – Sie haben jetzt offensichtlich Besserung gelobt –, um Entschuldigung zu bitten. Wir geben Ihnen die Möglichkeit dazu. Stimmen Sie unserem Antrag zu, dann wissen die Menschen, woran sie sind, was Sie wollen und was Sie nicht wollen. Das ist das Mindeste, was Sie tun können.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch lächerlich!*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zu den Abstimmungen von drei Anträgen.

Zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/6904.

Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/7052 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Schließlich zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/7066.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 40, Drucksache 20/6911, Antrag der FDP-Fraktion: Überprüfung und Plausibilisierung der Kostendämpfungspauschale für Beamtinnen und Beamte der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Abschaffung der Praxisgebühr.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Überprüfung und Plausibilisierung der Kostendämpfungspauschale für Beamtinnen und Beamte der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Abschaffung der Praxisgebühr
– Drs 20/6911 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/7064 in der Neufassung und 20/7071 Anträge der Fraktionen der SPD und der LINKEN vor.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Notwendigkeit der Kostendämpfungspauschale besteht weiter: Entwicklung der Beihilfeausgaben im Kontext haushalterischer Rahmenbedingungen transparent und nachvollziehbar darstellen
– Drs 20/7064 (Neufassung) –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Entlastung von Eigenbeiträgen bei Krankheitskosten auch für Beamtinnen und Beamte der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 20/7071 –]**

Die Fraktion der LINKEN hat mir vor einigen Minuten mitgeteilt, dass sie ihren Antrag zurückgezogen hat.

Alle drei beziehungsweise jetzt also zwei Drucksachen möchte die FDP-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer stimmt nun einer Überweisung aller Drucksachen an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Überweisungen abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer dem Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/6911 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zum Antrag der SPD aus Drucksache 20/7064 in der Neufassung.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf, Drucksache 20/6913, Antrag der FDP-Fraktion: Unfälle durch Fahrer ohne Fahrerlaubnis.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Unfälle durch Fahrer ohne Fahrerlaubnis
– Drs 20/6913 –]**

Wer möchte diesen Antrag beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf, Drucksache 20/6930, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Endlich frisches, gesundes Essen für Hamburger Schulkinder in echten Schulküchen.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Endlich frisches, gesundes Essen für Hamburger Schulkinder in echten Schulküchen!
– Drs 20/6930 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/7050 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Eine neue Essenskultur an Hamburgs Schulen schaffen!
– Drs 20/7050 –]**

Beide Drucksachen möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte sich diesem Überweisungsbegehren anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der GRÜNEN Fraktion aus Drucksache 20/6930.

Wer möchte diesem folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun zum CDU-Antrag aus Drucksache 20/7050. Die Fraktionen der GRÜNEN und der LINKEN möchten die Ziffern 2 und 3 des Antrags separat abstimmen lassen.

Wer möchte daher nun die Ziffern 1 und 4 des CDU-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die beiden Ziffern abgelehnt.

Wer schließt sich sodann der Ziffer 2 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 49 auf, Drucksache 20/6933, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Transparenz und Offenheit in der Bauleitplanung.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Transparenz und Offenheit in der Bauleitplanung
– Drs 20/6933 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen. Seitens der Fraktionen der GRÜNEN und der FDP liegt ein Antrag auf Überweisung der Drucksache an den Stadtentwicklungsausschuss vor.

Wer möchte nun die Drucksache 20/6933 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung angenommen.

Wir sind am Ende Sitzung angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

Ende: 19.43 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Kazim Abaci, Christoph Ahlhaus, Dr. Friederike Föcking, Heiko Hecht, Robert Heinemann, Klaus-Peter Hesse, Dorothee Martin und Anna-Elisabeth von Treuenfels

Anlage

NEUFASSUNG

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 27. und 28. Februar 2013

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
18	6809	Bericht des Kulturausschusses
21	6848	Bericht des Gesundheitsausschusses
23	6876	Bericht des Schulausschusses
24	6895 Neuf.	Bericht des Haushaltsausschusses
25	6896	Bericht des Haushaltsausschusses
27	6898	Bericht des Haushaltsausschusses
29	6830	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
11	6662	Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg über die Wahrnehmung der wasserschutzpolizeilichen Aufgaben auf der Unterelbe (Unterelbeabkommen)	SPD	Innenausschuss
14	6793	Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2011	SPD und FDP	Haushaltsausschuss
15	6825	Vereinbarung zwischen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg über die Konsultation der Bürgerschaft im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung nach Artikel 6 des Protokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (Drs. 19/8560 und 20/3243) – Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2013 –	SPD und FDP	Europaausschuss
33	6902	Integration durch Sport – ein Heimathafen für die "St. Pauli Buccaneers"	SPD	Sportausschuss
39	6910	Novellierung des Hamburgischen Rettungsdienstgesetzes (HmbRDG)	SPD und LINKE	Innenausschuss

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
43	6914	Krippenbetreuung für Kinder mit Behinderung sicherstellen – Rechtsansprüche bekannter machen	GRÜNE und FDP	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
	7054	Frühförderung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen	GRÜNE und FDP	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
44	6928	Kooperationen zwischen Oberstufen weiterführender Schulen unterstützen!	SPD	Schulausschuss
48	6932	Würdevolle Friedhöfe ohne Grabsteine aus Kinderarbeit	GRÜNE	Umweltausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
17	6761	Verkehrsausschuss	StadtRAD Hamburg – Kooperation mit Hotels verstärken
19	6810	Kulturausschuss	Sanierungsfonds 2020 – Dachsanierung des Planetariums Hamburg
20	6817	Gesundheitsausschuss	Lebensmittelsicherheit auch in Zukunft gewährleisten – Altonaer Überlastungsanzeige ernst nehmen